Einbürgerungstest Baden-Württemberg 2026 – alle 310 Fragen mit Antworten

Die 10 Landesfragen für Baden-Württemberg und alle 300 allgemeinen Fragen des offiziellen Fragenkatalogs, jeweils mit richtiger Antwort und Erklärung. Im Test kommen 30 allgemeine Fragen und 3 Fragen zu Baden-Württemberg vor.

Quelle der Fragen, Antwortmöglichkeiten und Bilder: Gesamtfragenkatalog zum Test „Leben in Deutschland“ und zum „Einbürgerungstest“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Stand: 07.05.2025. Die richtigen Antworten sind grün markiert; die Erklärungen sind eigene Inhalte von einburgerungstest-vorbereitung.de. Kein offizielles Dokument des BAMF.

Kostenlos online üben – mit Probetest (33 Fragen, 60 Minuten): einburgerungstest-vorbereitung.de

Landesfragen Baden-Württemberg (1–10)

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 1

Welches Wappen gehört zum Bundesland Baden-Württemberg?

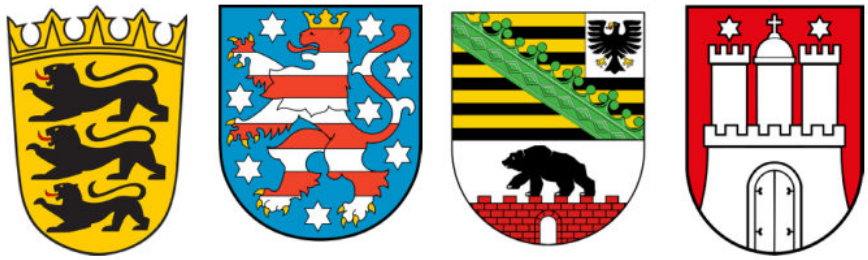


Bild 1 Bild 2 Bild 3 Bild 4

✓ a) Bild 1 (richtige Antwort)

b) Bild 2

c) Bild 3

d) Bild 4

Erklärung: Das Wappen von Baden-Württemberg zeigt drei schwarze Löwen übereinander auf goldenem Grund, darüber eine Krone – das ist Bild 1. Die Löwen stammen aus dem Wappen der Staufer, eines mittelalterlichen Herrschergeschlechts aus Schwaben. Bild 2 ist das Wappen von Thüringen, Bild 3 das von Sachsen-Anhalt und Bild 4 das von Hamburg.

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 2

Welches ist ein Landkreis in Baden-Württemberg?

a) Mecklenburgische Seenplatte

✓ b) Neckar-Odenwald-Kreis (richtige Antwort)

c) Nordfriesland

d) Altötting

Erklärung: Der Neckar-Odenwald-Kreis liegt im Norden von Baden-Württemberg; der Name kommt vom Fluss Neckar und dem Mittelgebirge Odenwald. Die anderen Namen gehören zu anderen Ländern: Mecklenburgische Seenplatte zu Mecklenburg-Vorpommern, Nordfriesland zu Schleswig-Holstein und Altötting zu Bayern.

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 3

Für wie viele Jahre wird der Landtag in Baden-Württemberg gewählt?

a) 3

b) 4

✓ c) 5 (richtige Antwort)

d) 6

Erklärung: Der Landtag von Baden-Württemberg wird für fünf Jahre gewählt. Er hat seinen Sitz in Stuttgart. Das Land selbst entstand 1952 aus drei Ländern im Südwesten, unter anderem aus Baden und Württemberg – daher der Doppelname.

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 4

Ab welchem Alter darf man in Baden-Württemberg bei Kommunalwahlen wählen?

a) 14

✓ b) 16 (richtige Antwort)

c) 18

d) 20

Erklärung: In Baden-Württemberg darf man bei Kommunalwahlen ab 16 Jahren wählen, zum Beispiel den Gemeinderat oder den Kreistag. Kommunalwahlen bestimmen, wer in der eigenen Stadt oder Gemeinde über Dinge wie Schulen, Straßen oder Schwimmbäder mitentscheidet. Für die Bundestagswahl muss man dagegen 18 Jahre alt sein.

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 5

Welche Farben hat die Landesflagge von Baden-Württemberg?

a) blau-weiß-rot

✓ b) schwarz-gold (richtige Antwort)

c) weiß-blau

d) grün-weiß-rot

Erklärung: Die Landesflagge von Baden-Württemberg ist schwarz-gold. Die Farben passen zum Landeswappen mit den drei schwarzen Löwen auf goldenem Grund. Nicht verwechseln: Weiß-blau ist die Flagge von Bayern, grün-weiß-rot die von Italien.

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 6

Wo können Sie sich in Baden-Württemberg über politische Themen informieren?

a) beim Ordnungsamt der Gemeinde

b) bei der Verbraucherzentrale

✓ c) bei der Landeszentrale für politische Bildung (richtige Antwort)

d) bei den Kirchen

Erklärung: Über politische Themen informiert in Baden-Württemberg die Landeszentrale für politische Bildung mit Sitz in Stuttgart. Sie arbeitet überparteilich, also ohne eine bestimmte Partei zu unterstützen. Das Ordnungsamt ist dagegen eine Behörde der Gemeinde für Sicherheit und Ordnung, keine Bildungseinrichtung.

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 7

Die Landeshauptstadt von Baden-Württemberg heißt ...

a) Heidelberg.

✓ b) Stuttgart. (richtige Antwort)

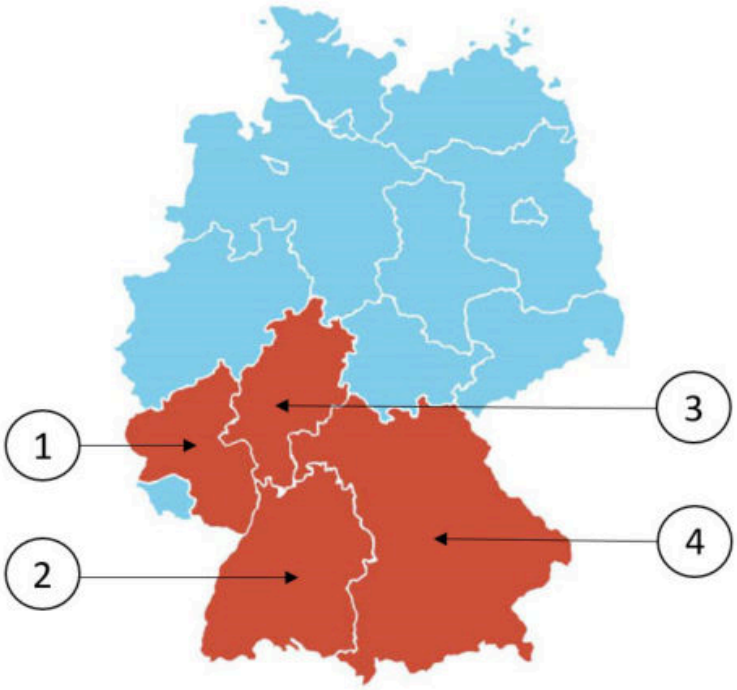
c) Karlsruhe.

d) Mannheim.

Erklärung: Stuttgart ist die Landeshauptstadt von Baden-Württemberg. Hier sitzen Landtag und Landesregierung; die Stadt ist auch für ihre Autoindustrie bekannt. Karlsruhe ist ebenfalls wichtig, weil dort das Bundesverfassungsgericht seinen Sitz hat – Hauptstadt ist es aber nicht. Heidelberg und Mannheim sind weitere große Städte im Land.

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 8

Welches Bundesland ist Baden-Württemberg?



a) 1

✓ **b) 2 (richtige Antwort)**

c) 3

d) 4

Erklärung: Baden-Württemberg ist auf der Karte die Nummer 2, ganz im Südwesten Deutschlands. Es grenzt an Frankreich und die Schweiz, und im Süden liegt der Bodensee. Nummer 1 ist Rheinland-Pfalz, Nummer 3 Hessen und Nummer 4 Bayern, das große Land im Südosten.

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 9

Wie nennt man die Regierungschefin/den Regierungschef in Baden-Württemberg?

a) Erste Ministerin/Erster Minister

b) Premierministerin/Premierminister

c) Bürgermeisterin/Bürgermeister

✓ **d) Ministerpräsidentin/Ministerpräsident (richtige Antwort)**

Erklärung: Die Regierung von Baden-Württemberg wird von einer Ministerpräsidentin oder einem Ministerpräsidenten geführt. Gewählt wird diese Person vom Landtag in Stuttgart. Titel wie Premierminister oder Erster Minister gibt es in deutschen Bundesländern nicht; Bürgermeister leiten Städte und Gemeinden.

Landesfrage Baden-Württemberg Nr. 10

Welche Ministerin/welchen Minister hat Baden-Württemberg nicht?

a) Finanzministerin/Finanzminister

b) Justizministerin/Justizminister

c) Innenministerin/Innenminister

✓ **d) Außenministerin/Außenminister (richtige Antwort)**

Erklärung: Baden-Württemberg hat kein Außenministerium, denn die Beziehungen zu anderen Staaten pflegt in Deutschland der Bund (Artikel 32 Grundgesetz). Ministerien für Finanzen, Inneres und Justiz gibt es dagegen in jedem Bundesland. Die Polizei zum Beispiel ist Ländersache und gehört zum Innenministerium.

Allgemeine Fragen 1–300

Frage 1

In Deutschland dürfen Menschen offen etwas gegen die Regierung sagen, weil …

a) hier Religionsfreiheit gilt.

b) die Menschen Steuern zahlen.

c) die Menschen das Wahlrecht haben.

✓ d) hier Meinungsfreiheit gilt. (richtige Antwort)

Erklärung: Wer die Regierung offen kritisiert, wird dafür nicht bestraft, denn in Deutschland gilt Meinungsfreiheit. Sie ist in Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert: Jeder darf seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei äußern. Religionsfreiheit und Wahlrecht sind ebenfalls Grundrechte, sie schützen aber etwas anderes – den Glauben bzw. die Teilnahme an Wahlen.

Frage 2

In Deutschland können Eltern bis zum 14. Lebensjahr ihres Kindes entscheiden, ob es in der Schule am …

a) Geschichtsunterricht teilnimmt.

✓ b) Religionsunterricht teilnimmt. (richtige Antwort)

c) Politikunterricht teilnimmt.

d) Sprachunterricht teilnimmt.

Erklärung: Über die Teilnahme am Religionsunterricht entscheiden die Eltern, so steht es in Artikel 7 des Grundgesetzes. Ab 14 Jahren gilt ein Kind als religionsmündig und darf selbst bestimmen, ob es teilnimmt. Fächer wie Geschichte, Politik oder Sprachen sind dagegen Pflicht, dort gibt es keine solche Wahl.

Frage 3

Deutschland ist ein Rechtsstaat. Was ist damit gemeint?

✓ a) Alle Einwohnerinnen/Einwohner und der Staat müssen sich an die Gesetze halten. (richtige Antwort)

b) Der Staat muss sich nicht an die Gesetze halten.

c) Nur Deutsche müssen die Gesetze befolgen.

d) Die Gerichte machen die Gesetze.

Erklärung: Rechtsstaat bedeutet: Alle Menschen im Land und auch der Staat selbst müssen sich an die Gesetze halten. Behörden, Polizei und Regierung dürfen nur handeln, wenn ein Gesetz es erlaubt, und unabhängige Gerichte kontrollieren das. Gesetze macht übrigens nicht das Gericht, sondern das Parlament.

Frage 4

Welches Recht gehört zu den Grundrechten in Deutschland?

a) Waffenbesitz

b) Faustrecht

✓ c) Meinungsfreiheit (richtige Antwort)

d) Selbstjustiz

Erklärung: Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht und steht in Artikel 5 des Grundgesetzes. Faustrecht und Selbstjustiz bedeuten, dass jemand sich mit Gewalt selbst Recht verschafft – genau das ist im Rechtsstaat verboten, denn dafür sind Polizei und Gerichte zuständig. Auch Waffenbesitz ist kein Grundrecht, sondern streng durch Gesetze geregelt.

Frage 5

Wahlen in Deutschland sind frei. Was bedeutet das?

a) Man darf Geld annehmen, wenn man dafür eine bestimmte Kandidatin/einen bestimmten Kandidaten wählt.

b) Nur Personen, die noch nie im Gefängnis waren, dürfen wählen.

✓ c) Die Wählerin/der Wähler darf bei der Wahl weder beeinflusst noch zu einer bestimmten Stimmabgabe gezwungen werden und keine Nachteile durch die Wahl haben. (richtige Antwort)

d) Alle wahlberechtigten Personen müssen wählen.

Erklärung: Freie Wahl heißt: Niemand darf Wählerinnen und Wähler unter Druck setzen, zu einer bestimmten

Stimme zwingen oder ihnen wegen ihrer Wahl schaden. Freiheit ist einer von fünf Wahlgrundsätzen im Grundgesetz (Artikel 38): allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim. Frei bedeutet auch, dass es in Deutschland keine Wahlpflicht gibt. Stimmenkauf mit Geld ist strafbar.

Frage 6

Wie heißt die deutsche Verfassung?

a) Volksgesetz

b) Bundesgesetz

c) Deutsches Gesetz

✓ d) Grundgesetz (richtige Antwort)

Erklärung: Die deutsche Verfassung heißt Grundgesetz und trat am 23. Mai 1949 in Kraft. Der Name sollte zeigen, dass es zunächst als vorläufige Ordnung für den westlichen Teil des geteilten Deutschlands gedacht war. Seit der Wiedervereinigung 1990 gilt es für ganz Deutschland – an der Spitze steht der Schutz der Menschenwürde.

Frage 7

Welches Recht gehört zu den Grundrechten, die nach der deutschen Verfassung garantiert werden? Das Recht auf …

✓ a) Glaubens-und Gewissensfreiheit (richtige Antwort)

b) Unterhaltung

c) Arbeit

d) Wohnung

Erklärung: Glaubens- und Gewissensfreiheit ist im Grundgesetz garantiert (Artikel 4): Jeder darf eine Religion haben, sie wechseln oder gar keine haben. Ein Recht auf Arbeit, Wohnung oder Unterhaltung steht dagegen nicht als Grundrecht im Grundgesetz. Der Staat hilft zwar zum Beispiel mit Sozialleistungen, aber man kann keinen bestimmten Arbeitsplatz oder eine Wohnung einklagen.

Frage 8

Was steht nicht im Grundgesetz von Deutschland?

a) Die Würde des Menschen ist unantastbar.

✓ b) Alle sollen gleich viel Geld haben. (richtige Antwort)

c) Jeder Mensch darf seine Meinung sagen.

d) Alle sind vor dem Gesetz gleich.

Erklärung: Dass alle gleich viel Geld haben sollen, steht nicht im Grundgesetz. Es schützt die Menschenwürde (Artikel 1), die Meinungsfreiheit (Artikel 5) und die Gleichheit vor dem Gesetz (Artikel 3). Gleichheit bedeutet also gleiche Rechte für alle, nicht gleiches Einkommen oder Vermögen.

Frage 9

Welches Grundrecht gilt in Deutschland nur für Ausländerinnen/Ausländer? Das Grundrecht auf …

a) Schutz der Familie

b) Menschenwürde

✓ c) Asyl (richtige Antwort)

d) Meinungsfreiheit

Erklärung: Das Grundrecht auf Asyl gilt nur für Ausländerinnen und Ausländer, denn Deutsche brauchen in ihrem eigenen Land keinen Schutz vor Verfolgung. In Artikel 16a des Grundgesetzes steht: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Menschenwürde, Meinungsfreiheit und Schutz der Familie gelten dagegen für alle Menschen in Deutschland.

Frage 10

Was ist mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar?

a) die Prügelstrafe

b) die Folter

c) die Todesstrafe

✓ **d) die Geldstrafe (richtige Antwort)**

Erklärung: Mit dem Grundgesetz vereinbar ist die Geldstrafe – Gerichte verhängen sie zum Beispiel bei kleineren Straftaten. Die Todesstrafe ist nach Artikel 102 des Grundgesetzes abgeschafft. Folter und Prügelstrafe verletzen die Menschenwürde und sind deshalb ebenfalls verboten.

Frage 11

Wie wird die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland genannt?

✓ **a) Grundgesetz (richtige Antwort)**

b) Bundesverfassung

c) Gesetzbuch

d) Verfassungsvertrag

Erklärung: Die Verfassung der Bundesrepublik heißt Grundgesetz. Sie wurde 1949 beschlossen und gilt seit der Wiedervereinigung 1990 für ganz Deutschland. Das Wort „Gesetzbuch“ passt nicht, denn damit meint man normale Gesetzessammlungen wie das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). Merkhilfe: Das Grundgesetz ist die Grundlage für alle anderen Gesetze.

Frage 12

Eine Partei im Deutschen Bundestag will die Pressefreiheit abschaffen. Ist das möglich?

a) Ja, wenn mehr als die Hälfte der Abgeordneten im Bundestag dafür sind.

b) Ja, aber dazu müssen zwei Drittel der Abgeordneten im Bundestag dafür sein.

✓ **c) Nein, denn die Pressefreiheit ist ein Grundrecht. Sie kann nicht abgeschafft werden. (richtige Antwort)**

d) Nein, denn nur der Bundesrat kann die Pressefreiheit abschaffen.

Erklärung: Abschaffen kann eine Partei die Pressefreiheit nicht, denn sie ist ein Grundrecht aus Artikel 5 des Grundgesetzes. Auch mit großer Mehrheit darf ein Grundrecht nicht in seinem Kern beseitigt werden (Artikel 19 Absatz 2). Freie Zeitungen, Radio und Fernsehen sind wichtig, damit Bürgerinnen und Bürger sich informieren und die Regierung kontrollieren können.

Frage 13

Im Parlament steht der Begriff "Opposition" für ...

a) die regierenden Parteien.

b) die Fraktion mit den meisten Abgeordneten.

c) alle Parteien, die bei der letzten Wahl die 5%-Hürde erreichen konnten.

✓ **d) alle Abgeordneten, die nicht zu der Regierungspartei/den Regierungsparteien gehören. (richtige Antwort)**

Erklärung: Zur Opposition gehören alle Abgeordneten, deren Parteien nicht an der Regierung beteiligt sind. Ihre Aufgabe ist, die Regierung zu kritisieren, zu kontrollieren und eigene Vorschläge zu machen. Die Fraktion mit den meisten Abgeordneten gehört meist gerade zur Regierung – sie ist also normalerweise nicht die Opposition.

Frage 14

Meinungsfreiheit in Deutschland heißt, dass ich ...

a) Passanten auf der Straße beschimpfen darf.

✓ **b) meine Meinung im Internet äußern kann. (richtige Antwort)**

c) Nazi-, Hamas-oder Islamischer Staat-Symbole öffentlich tragen darf.

d) meine Meinung nur dann äußern darf, solange ich der Regierung nicht widerspreche.

Erklärung: Meinungsfreiheit erlaubt mir, meine Meinung auch im Internet zu äußern, etwa in sozialen Netzwerken oder Blogs. Sie hat aber Grenzen: Wer Menschen beschimpft, kann sich wegen Beleidigung strafbar machen. Symbole verbotener Organisationen wie Nazi-, Hamas- oder IS-Zeichen öffentlich zu zeigen, ist verboten. Und selbstverständlich darf man der Regierung widersprechen.

Frage 15

Was verbietet das deutsche Grundgesetz?

a) Militärdienst

✓ **b) Zwangsarbeit (richtige Antwort)**

c) freie Berufswahl

d) Arbeit im Ausland

Erklärung: Das Grundgesetz verbietet Zwangsarbeit (Artikel 12): Niemand darf zu einer Arbeit gezwungen werden. Gleichzeitig garantiert derselbe Artikel die freie Berufswahl. Militärdienst ist dagegen erlaubt – das Grundgesetz lässt eine Wehrpflicht ausdrücklich zu, und niemand muss gegen sein Gewissen mit der Waffe dienen.

Frage 16

Wann ist die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt?

✓ **a) bei der öffentlichen Verbreitung falscher Behauptungen über einzelne Personen (richtige Antwort)**

b) bei Meinungsäußerungen über die Bundesregierung

c) bei Diskussionen über Religionen

d) bei Kritik am Staat

Erklärung: Eingeschränkt ist die Meinungsfreiheit, wenn jemand öffentlich falsche Behauptungen über eine einzelne Person verbreitet. Das kann als üble Nachrede oder Verleumdung strafbar sein, denn auch die Ehre eines Menschen ist geschützt. Kritik an der Regierung, am Staat oder an Religionen ist dagegen erlaubt – sie gehört zum Kern der Meinungsfreiheit.

Frage 17

Die deutschen Gesetze verbieten ...

a) Meinungsfreiheit der Einwohnerinnen und Einwohner.

b) Petitionen der Bürgerinnen und Bürger.

c) Versammlungsfreiheit der Einwohnerinnen und Einwohner.

✓ **d) Ungleichbehandlung der Bürgerinnen und Bürger durch den Staat. (richtige Antwort)**

Erklärung: Verboten ist, dass der Staat Bürgerinnen und Bürger ungleich behandelt. Nach Artikel 3 des Grundgesetzes sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich; niemand darf zum Beispiel wegen Geschlecht, Herkunft, Religion oder einer Behinderung benachteiligt werden. Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Petitionen sind dagegen Grundrechte, die geschützt sind.

Frage 18

Welches Grundrecht ist in Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland garantiert?

✓ **a) die Unantastbarkeit der Menschenwürde (richtige Antwort)**

b) das Recht auf Leben

c) Religionsfreiheit

d) Meinungsfreiheit

Erklärung: In Artikel 1 des Grundgesetzes steht der wichtigste Satz der Verfassung: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Alle staatliche Gewalt muss sie achten und schützen. Das Recht auf Leben steht erst in Artikel 2, die Religionsfreiheit in Artikel 4 und die Meinungsfreiheit in Artikel 5.

Frage 19

Was versteht man unter dem Recht der "Freizügigkeit" in Deutschland?

✓ **a) Man darf sich seinen Wohnort selbst aussuchen. (richtige Antwort)**

b) Man kann seinen Beruf wechseln.

c) Man darf sich für eine andere Religion entscheiden.

d) Man darf sich in der Öffentlichkeit nur leicht bekleidet bewegen.

Erklärung: Freizügigkeit bedeutet, dass man sich frei bewegen und seinen Wohnort selbst wählen darf. Sie ist in Artikel 11 des Grundgesetzes garantiert: Deutsche dürfen überall im Bundesgebiet wohnen und sich aufhalten. Berufswechsel und Religionswechsel sind andere Grundrechte, nämlich Berufsfreiheit und Glaubensfreiheit. Mit Kleidung hat der Begriff nichts zu tun.

Frage 20

Eine Partei in Deutschland verfolgt das Ziel, eine Diktatur zu errichten. Sie ist dann …

a) tolerant.

b) rechtsstaatlich orientiert.

c) gesetzestreu.

✓ d) verfassungswidrig. (richtige Antwort)

Erklärung: Eine Partei, die eine Diktatur errichten will, ist verfassungswidrig, denn sie richtet sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. So steht es in Artikel 21 des Grundgesetzes. Verbieten kann eine solche Partei aber nur das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. „Tolerant“ oder „gesetzestreu“ passt zu einer solchen Partei gerade nicht.

Frage 21

Welches ist das Wappen der Bundesrepublik Deutschland?

Bild 1

Bild 2

Bild 3

Bild 4

✓ a) Bild 1 (richtige Antwort)

b) Bild 2

c) Bild 3

d) Bild 4

Erklärung: Das Wappen der Bundesrepublik ist Bild 1: ein schwarzer Adler mit roter Zunge, rotem Schnabel und roten Krallen auf goldgelbem Schild. Bild 2 zeigt das Christusmonogramm, ein christliches Zeichen, und Bild 3 das Eiserne Kreuz, das Erkennungszeichen der Bundeswehr. Bild 4 ist das Staatswappen der früheren DDR mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz.

Frage 22

Was für eine Staatsform hat Deutschland?

a) Monarchie

b) Diktatur

✓ c) Republik (richtige Antwort)

d) Fürstentum

Erklärung: Deutschland ist eine Republik – das steckt schon im Namen Bundesrepublik Deutschland. In einer Republik gibt es keinen König, sondern ein gewähltes Staatsoberhaupt, bei uns den Bundespräsidenten. Monarchie und Fürstentum haben einen erblichen Herrscher; in Deutschland endete die Monarchie 1918. Eine Diktatur ist das Gegenteil einer Demokratie.

Frage 23

In Deutschland sind die meisten Erwerbstätigen …

a) in kleinen Familienunternehmen beschäftigt.

b) ehrenamtlich für ein Bundesland tätig.

c) selbstständig mit einer eigenen Firma tätig.

✓ d) bei einer Firma oder Behörde beschäftigt. (richtige Antwort)

Erklärung: Die meisten Erwerbstätigen in Deutschland sind Angestellte, Arbeiterinnen oder Beamte, also bei einer Firma oder Behörde beschäftigt. Selbstständige mit eigener Firma sind nur ein kleiner Teil. Ehrenamtliche Arbeit ist unbezahlt und keine normale Erwerbstätigkeit. Erwerbstätig heißt: Man arbeitet, um Geld zu verdienen.

Frage 24

Wie viele Bundesländer hat die Bundesrepublik Deutschland?

a) 14
b) 15
✓ **c) 16 (richtige Antwort)**
d) 17

Erklärung: Deutschland besteht aus 16 Bundesländern. Seit der Wiedervereinigung 1990 kamen zu den elf westdeutschen Ländern (mit West-Berlin) fünf neue Länder im Osten hinzu, und Berlin wurde ein gemeinsames Land. Drei davon sind Stadtstaaten: Berlin, Hamburg und Bremen.

Frage 25

Was ist kein Bundesland der Bundesrepublik Deutschland?

✓ **a) Elsass-Lothringen (richtige Antwort)**
b) Nordrhein-Westfalen
c) Mecklenburg-Vorpommern
d) Sachsen-Anhalt

Erklärung: Elsass-Lothringen ist kein deutsches Bundesland – die Region liegt in Frankreich. Sie gehörte in der Geschichte zeitweise zu Deutschland, zuletzt bis zum Ende des Ersten Weltkriegs 1918. Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind dagegen drei der 16 Bundesländer.

Frage 26

Deutschland ist ...

a) eine kommunistische Republik.
✓ **b) ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (richtige Antwort)**
c) eine kapitalistische und soziale Monarchie.
d) ein sozialer und sozialistischer Bundesstaat.

Erklärung: Laut Artikel 20 des Grundgesetzes ist Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. Demokratisch heißt: Das Volk wählt seine Vertreter. Sozial heißt: Der Staat sorgt für soziale Sicherheit. Bundesstaat heißt: Die Macht ist zwischen Bund und Ländern geteilt. Kommunistisch, sozialistisch oder eine Monarchie ist Deutschland nicht.

Frage 27

Deutschland ist ...

a) ein sozialistischer Staat.
✓ **b) ein Bundesstaat. (richtige Antwort)**
c) eine Diktatur.
d) eine Monarchie.

Erklärung: Deutschland ist ein Bundesstaat: Es besteht aus 16 Bundesländern, die jeweils eigene Parlamente und Regierungen haben, und dem Bund für das ganze Land. So steht es in Artikel 20 des Grundgesetzes. Eine Monarchie oder Diktatur ist Deutschland nicht, und auch kein sozialistischer Staat wie früher die DDR.

Frage 28

Wer wählt in Deutschland die Abgeordneten zum Bundestag?

a) das Militär
b) die Wirtschaft
✓ **c) das wahlberechtigte Volk (richtige Antwort)**
d) die Verwaltung

Erklärung: Die Abgeordneten des Bundestages wählt das wahlberechtigte Volk, also alle deutschen Staatsangehörigen ab 18 Jahren. Die Bundestagswahl findet in der Regel alle vier Jahre statt. Militär, Wirtschaft oder Verwaltung haben bei der Wahl keine besondere Rolle – in der Demokratie geht alle Staatsgewalt vom Volk aus.

Frage 29

Welches Tier ist das Wappentier der Bundesrepublik Deutschland?

a) Löwe

✓ **b) Adler (richtige Antwort)**

c) Bär

d) Pferd

Erklärung: Das Wappentier der Bundesrepublik ist der Adler, genannt Bundesadler. Er ist schwarz und steht auf goldgelbem Grund; man sieht ihn zum Beispiel im Bundestag und auf deutschen Münzen. Der Bär ist das Wappentier von Berlin, der Löwe erscheint in einigen Landeswappen, etwa von Bayern oder Hessen.

Frage 30

Was ist kein Merkmal unserer Demokratie?

a) regelmäßige Wahlen

✓ **b) Pressezensur (richtige Antwort)**

c) Meinungsfreiheit

d) verschiedene Parteien

Erklärung: Pressezensur ist kein Merkmal unserer Demokratie, denn in Artikel 5 des Grundgesetzes steht: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Zensur bedeutet, dass der Staat Texte vor der Veröffentlichung kontrolliert oder verbietet. Regelmäßige Wahlen, Meinungsfreiheit und verschiedene Parteien gehören dagegen zu jeder Demokratie.

Frage 31

Die Zusammenarbeit von Parteien zur Bildung einer Regierung nennt man in Deutschland …

a) Einheit.

✓ **b) Koalition. (richtige Antwort)**

c) Ministerium.

d) Fraktion.

Erklärung: Wenn mehrere Parteien zusammen eine Regierung bilden, nennt man das Koalition. Sie schließen dafür meist einen Koalitionsvertrag, in dem sie ihre gemeinsamen Ziele festhalten. Nicht verwechseln: Eine Fraktion ist der Zusammenschluss der Abgeordneten einer Partei im Parlament.

Frage 32

Was ist keine staatliche Gewalt in Deutschland?

a) Gesetzgebung

b) Regierung

✓ **c) Presse (richtige Antwort)**

d) Rechtsprechung

Erklärung: Die Presse ist keine staatliche Gewalt, sondern unabhängig vom Staat. Die drei Staatsgewalten sind Gesetzgebung (Legislative), Regierung und Verwaltung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative). Die Presse wird manchmal „vierte Gewalt“ genannt, weil sie Politik beobachtet und kritisiert – sie gehört aber nicht zum Staat.

Frage 33

Welche Aussage ist richtig? In Deutschland …

✓ **a) sind Staat und Religionsgemeinschaften voneinander getrennt. (richtige Antwort)**

b) bilden die Religionsgemeinschaften den Staat.

c) ist der Staat abhängig von den Religionsgemeinschaften.

d) bilden Staat und Religionsgemeinschaften eine Einheit.

Erklärung: Staat und Religionsgemeinschaften sind in Deutschland voneinander getrennt: Es gibt keine Staatskirche. Der Staat ist neutral und bevorzugt keine Religion. Trotzdem arbeiten Staat und Kirchen in manchen Bereichen zusammen, zum Beispiel beim Religionsunterricht an Schulen oder beim Einziehen der Kirchensteuer.

Frage 34

Was ist Deutschland nicht?

a) eine Demokratie

b) ein Rechtsstaat

✓ **c) eine Monarchie (richtige Antwort)**

d) ein Sozialstaat

Erklärung: Eine Monarchie ist Deutschland nicht – es gibt keinen König oder Kaiser, sondern einen gewählten Bundespräsidenten. Die Monarchie endete 1918 nach dem Ersten Weltkrieg. Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat sind dagegen wichtige Merkmale der Bundesrepublik und stehen im Grundgesetz.

Frage 35

Womit finanziert der deutsche Staat die Sozialversicherung?

a) Kirchensteuer

✓ **b) Sozialabgaben (richtige Antwort)**

c) Spendengeldern

d) Vereinsbeiträgen

Erklärung: Die Sozialversicherung wird vor allem über Sozialabgaben finanziert. Das sind Beiträge, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemeinsam zahlen; sie werden direkt vom Lohn abgezogen. Die Kirchensteuer geht dagegen an die Kirchen, und Spenden oder Vereinsbeiträge sind freiwillig.

Frage 36

Welche Maßnahme schafft in Deutschland soziale Sicherheit?

✓ **a) die Krankenversicherung (richtige Antwort)**

b) die Autoversicherung

c) die Gebäudeversicherung

d) die Haftpflichtversicherung

Erklärung: Die Krankenversicherung schafft soziale Sicherheit, denn sie bezahlt Arztbesuche und Behandlungen, wenn jemand krank wird. In Deutschland ist eine Krankenversicherung für alle Pflicht. Auto-, Gebäude- und Haftpflichtversicherungen sind private Versicherungen für Sachen oder Schäden und gehören nicht zur sozialen Sicherung.

Frage 37

Wie werden die Regierungschefinnen/Regierungschefs der meisten Bundesländer in Deutschland genannt?

a) Erste Ministerin/Erster Minister

b) Premierministerin/Premierminister

c) Senatorin/Senator

✓ **d) Ministerpräsidentin/Ministerpräsident (richtige Antwort)**

Erklärung: In den meisten Bundesländern heißt der Regierungschef Ministerpräsident oder Ministerpräsidentin. Nur in den drei Stadtstaaten ist es anders: In Berlin gibt es den Regierenden Bürgermeister, in Hamburg den Ersten Bürgermeister und in Bremen den Präsidenten des Senats. Senatoren sind dort die Mitglieder der Landesregierung, vergleichbar mit Ministern.

Frage 38

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer …

a) Staatenverbund.

✓ **b) Bundesstaat. (richtige Antwort)**

c) Staatenbund.

d) Zentralstaat.

Erklärung: Nach Artikel 20 des Grundgesetzes ist Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. In einem Bundesstaat teilen sich der Gesamtstaat und die Länder die Macht. Ein Zentralstaat wird dagegen nur von der Hauptstadt aus regiert, und ein Staatenbund ist ein lockerer Zusammenschluss selbstständiger Staaten. Die Europäische Union wird oft Staatenverbund genannt.

Frage 39

Was hat jedes deutsche Bundesland?

a) eine eigene Außenministerin/einen eigenen Außenminister

b) eine eigene Währung

c) eine eigene Armee

✓ d) eine eigene Regierung (richtige Antwort)

Erklärung: Jedes Bundesland hat eine eigene Regierung, ein eigenes Parlament (Landtag) und eine eigene Landesverfassung. Außenpolitik, Armee und Währung sind dagegen Sache des Bundes bzw. der Europäischen Union: Es gibt nur einen Außenminister, nur die Bundeswehr und den Euro für ganz Deutschland.

Frage 40

Mit welchen Worten beginnt die deutsche Nationalhymne?

a) Völker, hört die Signale …

✓ b) Einigkeit und Recht und Freiheit … (richtige Antwort)

c) Freude schöner Götterfunken …

d) Deutschland einig Vaterland …

Erklärung: Die Nationalhymne beginnt mit „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Sie ist die dritte Strophe des „Liedes der Deutschen“, das Hoffmann von Fallersleben 1841 schrieb. „Freude schöner Götterfunken“ stammt aus Beethovens Musik zur Europahymne, „Deutschland einig Vaterland“ aus der DDR-Hymne, und „Völker, hört die Signale“ aus dem Arbeiterlied „Die Internationale“.

Frage 41

Warum gibt es in einer Demokratie mehr als eine Partei?

✓ a) weil dadurch die unterschiedlichen Meinungen der Bürgerinnen und Bürger vertreten werden (richtige Antwort)

b) damit Bestechung in der Politik begrenzt wird

c) um politische Demonstrationen zu verhindern

d) um wirtschaftlichen Wettbewerb anzuregen

Erklärung: Mehrere Parteien gibt es, damit die unterschiedlichen Meinungen und Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten werden. Bei Wahlen kann man so zwischen verschiedenen politischen Ideen auswählen. Parteien wirken nach Artikel 21 des Grundgesetzes an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Wo nur eine Partei erlaubt ist, herrscht in der Regel eine Diktatur.

Frage 42

Wer beschließt in Deutschland ein neues Gesetz?

a) die Regierung

✓ b) das Parlament (richtige Antwort)

c) die Gerichte

d) die Polizei

Erklärung: Neue Gesetze beschließt das Parlament, auf Bundesebene der Bundestag, wobei der Bundesrat mitwirkt. Das ist die Gesetzgebung, auch Legislative genannt. Die Regierung kann zwar Gesetzentwürfe vorschlagen, beschließen darf sie diese aber nicht. Gerichte und Polizei wenden Gesetze an, sie machen sie nicht.

Frage 43

Wann kann in Deutschland eine Partei verboten werden?

a) wenn ihr Wahlkampf zu teuer ist

✓ b) wenn sie gegen die Verfassung kämpft (richtige Antwort)

c) wenn sie Kritik am Staatsoberhaupt äußert

d) wenn ihr Programm eine neue Richtung vorschlägt

Erklärung: Verboten werden kann eine Partei, wenn sie gegen die Verfassung kämpft, also die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen will. Die Entscheidung trifft allein das Bundesverfassungsgericht (Artikel 21 Grundgesetz). Kritik am Staatsoberhaupt, neue politische Ideen oder ein teurer Wahlkampf sind dagegen in einer Demokratie erlaubt.

Frage 44

Wen kann man als Bürgerin/Bürger in Deutschland nicht direkt wählen?

a) Abgeordnete des EU-Parlaments

✓ **b) Die Bundespräsidentin/den Bundespräsidenten (richtige Antwort)**

c) Landtagsabgeordnete

d) Bundestagsabgeordnete

Erklärung: Den Bundespräsidenten oder die Bundespräsidentin können Bürgerinnen und Bürger nicht direkt wählen. Das Staatsoberhaupt wählt die Bundesversammlung, die aus allen Bundestagsabgeordneten und ebenso vielen Vertretern der Länder besteht. Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete und Abgeordnete des EU-Parlaments wählt das Volk dagegen direkt.

Frage 45

Zu welcher Versicherung gehört die Pflegeversicherung?

✓ **a) Sozialversicherung (richtige Antwort)**

b) Unfallversicherung

c) Hausratsversicherung

d) Haftpflicht-und Feuerversicherung

Erklärung: Die Pflegeversicherung gehört zur Sozialversicherung. Sie zahlt, wenn Menschen wegen Alter, Krankheit oder Behinderung dauerhaft Hilfe im Alltag brauchen, und wurde 1995 eingeführt. Hausrats-, Haftpflicht- und Feuerversicherungen sind private Versicherungen für Sachschäden, keine Sozialversicherungen. Wer gesetzlich krankenversichert ist, ist automatisch auch in der Pflegeversicherung.

Frage 46

Der deutsche Staat hat viele Aufgaben. Welche Aufgabe gehört dazu?

✓ **a) Er baut Straßen und Schulen. (richtige Antwort)**

b) Er verkauft Lebensmittel und Kleidung.

c) Er versorgt alle Einwohnerinnen und Einwohner kostenlos mit Zeitungen.

d) Er produziert Autos und Busse.

Erklärung: Zu den Aufgaben des Staates gehört es, Straßen und Schulen zu bauen – also für Infrastruktur und Bildung zu sorgen. Lebensmittel, Kleidung, Autos und Busse stellen in der Marktwirtschaft dagegen private Unternehmen her und verkaufen sie. Auch Zeitungen sind privat und sollen vom Staat unabhängig sein.

Frage 47

Der deutsche Staat hat viele Aufgaben. Welche Aufgabe gehört nicht dazu?

✓ **a) Er bezahlt für alle Staatsangehörigen Urlaubsreisen. (richtige Antwort)**

b) Er zahlt Kindergeld.

c) Er unterstützt Museen.

d) Er fördert Sportlerinnen und Sportler.

Erklärung: Urlaubsreisen für alle bezahlt der Staat nicht – das ist Privatsache. Kindergeld zahlt er dagegen schon, um Familien zu unterstützen. Außerdem fördert er Kultur, zum Beispiel Museen, und Sport, etwa Sportlerinnen und Sportler im Spitzensport. Das alles gehört zu seinen Aufgaben im Sozial- und Kulturstaat.

Frage 48

Welches Organ gehört nicht zu den Verfassungsorganen Deutschlands?

a) der Bundesrat

b) die Bundespräsidentin/der Bundespräsident

✓ **c) die Bürgerversammlung (richtige Antwort)**

d) die Regierung

Erklärung: Eine Bürgerversammlung ist kein Verfassungsorgan, sondern zum Beispiel ein Treffen von Einwohnern in einer Gemeinde. Verfassungsorgane sind die obersten Staatsorgane, die im Grundgesetz festgelegt sind: unter anderem Bundestag, Bundesrat, Bundespräsident, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht. Nicht verwechseln mit der Bundesversammlung – sie wählt den Bundespräsidenten und ist ein Verfassungsorgan.

Frage 49

Wer bestimmt in Deutschland die Schulpolitik?

a) die Lehrer und Lehrerinnen

✓ **b) die Bundesländer (richtige Antwort)**

c) das Familienministerium

d) die Universitäten

Erklärung: Die Schulpolitik bestimmen in Deutschland die Bundesländer. Deshalb gibt es von Land zu Land Unterschiede, zum Beispiel bei Schularten, Lehrplänen und Ferienterminen. Diese Zuständigkeit der Länder für Bildung und Kultur nennt man „Kulturhoheit“. Lehrkräfte setzen die Vorgaben um, entscheiden aber nicht über die Schulpolitik.

Frage 50

Die Wirtschaftsform in Deutschland nennt man ...

a) freie Zentralwirtschaft.

✓ **b) soziale Marktwirtschaft. (richtige Antwort)**

c) gelenkte Zentralwirtschaft.

d) Planwirtschaft.

Erklärung: Die Wirtschaftsform in Deutschland heißt soziale Marktwirtschaft. Unternehmen produzieren und handeln frei im Wettbewerb, der Staat sorgt aber für sozialen Ausgleich, etwa durch Sozialversicherungen und Arbeitnehmerrechte. Eng verbunden ist sie mit Ludwig Erhard, dem ersten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik. Planwirtschaft, bei der der Staat alles plant, gab es in der DDR.

Frage 51

Zu einem demokratischen Rechtsstaat gehört es nicht, dass ...

a) Menschen sich kritisch über die Regierung äußern können.

b) Bürger friedlich demonstrieren gehen dürfen.

✓ **c) Menschen von einer Privatpolizei ohne Grund verhaftet werden. (richtige Antwort)**

d) jemand ein Verbrechen begeht und deshalb verhaftet wird.

Erklärung: Dass Menschen von einer Privatpolizei ohne Grund verhaftet werden, gehört nicht zu einem Rechtsstaat. Festnahmen darf nur die staatliche Polizei auf gesetzlicher Grundlage durchführen, und über eine Freiheitsentziehung muss ein Richter entscheiden. Wer dagegen ein Verbrechen begeht, kann rechtmäßig verhaftet werden. Kritik an der Regierung und friedliche Demonstrationen sind erlaubt.

Frage 52

Was bedeutet "Volkssouveränität"? Alle Staatsgewalt geht vom ...

✓ **a) Volke aus. (richtige Antwort)**

b) Bundestag aus.

c) preußischen König aus.

d) Bundesverfassungsgericht aus.

Erklärung: Volkssouveränität heißt: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. So steht es in Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes. Das Volk übt diese Macht vor allem durch Wahlen aus. Bundestag und Bundesverfassungsgericht bekommen ihre Macht erst vom Volk, und einen preußischen König gibt es seit 1918 nicht mehr.

Frage 53

Was bedeutet "Rechtsstaat" in Deutschland?

a) Der Staat hat Recht.

b) Es gibt nur rechte Parteien.

c) Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden über Gesetze.

✓ **d) Der Staat muss die Gesetze einhalten. (richtige Antwort)**

Erklärung: Im Rechtsstaat muss sich auch der Staat an die Gesetze halten. Regierung, Behörden und Polizei sind an Gesetz und Recht gebunden (Artikel 20 Absatz 3 Grundgesetz), und unabhängige Gerichte kontrollieren das. „Der Staat hat Recht“ beschreibt eher eine Diktatur. Mit politischen Richtungen wie „rechts“ hat das Wort Rechtsstaat nichts zu tun.

Frage 54

Was ist keine staatliche Gewalt in Deutschland?

a) Legislative
b) Judikative
c) Exekutive
✓ d) Direktive (richtige Antwort)

Erklärung: Direktive ist keine staatliche Gewalt – den Begriff gibt es in der Gewaltenteilung nicht. Die drei Gewalten heißen Legislative (Gesetzgebung, also das Parlament), Exekutive (Regierung und Verwaltung) und Judikative (Rechtsprechung durch Gerichte). Merkhilfe: Legislative = Gesetze machen, Exekutive = Gesetze ausführen, Judikative = über Recht urteilen.

Frage 55

Was zeigt dieses Bild?

© Deutscher Bundestag/Achim Melde

✓ a) den Bundestagssitz in Berlin (richtige Antwort)
b) das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe
c) das Bundesratsgebäude in Berlin
d) das Bundeskanzleramt in Berlin

Erklärung: Auf dem Bild sieht man das Reichstagsgebäude in Berlin mit seiner gläsernen Kuppel und deutschen Fahnen – hier hat der Bundestag seinen Sitz. Die Kuppel kann man besuchen und von oben in den Plenarsaal schauen. Das Bundesverfassungsgericht steht dagegen in Karlsruhe, und das Bundeskanzleramt in Berlin ist ein moderner Bau.

Frage 56

Welches Amt gehört in Deutschland zur Gemeindeverwaltung?

a) Pfarramt
✓ b) Ordnungsamt (richtige Antwort)
c) Finanzamt
d) Auswärtiges Amt

Erklärung: Das Ordnungsamt gehört zur Gemeindeverwaltung. Es kümmert sich um öffentliche Sicherheit und Ordnung vor Ort, etwa um Falschparker, Lärm oder Gewerbeanmeldungen. Das Finanzamt ist eine Behörde des Landes, das Auswärtige Amt ist das Außenministerium des Bundes, und ein Pfarramt gehört zur Kirche.

Frage 57

Wer wird meistens zur Präsidentin/zum Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt?

a) die/der älteste Abgeordnete im Parlament

b) die Ministerpräsidentin/der Ministerpräsident des größten Bundeslandes

c) eine ehemalige Bundeskanzlerin/ein ehemaliger Bundeskanzler

✓ d) eine Abgeordnete/ein Abgeordneter der stärksten Fraktion (richtige Antwort)

Erklärung: Zum Präsidenten des Bundestages wird meistens eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter der stärksten Fraktion gewählt. Das ist kein Gesetz, sondern eine lange parlamentarische Tradition. Der älteste Abgeordnete leitet nur die erste Sitzung nach der Wahl als Alterspräsident, bis die neue Präsidentin oder der neue Präsident gewählt ist.

Frage 58

Wer ernennt in Deutschland die Ministerinnen/die Minister der Bundesregierung?

a) die Präsidentin/der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes

✓ b) die Bundespräsidentin/der Bundespräsident (richtige Antwort)

c) die Bundesratspräsidentin/der Bundesratspräsident

d) die Bundestagspräsidentin/der Bundestagspräsident

Erklärung: Die Bundesministerinnen und -minister ernennt der Bundespräsident, und zwar auf Vorschlag des Bundeskanzlers (Artikel 64 Grundgesetz). Der Kanzler oder die Kanzlerin sucht die Minister also aus, der Bundespräsident vollzieht die offizielle Ernennung. Die Präsidenten von Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht haben dabei keine Aufgabe.

Frage 59

Vor wie vielen Jahren gab es erstmals eine jüdische Gemeinde auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands?

a) vor etwa 300 Jahren

b) vor etwa 700 Jahren

c) vor etwa 1150 Jahren

✓ d) vor etwa 1700 Jahren (richtige Antwort)

Erklärung: Jüdisches Leben gibt es auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands seit etwa 1700 Jahren. Ein Erlass des römischen Kaisers Konstantin aus dem Jahr 321 erwähnt eine jüdische Gemeinde in Köln – das ist der älteste schriftliche Beleg. Deshalb wurde 2021 das Jubiläum „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ gefeiert.

Frage 60

In Deutschland gehören der Bundestag und der Bundesrat zur ...

a) Exekutive.

✓ b) Legislative. (richtige Antwort)

c) Direktive.

d) Judikative.

Erklärung: Bundestag und Bundesrat gehören zur Legislative, also zur gesetzgebenden Gewalt. Der Bundestag beschließt die Bundesgesetze, der Bundesrat wirkt dabei für die Länder mit. Die Exekutive ist dagegen die ausführende Gewalt (Regierung und Verwaltung), die Judikative die Rechtsprechung durch Gerichte.

Frage 61

Was bedeutet "Volkssouveränität"?

a) Die Königin/der König herrscht über das Volk.

b) Das Bundesverfassungsgericht steht über der Verfassung.

c) Die Interessenverbände üben die Souveränität zusammen mit der Regierung aus.

✓ d) Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. (richtige Antwort)

Erklärung: Volkssouveränität bedeutet: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus (Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz). Das Volk ist also der eigentliche Träger der Macht und übt sie durch Wahlen und Abstimmungen aus. Auch das Bundesverfassungsgericht steht nicht über der Verfassung, sondern ist an sie gebunden.

Frage 62

Wenn das Parlament eines deutschen Bundeslandes gewählt wird, nennt man das ...

a) Kommunalwahl

✓ **b) Landtagswahl (richtige Antwort)**

c) Europawahl

d) Bundestagswahl

Erklärung: Die Wahl zum Parlament eines Bundeslandes heißt Landtagswahl, denn das Landesparlament heißt meistens Landtag. In den Stadtstaaten gibt es andere Namen: In Berlin heißt es Abgeordnetenhaus, in Hamburg und Bremen Bürgerschaft. Bei der Kommunalwahl wählt man dagegen Vertreter für Gemeinde, Stadt oder Landkreis.

Frage 63

Was gehört in Deutschland nicht zur Exekutive?

a) die Polizei

✓ **b) die Gerichte (richtige Antwort)**

c) das Finanzamt

d) die Ministerien

Erklärung: Gerichte gehören nicht zur Exekutive, sondern zur Judikative, der rechtsprechenden Gewalt. Richterinnen und Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Polizei, Finanzamt und Ministerien führen dagegen Gesetze aus und sind deshalb Teil der Exekutive.

Frage 64

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute gegliedert in …

a) vier Besatzungszonen.

b) einen Oststaat und einen Weststaat.

c) 16 Kantone.

✓ **d) Bund, Länder und Kommunen. (richtige Antwort)**

Erklärung: Die Bundesrepublik ist in drei Ebenen gegliedert: Bund, Länder und Kommunen (Städte, Gemeinden und Landkreise). Jede Ebene hat eigene Aufgaben. Besatzungszonen gab es nur nach 1945, und die Teilung in Ost und West endete 1990. Kantone sind die Gliedstaaten der Schweiz.

Frage 65

Es gehört nicht zu den Aufgaben des Deutschen Bundestages, …

a) Gesetze zu entwerfen.

b) die Bundesregierung zu kontrollieren.

c) die Bundeskanzlerin/den Bundeskanzler zu wählen.

✓ **d) das Bundeskabinett zu bilden. (richtige Antwort)**

Erklärung: Das Bundeskabinett zu bilden, ist nicht Aufgabe des Bundestages. Die Ministerinnen und Minister schlägt der Bundeskanzler vor, und der Bundespräsident ernennt sie. Der Bundestag dagegen wählt den Kanzler, kontrolliert die Regierung und beschließt Gesetze; Gesetzentwürfe können auch aus seiner Mitte kommen.

Frage 66

Welche Städte haben die größten jüdischen Gemeinden in Deutschland?

✓ **a) Berlin und München (richtige Antwort)**

b) Hamburg und Essen

c) Nürnberg und Stuttgart

d) Worms und Speyer

Erklärung: Die größten jüdischen Gemeinden in Deutschland gibt es in Berlin und München. Viele Mitglieder kamen seit den 1990er-Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Worms und Speyer sind dagegen historisch wichtig: Dort gab es schon im Mittelalter bedeutende jüdische Gemeinden.

Frage 67

Was ist in Deutschland vor allem eine Aufgabe der Bundesländer?

a) Verteidigungspolitik

b) Außenpolitik

c) Wirtschaftspolitik

✓ d) Schulpolitik (richtige Antwort)

Erklärung: Die Schulpolitik ist vor allem Aufgabe der Bundesländer. Sie entscheiden über Schularten, Lehrpläne und Lehrkräfte – diese Zuständigkeit für Bildung und Kultur heißt Kulturhoheit der Länder. Verteidigungs- und Außenpolitik sind dagegen Sache des Bundes, ebenso große Teile der Wirtschaftspolitik.

Frage 68

Warum kontrolliert der Staat in Deutschland das Schulwesen?

a) weil es in Deutschland nur staatliche Schulen gibt

b) weil alle Schülerinnen und Schüler einen Schulabschluss haben müssen

c) weil es in den Bundesländern verschiedene Schulen gibt

✓ d) weil es nach dem Grundgesetz seine Aufgabe ist (richtige Antwort)

Erklärung: Der Staat kontrolliert das Schulwesen, weil das Grundgesetz es ihm als Aufgabe gibt: Nach Artikel 7 steht das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates. Das gilt auch für Privatschulen, die es in Deutschland ebenfalls gibt. Deshalb ist die Aussage falsch, es gebe nur staatliche Schulen.

Frage 69

Die Bundesrepublik Deutschland hat einen dreistufigen Verwaltungsaufbau. Wie heißt die unterste politische Stufe?

a) Stadträte

b) Landräte

✓ c) Gemeinden (richtige Antwort)

d) Bezirksämter

Erklärung: Die unterste politische Stufe in Deutschland sind die Gemeinden. Über ihnen stehen die Länder und ganz oben der Bund. Gemeinden regeln ihre örtlichen Angelegenheiten selbst, zum Beispiel Kindergärten, Müllabfuhr oder Bebauungspläne – das nennt man kommunale Selbstverwaltung. Stadträte und Landräte sind dagegen Personen bzw. Gremien, keine Verwaltungsstufe.

Frage 70

Der deutsche Bundespräsident Gustav Heinemann gibt Helmut Schmidt 1974 die Ernennungsurkunde zum deutschen Bundeskanzler. Was gehört zu den Aufgaben der deutschen Bundespräsidentin/des deutschen Bundespräsidenten?

© Bundesregierung/Engelbert Reineke

a) Sie/Er führt die Regierungsgeschäfte.

b) Sie/Er kontrolliert die Regierungspartei.

c) Sie/Er wählt die Ministerinnen/Minister aus.

✓ d) Sie/Er schlägt die Kanzlerin/den Kanzler zur Wahl vor. (richtige Antwort)

Erklärung: Das Foto zeigt Bundespräsident Gustav Heinemann, der Helmut Schmidt 1974 die Ernennungsurkunde zum Bundeskanzler übergibt. Zu den Aufgaben des Bundespräsidenten gehört es, dem Bundestag einen Kandidaten für das Kanzleramt zur Wahl vorzuschlagen (Artikel 63 Grundgesetz). Nach der Wahl ernennt er den Kanzler. Die Regierungsgeschäfte führt dann aber der Kanzler mit seinen Ministern.

Frage 71

Wo hält sich die deutsche Bundeskanzlerin/der deutsche Bundeskanzler am häufigsten auf? Am häufigsten ist sie/er ...

a) in Bonn, weil sich dort das Bundeskanzleramt und der Bundestag befinden.

b) auf Schloss Meseberg, dem Gästehaus der Bundesregierung, um Staatsgäste zu empfangen.

c) auf Schloss Bellevue, dem Amtssitz der Bundespräsidentin/des Bundespräsidenten, um Staatsgäste zu empfangen.

✓ d) in Berlin, weil sich dort das Bundeskanzleramt und der Bundestag befinden. (richtige Antwort)

Erklärung: Der Bundeskanzler arbeitet meistens in Berlin, denn dort befinden sich das Bundeskanzleramt und der Bundestag. Bonn war bis zum Umzug von Parlament und Regierung Ende der 1990er-Jahre Regierungssitz. Schloss Bellevue ist der Amtssitz des Bundespräsidenten, Schloss Meseberg das Gästehaus der Bundesregierung.

Frage 72

Wie heißt die jetzige Bundeskanzlerin/der jetzige Bundeskanzler von Deutschland?

a) Gerhard Schröder

b) Angela Merkel

c) Ursula von der Leyen

✓ d) Friedrich Merz (richtige Antwort)

Erklärung: Bundeskanzler ist Friedrich Merz von der CDU (Stand des Fragenkatalogs: Mai 2025). Er wurde im Mai 2025 vom Bundestag gewählt. Angela Merkel (CDU) und Gerhard Schröder (SPD) waren frühere Bundeskanzler. Ursula von der Leyen ist Präsidentin der Europäischen Kommission.

Frage 73

Die beiden größten Fraktionen im Deutschen Bundestag heißen zurzeit ...

✓ a) CDU/CSU und AfD. (richtige Antwort)

b) Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen.

c) Bündnis 90/Die Grünen und SPD.

d) Die Linke und CDU/CSU.

Erklärung: Die beiden größten Fraktionen im Bundestag sind CDU/CSU und AfD (Stand des Fragenkatalogs: Mai 2025). Das ist das Ergebnis der Bundestagswahl im Februar 2025. CDU und CSU bilden eine gemeinsame Fraktion, obwohl sie zwei Parteien sind. Eine Fraktion ist der Zusammenschluss der Abgeordneten einer Partei im Parlament.

Frage 74

Wie heißt das Parlament für ganz Deutschland?

a) Bundesversammlung

b) Volkskammer

✓ c) Bundestag (richtige Antwort)

d) Bundesgerichtshof

Erklärung: Das Parlament für ganz Deutschland heißt Bundestag und hat seinen Sitz im Reichstagsgebäude in Berlin. Seine Abgeordneten werden vom Volk gewählt. Die Volkskammer war das Parlament der DDR, die Bundesversammlung wählt nur den Bundespräsidenten, und der Bundesgerichtshof ist ein Gericht.

Frage 75

Wie heißt Deutschlands heutiges Staatsoberhaupt?

✓ **a) Frank-Walter Steinmeier (richtige Antwort)**

b) Bärbel Bas

c) Bodo Ramelow

d) Joachim Gauck

Erklärung: Staatsoberhaupt ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (Stand des Fragenkatalogs: Mai 2025). Er ist seit 2017 im Amt und wurde 2022 wiedergewählt. Joachim Gauck war sein Vorgänger. Bärbel Bas (SPD) und Bodo Ramelow (Die Linke) sind bekannte Politiker, aber nicht Staatsoberhaupt.

Frage 76

Was bedeutet die Abkürzung CDU in Deutschland?

a) Christliche Deutsche Union

b) Club Deutscher Unternehmer

c) Christlicher Deutscher Umweltschutz

✓ **d) Christlich Demokratische Union (richtige Antwort)**

Erklärung: CDU steht für Christlich Demokratische Union. Sie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und stellte mit Konrad Adenauer den ersten Bundeskanzler. In Bayern tritt die CDU nicht an; dort gibt es ihre Schwesterpartei CSU, mit der sie im Bundestag eine gemeinsame Fraktion bildet.

Frage 77

Was ist die Bundeswehr?

a) die deutsche Polizei

b) ein deutscher Hafen

c) eine deutsche Bürgerinitiative

✓ **d) die deutsche Armee (richtige Antwort)**

Erklärung: Die Bundeswehr ist die deutsche Armee. Sie wurde 1955 gegründet und soll Deutschland und seine Bündnispartner verteidigen. Man nennt sie auch „Parlamentsarmee“, denn für bewaffnete Einsätze im Ausland braucht die Regierung in der Regel die Zustimmung des Bundestages. Die Polizei ist dagegen für die innere Sicherheit zuständig.

Frage 78

Was bedeutet die Abkürzung SPD?

a) Sozialistische Partei Deutschlands

b) Sozialpolitische Partei Deutschlands

✓ **c) Sozialdemokratische Partei Deutschlands (richtige Antwort)**

d) Sozialgerechte Partei Deutschlands

Erklärung: SPD steht für Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Sie ist die älteste Partei Deutschlands; ihre Wurzeln liegen in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts. Bekannte SPD-Bundeskanzler waren Willy Brandt, Helmut Schmidt, Gerhard Schröder und Olaf Scholz. Ihre Farbe ist Rot.

Frage 79

Was bedeutet die Abkürzung FDP in Deutschland?

a) Friedliche Demonstrative Partei

b) Freie Deutschland Partei

c) Führende Demokratische Partei

✓ **d) Freie Demokratische Partei (richtige Antwort)**

Erklärung: FDP steht für Freie Demokratische Partei. Sie ist eine liberale Partei, die besonders die Freiheit des Einzelnen und die Marktwirtschaft betont. Die FDP war in der Geschichte der Bundesrepublik oft Koalitionspartner, mal mit der CDU/CSU, mal mit der SPD. Ihre Mitglieder werden auch „Liberale“ genannt.

Frage 80

Welches Gericht in Deutschland ist zuständig für die Auslegung des Grundgesetzes?

a) Oberlandesgericht

b) Amtsgericht

✓ **c) Bundesverfassungsgericht (richtige Antwort)**

d) Verwaltungsgericht

Erklärung: Für die Auslegung des Grundgesetzes ist das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zuständig. Es prüft zum Beispiel, ob Gesetze mit der Verfassung vereinbar sind, und jeder kann sich mit einer Verfassungsbeschwerde dorthin wenden, wenn er seine Grundrechte verletzt sieht. Amts-, Verwaltungs- und Oberlandesgerichte urteilen dagegen über normale Rechtsfälle.

Frage 81

Wer wählt die Bundeskanzlerin/den Bundeskanzler in Deutschland?

a) der Bundesrat

b) die Bundesversammlung

c) das Volk

✓ **d) der Bundestag (richtige Antwort)**

Erklärung: Den Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin wählt der Bundestag, auf Vorschlag des Bundespräsidenten (Artikel 63 Grundgesetz). Das Volk wählt also nicht direkt den Kanzler, sondern die Abgeordneten, die dann den Kanzler bestimmen. Die Bundesversammlung wählt dagegen den Bundespräsidenten.

Frage 82

Wer leitet das deutsche Bundeskabinett?

a) die Bundestagspräsidentin/der Bundestagspräsident

b) die Bundespräsidentin/der Bundespräsident

c) die Bundesratspräsidentin/der Bundesratspräsident

✓ **d) die Bundeskanzlerin/der Bundeskanzler (richtige Antwort)**

Erklärung: Das Bundeskabinett – also die Bundesregierung aus Kanzler und Ministern – leitet der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin. Er oder sie bestimmt die Richtlinien der Politik (Artikel 65 Grundgesetz). Der Bundespräsident ist Staatsoberhaupt, gehört aber nicht zur Regierung und leitet keine Kabinettssitzungen.

Frage 83

Wer wählt die deutsche Bundeskanzlerin/den deutschen Bundeskanzler?

a) das Volk

b) die Bundesversammlung

✓ **c) der Bundestag (richtige Antwort)**

d) die Bundesregierung

Erklärung: Gewählt wird der Bundeskanzler vom Bundestag. Der Bundespräsident schlägt eine Person vor, und gewählt ist, wer die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages bekommt (Artikel 63 Grundgesetz). Die Bürger wählen den Kanzler also indirekt über die Bundestagswahl. Merkhilfe: Bundestag wählt Kanzler, Bundesversammlung wählt Präsident.

Frage 84

Welche Hauptaufgabe hat die deutsche Bundespräsidentin/der deutsche Bundespräsident? Sie/Er ...

a) regiert das Land.

b) entwirft die Gesetze.

✓ **c) repräsentiert das Land. (richtige Antwort)**

d) überwacht die Einhaltung der Gesetze.

Erklärung: Die Hauptaufgabe des Bundespräsidenten ist es, Deutschland zu repräsentieren, also nach innen und außen zu vertreten. Er empfängt Staatsgäste, reist ins Ausland, hält Reden und unterzeichnet Gesetze. Regiert wird das Land aber vom Bundeskanzler und der Bundesregierung. Gesetzentwürfe kommen meist von der Regierung, beschlossen werden Gesetze vom Parlament.

Frage 85

Wer bildet den deutschen Bundesrat?

a) die Abgeordneten des Bundestages
b) die Ministerinnen und Minister der Bundesregierung
✓ **c) die Regierungsvertreter der Bundesländer (richtige Antwort)**
d) die Parteimitglieder

Erklärung: Den Bundesrat bilden Vertreter der Landesregierungen, also Ministerpräsidenten und Landesminister. Über ihn wirken die 16 Bundesländer an der Gesetzgebung des Bundes mit. Die Abgeordneten des Bundestages gehören dagegen nicht zum Bundesrat, und auch die Bundesminister sind dort keine Mitglieder.

Frage 86

Wer wählt in Deutschland die Bundespräsidentin/den Bundespräsidenten?

✓ **a) die Bundesversammlung (richtige Antwort)**
b) der Bundesrat
c) das Bundesparlament
d) das Bundesverfassungsgericht

Erklärung: Den Bundespräsidenten wählt die Bundesversammlung. Sie besteht aus allen Bundestagsabgeordneten und genauso vielen Vertretern, die die Landtage bestimmen. Sie tritt nur zu diesem Zweck zusammen, normalerweise alle fünf Jahre. Der Bundesrat und das Bundesverfassungsgericht wählen den Präsidenten nicht.

Frage 87

Wer ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland?

a) die Bundeskanzlerin/der Bundeskanzler
✓ **b) die Bundespräsidentin/der Bundespräsident (richtige Antwort)**
c) die Bundesratspräsidentin/der Bundesratspräsident
d) die Bundestagspräsidentin/der Bundestagspräsident

Erklärung: Staatsoberhaupt der Bundesrepublik ist der Bundespräsident oder die Bundespräsidentin. Er vertritt Deutschland nach außen, hat aber vor allem repräsentative Aufgaben. Die eigentliche Regierungsmacht liegt beim Bundeskanzler – er ist Regierungschef, aber nicht Staatsoberhaupt. Gewählt wird das Staatsoberhaupt von der Bundesversammlung für fünf Jahre.

Frage 88

Die parlamentarische Opposition im Deutschen Bundestag …

✓ **a) kontrolliert die Regierung. (richtige Antwort)**
b) entscheidet, wer Bundesministerin/Bundesminister wird.
c) bestimmt, wer im Bundesrat sitzt.
d) schlägt die Regierungschefinnen/Regierungschefs der Länder vor.

Erklärung: Die Opposition kontrolliert die Regierung. Sie stellt kritische Fragen, macht eigene Vorschläge und kann zum Beispiel Untersuchungsausschüsse beantragen. Wer Bundesminister wird, entscheiden der Bundeskanzler und der Bundespräsident, und den Bundesrat bilden die Landesregierungen – darauf hat die Opposition im Bundestag keinen Einfluss.

Frage 89

Wie nennt man in Deutschland die Vereinigung von Abgeordneten einer Partei im Parlament?

a) Verband
b) Ältestenrat
✓ **c) Fraktion (richtige Antwort)**
d) Opposition

Erklärung: Die Abgeordneten einer Partei im Parlament schließen sich zu einer Fraktion zusammen. In der Fraktion beraten sie gemeinsam und stimmen ihre Positionen ab. Eine Besonderheit ist die Fraktion von CDU und CSU, die zwei Parteien umfasst. Opposition ist dagegen der Begriff für alle Fraktionen, die nicht an der Regierung beteiligt sind.

Frage 90

Die deutschen Bundesländer wirken an der Gesetzgebung des Bundes mit durch …

✓ **a) den Bundesrat. (richtige Antwort)**

b) die Bundesversammlung.

c) den Bundestag.

d) die Bundesregierung.

Erklärung: Über den Bundesrat wirken die Bundesländer an der Gesetzgebung des Bundes mit. Bei manchen Gesetzen kann er Einspruch einlegen, bei anderen – den Zustimmungsgesetzen – muss er sogar zustimmen. Die Bundesversammlung hat damit nichts zu tun, sie wählt nur den Bundespräsidenten.

Frage 91

In Deutschland kann ein Regierungswechsel in einem Bundesland Auswirkungen auf die Bundespolitik haben. Das Regieren wird …

a) schwieriger, wenn sich dadurch die Mehrheit im Bundestag ändert.

b) leichter, wenn dadurch neue Parteien in den Bundesrat kommen.

✓ **c) schwieriger, wenn dadurch die Mehrheit im Bundesrat verändert wird. (richtige Antwort)**

d) leichter, wenn es sich um ein reiches Bundesland handelt.

Erklärung: Ein Regierungswechsel in einem Bundesland kann die Mehrheit im Bundesrat verändern, denn dort sitzen Vertreter der Landesregierungen. Hat die Bundesregierung im Bundesrat keine Mehrheit mehr, wird Regieren schwieriger, weil viele Gesetze dessen Zustimmung brauchen. Die Mehrheit im Bundestag ändert sich durch eine Landtagswahl dagegen nicht.

Frage 92

Was bedeutet die Abkürzung CSU in Deutschland?

a) Christlich Sichere Union

b) Christlich Süddeutsche Union

c) Christlich Sozialer Unternehmerverband

✓ **d) Christlich Soziale Union (richtige Antwort)**

Erklärung: CSU steht für Christlich Soziale Union. Sie tritt nur in Bayern zur Wahl an und ist die Schwesterpartei der CDU. Im Bundestag bilden CDU und CSU zusammen eine gemeinsame Fraktion, die Union. Merkhilfe: Die CSU ist „die CDU für Bayern“, mit eigenem Namen und eigener Parteiführung.

Frage 93

Je mehr "Zweitstimmen" eine Partei bei einer Bundestagswahl bekommt, desto …

a) weniger Erststimmen kann sie haben.

b) mehr Direktkandidaten der Partei ziehen ins Parlament ein.

c) größer ist das Risiko, eine Koalition bilden zu müssen.

✓ **d) mehr Sitze erhält die Partei im Parlament. (richtige Antwort)**

Erklärung: Je mehr Zweitstimmen eine Partei bekommt, desto mehr Sitze erhält sie im Bundestag. Die Zweitstimme ist bei der Bundestagswahl die wichtigere Stimme, denn sie bestimmt die Kräfteverhältnisse im Parlament. Mit der Erststimme wählt man dagegen eine Kandidatin oder einen Kandidaten im eigenen Wahlkreis.

Frage 94

Ab welchem Alter darf man in Deutschland an der Wahl zum Deutschen Bundestag teilnehmen?

a) 16

✓ **b) 18 (richtige Antwort)**

c) 21

d) 23

Erklärung: An der Bundestagswahl dürfen deutsche Staatsangehörige ab 18 Jahren teilnehmen. Bei manchen Kommunal- und Landtagswahlen und seit 2024 auch bei der Europawahl dürfen bereits 16-Jährige wählen. Für den Bundestag gilt aber das Mindestalter 18, das im Grundgesetz steht.

Frage 95

Was gilt für die meisten Kinder in Deutschland?

a) Wahlpflicht

✓ b) Schulpflicht (richtige Antwort)

c) Schweigepflicht

d) Religionspflicht

Erklärung: Für die meisten Kinder in Deutschland gilt die Schulpflicht: Sie müssen eine Schule besuchen, meist neun oder zehn Jahre lang, je nach Bundesland. Eine Wahlpflicht gibt es in Deutschland nicht, und eine Religionspflicht widerspräche der Religionsfreiheit. Schweigepflicht betrifft zum Beispiel Ärzte, nicht Kinder.

Frage 96

Wie kann jemand, der den Holocaust leugnet, bestraft werden?

a) Kürzung sozialer Leistungen

b) bis zu 100 Sozialstunden

c) gar nicht, Holocaustleugnung ist erlaubt

✓ d) mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe (richtige Antwort)

Erklärung: Wer den Holocaust öffentlich leugnet, kann mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Das regelt das Strafgesetzbuch beim Straftatbestand Volksverhetzung (Paragraf 130). Der Holocaust war der Massenmord an rund sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden durch die Nationalsozialisten. Holocaustleugnung ist also keineswegs erlaubt.

Frage 97

Was bezahlt man in Deutschland automatisch, wenn man fest angestellt ist?

✓ a) Sozialversicherung (richtige Antwort)

b) Sozialhilfe

c) Kindergeld

d) Wohngeld

Erklärung: Wer fest angestellt ist, zahlt automatisch in die Sozialversicherung ein. Die Beiträge werden direkt vom Lohn abgezogen und vom Arbeitgeber weitergeleitet – für Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Sozialhilfe, Kindergeld und Wohngeld sind dagegen Leistungen, die man vom Staat bekommt, nicht bezahlt.

Frage 98

Wenn Abgeordnete im Deutschen Bundestag ihre Fraktion wechseln, …

a) dürfen sie nicht mehr an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen.

✓ b) kann die Regierung ihre Mehrheit verlieren. (richtige Antwort)

c) muss die Bundespräsidentin/der Bundespräsident zuvor ihr/sein Einverständnis geben.

d) dürfen die Wählerinnen/Wähler dieser Abgeordneten noch einmal wählen.

Erklärung: Wechseln Abgeordnete die Fraktion, kann die Regierung ihre Mehrheit im Bundestag verlieren. Das ist erlaubt, denn Abgeordnete haben ein freies Mandat: Sie sind nach Artikel 38 des Grundgesetzes nur ihrem Gewissen verpflichtet. Sie dürfen weiter an den Sitzungen teilnehmen und brauchen dafür keine Erlaubnis des Bundespräsidenten.

Frage 99

Wer bezahlt in Deutschland die Sozialversicherungen?

✓ a) Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer (richtige Antwort)

b) nur Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

c) alle Staatsangehörigen

d) nur Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber

Erklärung: Die Sozialversicherungen bezahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam; bei den meisten Zweigen teilen sie sich die Beiträge ungefähr zur Hälfte. Der Anteil der Beschäftigten wird direkt vom Bruttolohn abgezogen. Eine Ausnahme ist die gesetzliche Unfallversicherung: Sie zahlen die Arbeitgeber allein.

Frage 100

Was gehört nicht zur gesetzlichen Sozialversicherung?

✓ **a) die Lebensversicherung (richtige Antwort)**

b) die gesetzliche Rentenversicherung

c) die Arbeitslosenversicherung

d) die Pflegeversicherung

Erklärung: Die Lebensversicherung gehört nicht zur gesetzlichen Sozialversicherung, sondern ist eine freiwillige private Versicherung. Die gesetzliche Sozialversicherung hat fünf Zweige: Kranken-, Pflege-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung. Merkhilfe: Gesetzlich heißt, dass für Beschäftigte die Mitgliedschaft Pflicht ist.

Frage 101

Gewerkschaften sind Interessenverbände der ...

a) Jugendlichen.

✓ **b) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. (richtige Antwort)**

c) Rentnerinnen und Rentner.

d) Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Erklärung: Gewerkschaften vertreten die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, also von Menschen, die für einen Arbeitgeber arbeiten und Lohn bekommen. Sie verhandeln zum Beispiel über Löhne und Arbeitszeiten und schließen Tarifverträge ab. Bekannte Gewerkschaften sind ver.di und die IG Metall. Die Arbeitgeber haben eigene Organisationen, die Arbeitgeberverbände.

Frage 102

Womit kann man in der Bundesrepublik Deutschland geehrt werden, wenn man auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem, geistigem oder sozialem Gebiet eine besondere Leistung erbracht hat? Mit dem ...

✓ **a) Bundesverdienstkreuz (richtige Antwort)**

b) Bundesadler

c) Vaterländischen Verdienstorden

d) Ehrentitel "Held der Deutschen Demokratischen Republik"

Erklärung: Das Bundesverdienstkreuz ist die höchste Auszeichnung, die die Bundesrepublik für besondere Verdienste um das Gemeinwohl vergibt. Verliehen wird es vom Bundespräsidenten, oft an Menschen mit großem ehrenamtlichem Engagement. Der Vaterländische Verdienstorden und der Titel „Held der DDR“ waren Auszeichnungen der DDR, und der Bundesadler ist das Wappentier Deutschlands, keine Ehrung.

Frage 103

Was wird in Deutschland als "Ampelkoalition" bezeichnet? Die Zusammenarbeit ...

a) der Bundestagsfraktionen von CDU und CSU

✓ **b) von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in einer Regierung (richtige Antwort)**

c) von CSU, Die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen in einer Regierung

d) der Bundestagsfraktionen von CDU und SPD

Erklärung: Eine Ampelkoalition ist eine Regierung aus SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Der Name kommt von den Parteifarben: Rot (SPD), Gelb (FDP) und Grün (Grüne) – wie bei einer Verkehrsampel. Auf Bundesebene regierte eine solche Koalition unter Bundeskanzler Olaf Scholz von 2021 bis 2024. CDU und CSU bilden dagegen im Bundestag gemeinsam die Unionsfraktion.

Frage 104

Eine Frau in Deutschland verliert ihre Arbeit. Was darf nicht der Grund für diese Entlassung sein?

a) Die Frau ist lange krank und arbeitsunfähig.

b) Die Frau kam oft zu spät zur Arbeit.

c) Die Frau erledigt private Sachen während der Arbeitszeit.

✓ **d) Die Frau bekommt ein Kind und ihr Chef weiß das. (richtige Antwort)**

Erklärung: Eine Frau darf nicht entlassen werden, weil sie schwanger ist oder ein Kind bekommt, wenn der Arbeitgeber davon weiß. Das Mutterschutzgesetz schützt Frauen während der Schwangerschaft und bis vier Monate nach der Geburt vor einer Kündigung. Häufiges Zuspätkommen oder private Dinge während der Arbeitszeit können dagegen nach einer Abmahnung zu einer Kündigung führen.

Frage 105

Was ist eine Aufgabe von Wahlhelferinnen/Wahlhelfern in Deutschland?

a) Sie helfen alten Menschen bei der Stimmabgabe in der Wahlkabine.

b) Sie schreiben die Wahlbenachrichtigungen vor der Wahl.

c) Sie geben Zwischenergebnisse an die Medien weiter.

✓ d) Sie zählen die Stimmen nach dem Ende der Wahl. (richtige Antwort)

Erklärung: Wahlhelferinnen und Wahlhelfer zählen nach dem Schließen der Wahllokale die Stimmzettel öffentlich aus. Sie arbeiten ehrenamtlich im Wahlvorstand und achten auch am Wahltag darauf, dass alles nach den Regeln abläuft. In die Wahlkabine dürfen sie niemanden begleiten, denn die Wahl ist geheim. Die Wahlbenachrichtigungen verschickt die Gemeinde, nicht die Wahlhelfer.

Frage 106

In Deutschland helfen ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer bei den Wahlen. Was ist eine Aufgabe von Wahlhelferinnen/Wahlhelfern?

a) Sie helfen Kindern und alten Menschen beim Wählen.

b) Sie schreiben Karten und Briefe mit der Angabe des Wahllokals.

c) Sie geben Zwischenergebnisse an Journalisten weiter.

✓ d) Sie zählen die Stimmen nach dem Ende der Wahl. (richtige Antwort)

Erklärung: Nach dem Ende der Wahl um 18 Uhr zählen die ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer die Stimmen aus. Jeder Bürger darf bei dieser Auszählung zuschauen, das macht die Wahl transparent. Beim Ausfüllen des Stimmzettels helfen sie dagegen nicht, weil jeder geheim und selbst wählt. Die Karten mit dem Wahllokal schickt die Gemeinde als Wahlbenachrichtigung.

Frage 107

Für wie viele Jahre wird der Bundestag in Deutschland gewählt?

a) 2 Jahre

✓ b) 4 Jahre (richtige Antwort)

c) 6 Jahre

d) 8 Jahre

Erklärung: Der Bundestag wird für vier Jahre gewählt; das steht in Artikel 39 des Grundgesetzes. Diesen Zeitraum nennt man Wahlperiode oder Legislaturperiode. Nur in Ausnahmefällen, etwa wenn der Bundespräsident den Bundestag auflöst, kommt es früher zu einer Neuwahl. Merkhilfe: Bundestag – vier Jahre, Bundespräsident – fünf Jahre.

Frage 108

Bei einer Bundestagswahl in Deutschland darf jede/jeder wählen, die/der …

a) in der Bundesrepublik Deutschland wohnt und wählen möchte.

✓ b) Bürgerin/Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist und mindestens 18 Jahre alt ist. (richtige Antwort)

c) seit mindestens 3 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland lebt.

d) Bürgerin/Bürger der Bundesrepublik Deutschland ist und mindestens 21 Jahre alt ist.

Erklärung: Bei der Bundestagswahl dürfen deutsche Staatsangehörige wählen, die mindestens 18 Jahre alt sind (Artikel 38 Grundgesetz). Wer nur in Deutschland wohnt, aber keinen deutschen Pass hat, darf den Bundestag nicht wählen – auch nicht nach vielen Jahren. Erst mit der Einbürgerung bekommt man dieses Recht. Ein Wahlalter von 21 Jahren gab es früher, heute gilt 18.

Frage 109

Wie oft gibt es normalerweise Bundestagswahlen in Deutschland?

a) alle drei Jahre

✓ **b) alle vier Jahre (richtige Antwort)**

c) alle fünf Jahre

d) alle sechs Jahre

Erklärung: Bundestagswahlen finden normalerweise alle vier Jahre statt, weil die Wahlperiode des Bundestages vier Jahre dauert. Wird der Bundestag vorzeitig aufgelöst, gibt es ausnahmsweise früher eine Neuwahl. Fünf Jahre gelten dagegen für die Amtszeit des Bundespräsidenten und für das Europäische Parlament.

Frage 110

Für wie viele Jahre wird der Bundestag in Deutschland gewählt?

a) 2 Jahre

b) 3 Jahre

✓ **c) 4 Jahre (richtige Antwort)**

d) 5 Jahre

Erklärung: Eine Wahlperiode des Deutschen Bundestages dauert vier Jahre (Artikel 39 Grundgesetz). Danach wählen die Bürgerinnen und Bürger ein neues Parlament. In vielen Bundesländern wird der Landtag dagegen für fünf Jahre gewählt – daher kommt die Verwechslung mit fünf Jahren oft vor.

Frage 111

Welche Handlungen mit Bezug auf den Staat Israel sind in Deutschland verboten?

a) die Politik Israels öffentlich kritisieren

b) das Aufhängen einer israelischen Flagge auf dem Privatgrundstück

c) eine Diskussion über die Politik Israels

✓ **d) der öffentliche Aufruf zur Vernichtung Israels (richtige Antwort)**

Erklärung: Wer öffentlich zur Vernichtung Israels aufruft, macht sich in Deutschland strafbar, zum Beispiel wegen Volksverhetzung. Solche Aufrufe sind Hetze und keine Meinungsäußerung mehr. Die Politik Israels kritisieren oder darüber diskutieren ist dagegen erlaubt und durch die Meinungsfreiheit geschützt. Auch eine israelische Flagge auf dem eigenen Grundstück darf man aufhängen.

Frage 112

Die Wahlen in Deutschland sind ...

a) speziell.

✓ **b) geheim. (richtige Antwort)**

c) berufsbezogen.

d) geschlechtsabhängig.

Erklärung: Wahlen in Deutschland sind geheim: Niemand darf sehen oder kontrollieren, wen Sie wählen. Deshalb gibt es Wahlkabinen und der Stimmzettel wird gefaltet in die Wahlurne geworfen. Im Grundgesetz (Artikel 38) stehen die fünf Wahlgrundsätze: allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim. Vom Beruf oder Geschlecht hängt das Wahlrecht nicht ab.

Frage 113

Wahlen in Deutschland gewinnt die Partei, die ...

✓ **a) die meisten Stimmen bekommt. (richtige Antwort)**

b) die meisten Männer mehrheitlich gewählt haben.

c) die meisten Stimmen bei den Arbeiterinnen/Arbeitern bekommen hat.

d) die meisten Erststimmen für ihre Kanzlerkandidatin/ihren Kanzlerkandidaten erhalten hat.

Erklärung: Eine Wahl gewinnt die Partei, die insgesamt die meisten Stimmen bekommt. Dabei zählt jede Stimme gleich viel, egal ob sie von einem Mann, einer Frau, einer Arbeiterin oder einem Chef kommt. Das nennt man gleiche Wahl. Den Bundeskanzler wählen die Bürger übrigens nicht direkt, er wird vom Bundestag gewählt.

Frage 114

An demokratischen Wahlen in Deutschland teilzunehmen ist ...

a) eine Pflicht.

✓ **b) ein Recht. (richtige Antwort)**

c) ein Zwang.

d) eine Last.

Erklärung: Wählen ist in Deutschland ein Recht, aber keine Pflicht. Jede wahlberechtigte Person entscheidet selbst, ob sie zur Wahl geht. Niemand wird bestraft, wenn er nicht wählt. In einigen anderen Ländern, zum Beispiel in Belgien, gibt es dagegen eine Wahlpflicht.

Frage 115

Was bedeutet "aktives Wahlrecht" in Deutschland?

a) Man kann gewählt werden.

b) Man muss wählen gehen.

✓ **c) Man kann wählen. (richtige Antwort)**

d) Man muss zur Auszählung der Stimmen gehen.

Erklärung: Aktives Wahlrecht bedeutet: Man darf selbst wählen und seine Stimme abgeben. Das Gegenstück ist das passive Wahlrecht – das ist das Recht, selbst gewählt zu werden, also zum Beispiel als Kandidat für den Bundestag anzutreten. Merkhilfe: aktiv = ich wähle, passiv = ich werde gewählt.

Frage 116

Wenn Sie bei einer Bundestagswahl in Deutschland wählen dürfen, heißt das ...

a) aktive Wahlkampagne.

b) aktives Wahlverfahren.

c) aktiver Wahlkampf.

✓ **d) aktives Wahlrecht. (richtige Antwort)**

Erklärung: Wer bei einer Wahl seine Stimme abgeben darf, hat das aktive Wahlrecht. Für die Bundestagswahl bekommt man es mit 18 Jahren und der deutschen Staatsangehörigkeit. Wahlkampf und Wahlkampagne sind etwas anderes: Damit werben Parteien vor der Wahl um Stimmen.

Frage 117

Wie viel Prozent der Zweitstimmen müssen Parteien mindestens bekommen, um in den Deutschen Bundestag gewählt zu werden?

a) 3%

b) 4%

✓ **c) 5% (richtige Antwort)**

d) 6%

Erklärung: Eine Partei braucht mindestens 5 Prozent der Zweitstimmen, um Sitze im Bundestag zu bekommen. Diese Regel heißt 5-Prozent-Hürde oder Sperrklausel. Sie soll verhindern, dass sehr viele kleine Parteien im Parlament sitzen und die Regierungsbildung schwierig wird. Für Parteien nationaler Minderheiten, etwa den SSW der dänischen Minderheit, gilt die Hürde nicht.

Frage 118

Wer darf bei den rund 40 jüdischen Makkabi-Sportvereinen Mitglied werden?

a) nur Deutsche

b) nur Israelis

c) nur religiöse Menschen

✓ **d) alle Menschen (richtige Antwort)**

Erklärung: Bei den jüdischen Makkabi-Sportvereinen darf jeder Mensch Mitglied werden, egal welche Religion oder Herkunft er hat. Viele Mitglieder sind gar nicht jüdisch. Die Vereine stehen für Begegnung und Offenheit und zeigen, dass jüdisches Leben ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft in Deutschland ist. Mitglied werden muss man weder als Deutscher noch als Israeli oder religiöser Mensch.

Frage 119

Wahlen in Deutschland sind frei. Was bedeutet das?

a) Alle verurteilten Straftäterinnen/Straftäter dürfen nicht wählen.

b) Wenn ich wählen gehen möchte, muss meine Arbeitgeberin/mein Arbeitgeber mir frei geben.

✓ c) Jede Person kann ohne Zwang entscheiden, ob sie wählen möchte und wen sie wählen möchte. (richtige Antwort)

d) Ich kann frei entscheiden, wo ich wählen gehen möchte.

Erklärung: Freie Wahl heißt: Jeder entscheidet ohne Druck selbst, ob er wählt und wen er wählt. Niemand – weder Staat, Arbeitgeber noch Familie – darf jemanden zu einer bestimmten Stimme zwingen. Wo man wählt, kann man dagegen nicht frei aussuchen; man ist einem Wahllokal zugeordnet oder nutzt die Briefwahl.

Frage 120

Das Wahlsystem in Deutschland ist ein ...

a) Zensuswahlrecht.

b) Dreiklassenwahlrecht.

✓ c) Mehrheits-und Verhältniswahlrecht. (richtige Antwort)

d) allgemeines Männerwahlrecht.

Erklärung: Deutschland wählt mit einer Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl. Mit der Erststimme wählt man eine Person im eigenen Wahlkreis, hier zählt die Mehrheit. Mit der Zweitstimme wählt man eine Partei, und nach diesen Stimmen werden die Sitze im Bundestag im Verhältnis verteilt. Ein Dreiklassenwahlrecht gab es früher in Preußen, dort hing das Gewicht der Stimme vom Steuerbetrag ab.

Frage 121

Eine Partei möchte in den Deutschen Bundestag. Sie muss aber einen Mindestanteil an Wählerstimmen haben. Das heißt ...

✓ a) 5%-Hürde. (richtige Antwort)

b) Zulassungsgrenze.

c) Basiswert.

d) Richtlinie.

Erklärung: Den Mindestanteil an Stimmen, den eine Partei für den Einzug in den Bundestag braucht, nennt man 5%-Hürde. Eine Partei muss also mindestens fünf von hundert Zweitstimmen bekommen. Die Regel steht im Bundeswahlgesetz. Ähnliche Hürden gibt es auch bei den meisten Landtagswahlen.

Frage 122

Welchem Grundsatz unterliegen Wahlen in Deutschland? Wahlen in Deutschland sind ...

✓ a) frei, gleich, geheim. (richtige Antwort)

b) offen, sicher, frei.

c) geschlossen, gleich, sicher.

d) sicher, offen, freiwillig.

Erklärung: Wahlen in Deutschland sind frei, gleich und geheim. Frei heißt ohne Zwang, gleich heißt jede Stimme zählt gleich viel, geheim heißt niemand sieht, wie man wählt. Das Grundgesetz nennt in Artikel 38 noch zwei weitere Grundsätze: allgemein und unmittelbar. „Offen“ ist falsch, denn eine offene Stimmabgabe widerspricht dem Wahlgeheimnis.

Frage 123

Was ist in Deutschland die "5%-Hürde"?

a) Abstimmungsregelung im Bundestag für kleine Parteien

b) Anwesenheitskontrolle im Bundestag für Abstimmungen

✓ c) Mindestanteil an Wählerstimmen, um ins Parlament zu kommen (richtige Antwort)

d) Anwesenheitskontrolle im Bundesrat für Abstimmungen

Erklärung: Die 5%-Hürde ist der Mindestanteil an Wählerstimmen, den eine Partei braucht, um ins Parlament zu kommen. Wer weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen hat, bekommt in der Regel keine Sitze im Bundestag. Mit Abstimmungen oder Anwesenheit im Bundestag oder Bundesrat hat die Hürde nichts zu tun – sie gilt nur bei der Wahl.

Frage 124

Die Bundestagswahl in Deutschland ist die Wahl …

a) der Bundeskanzlerin/des Bundeskanzlers.

b) der Parlamente der Länder.

✓ c) des Parlaments für Deutschland. (richtige Antwort)

d) der Bundespräsidentin/des Bundespräsidenten.

Erklärung: Bei der Bundestagswahl wählen die Bürgerinnen und Bürger das Parlament für ganz Deutschland, den Deutschen Bundestag. Den Bundeskanzler wählt danach der Bundestag, den Bundespräsidenten die Bundesversammlung. Die Parlamente der Bundesländer heißen Landtage und werden bei Landtagswahlen gewählt.

Frage 125

In einer Demokratie ist eine Funktion von regelmäßigen Wahlen, …

a) die Bürgerinnen und Bürger zu zwingen, ihre Stimme abzugeben.

✓ b) nach dem Willen der Wählermehrheit den Wechsel der Regierung zu ermöglichen. (richtige Antwort)

c) im Land bestehende Gesetze beizubehalten.

d) den Armen mehr Macht zu geben.

Erklärung: Regelmäßige Wahlen ermöglichen, dass die Regierung friedlich wechseln kann, wenn die Mehrheit der Wähler das will. Die Macht wird also nur auf Zeit vergeben, und die Bürger können sie wieder entziehen. Das unterscheidet eine Demokratie von einer Diktatur. Zwang zum Wählen gibt es in Deutschland nicht.

Frage 126

Was bekommen wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger in Deutschland vor einer Wahl?

✓ a) eine Wahlbenachrichtigung von der Gemeinde (richtige Antwort)

b) eine Wahlerlaubnis von der Bundespräsidentin/von dem Bundespräsidenten

c) eine Benachrichtigung von der Bundesversammlung

d) eine Benachrichtigung vom Pfarramt

Erklärung: Vor einer Wahl schickt die Gemeinde allen Wahlberechtigten eine Wahlbenachrichtigung. Darauf stehen der Wahltag und das zuständige Wahllokal. Mit dieser Karte kann man auch Briefwahl beantragen. Eine Erlaubnis vom Bundespräsidenten oder ein Brief vom Pfarramt ist nicht nötig – Kirche und Staat sind getrennt.

Frage 127

Warum gibt es die 5%-Hürde im Wahlgesetz der Bundesrepublik Deutschland? Es gibt sie, weil …

a) die Programme von vielen kleinen Parteien viele Gemeinsamkeiten haben.

b) die Bürgerinnen und Bürger bei vielen kleinen Parteien die Orientierung verlieren können.

✓ c) viele kleine Parteien die Regierungsbildung erschweren. (richtige Antwort)

d) die kleinen Parteien nicht so viel Geld haben, um die Politikerinnen und Politiker zu bezahlen.

Erklärung: Die 5%-Hürde gibt es, weil viele kleine Parteien im Parlament die Bildung einer stabilen Regierung schwierig machen. In der Weimarer Republik gab es keine solche Hürde; sehr viele Parteien saßen im Reichstag und Regierungen zerbrachen oft. Aus dieser Erfahrung hat die Bundesrepublik gelernt. Mit Geld oder den Programmen der Parteien hat die Regel nichts zu tun.

Frage 128

Parlamentsmitglieder, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden, nennt man …

✓ a) Abgeordnete. (richtige Antwort)

b) Kanzlerinnen/Kanzler.

c) Botschafterinnen/Botschafter.

d) Ministerpräsidentinnen/Ministerpräsidenten.

Erklärung: Die gewählten Mitglieder eines Parlaments heißen Abgeordnete. Im Bundestag sind sie nach Artikel 38 Grundgesetz Vertreter des ganzen Volkes und nur ihrem Gewissen unterworfen. Kanzler und Ministerpräsidenten

werden nicht direkt vom Volk gewählt, sondern vom Parlament. Botschafter vertreten Deutschland im Ausland.

Frage 129

Vom Volk gewählt wird in Deutschland …

a) die Bundeskanzlerin/der Bundeskanzler.

b) die Ministerpräsidentin/der Ministerpräsident eines Bundeslandes.

✓ **c) der Bundestag. (richtige Antwort)**

d) die Bundespräsidentin/der Bundespräsident.

Erklärung: Das Volk wählt in Deutschland direkt den Bundestag, also das Bundesparlament. Alle anderen genannten Ämter werden indirekt gewählt: Den Bundeskanzler wählt der Bundestag, den Ministerpräsidenten der Landtag und den Bundespräsidenten die Bundesversammlung. Bei der Bundestagswahl bestimmen die Bürger also, wer im Parlament sitzt – und damit indirekt auch, wer regiert.

Frage 130

Welcher Stimmzettel wäre bei einer Bundestagswahl gültig?

In Anlehnung an Bundeswahlordnung (BWO), Anlage 26

✓ **a) 1 (richtige Antwort)**

b) 2

c) 3

d) 4

Erklärung: Gültig ist Bild 1: Dort ist genau ein Kreuz bei der Erststimme (für einen Wahlkreiskandidaten) und genau ein Kreuz bei der Zweitstimme (für eine Partei). Man hat bei der Bundestagswahl zwei Stimmen, aber für jede Spalte nur eine. Auf Bild 2 sind zwei Zweitstimmen angekreuzt, auf Bild 3 zwei Erststimmen und auf Bild 4 sogar vier Erststimmen – diese Stimmen sind ungültig.

Frage 131

In Deutschland ist eine Bürgermeisterin/ein Bürgermeister …

a) die Leiterin/der Leiter einer Schule.

b) die Chefin/der Chef einer Bank.

✓ **c) das Oberhaupt einer Gemeinde. (richtige Antwort)**

d) die/der Vorsitzende einer Partei.

Erklärung: Eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister steht an der Spitze einer Gemeinde oder Stadt. Sie leitet die Verwaltung, zum Beispiel das Rathaus, und vertritt die Gemeinde nach außen. In den meisten Bundesländern wird der Bürgermeister direkt von den Bürgern gewählt. In großen Städten heißt das Amt oft Oberbürgermeister.

Frage 132

Viele Menschen in Deutschland arbeiten in ihrer Freizeit ehrenamtlich. Was bedeutet das?

a) Sie arbeiten als Soldatinnen/Soldaten.

✓ **b) Sie arbeiten freiwillig und unbezahlt in Vereinen und Verbänden. (richtige Antwort)**

c) Sie arbeiten in der Bundesregierung.

d) Sie arbeiten in einem Krankenhaus und verdienen dabei Geld.

Erklärung: Ehrenamtlich arbeiten heißt: freiwillig und ohne Lohn, zum Beispiel im Sportverein, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in der Nachbarschaftshilfe. Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich so in ihrer Freizeit. Wer im Krankenhaus arbeitet und dafür Geld verdient, ist dagegen hauptberuflich tätig, nicht ehrenamtlich.

Frage 133

Was ist bei Bundestags-und Landtagswahlen in Deutschland erlaubt?

a) Der Ehemann wählt für seine Frau mit.

✓ **b) Man kann durch Briefwahl seine Stimme abgeben. (richtige Antwort)**

c) Man kann am Wahltag telefonisch seine Stimme abgeben.

d) Kinder ab dem Alter von 14 Jahren dürfen wählen.

Erklärung: Bei Bundestags- und Landtagswahlen darf man per Briefwahl wählen. Dazu beantragt man bei der Gemeinde die Briefwahlunterlagen und schickt den ausgefüllten Stimmzettel rechtzeitig zurück. Jeder muss persönlich wählen – ein Ehemann darf nicht für seine Frau abstimmen. Telefonisch kann man nicht wählen, und bei Bundestagswahlen gilt das Wahlalter 18.

Frage 134

Man will die Buslinie abschaffen, mit der Sie immer zur Arbeit fahren. Was können Sie machen, um die Buslinie zu erhalten?

✓ **a) Ich beteilige mich an einer Bürgerinitiative für die Erhaltung der Buslinie oder gründe selber eine Initiative. (richtige Antwort)**

b) Ich werde Mitglied in einem Sportverein und trainiere Radfahren.

c) Ich wende mich an das Finanzamt, weil ich als Steuerzahlerin/Steuerzahler ein Recht auf die Buslinie habe.

d) Ich schreibe einen Brief an das Forstamt der Gemeinde.

Erklärung: Gegen die Abschaffung der Buslinie kann man sich in einer Bürgerinitiative engagieren oder selbst eine gründen. In einer Bürgerinitiative schließen sich Menschen zusammen, um gemeinsam ein konkretes Anliegen bei Politik und Verwaltung durchzusetzen. Das ist eine Form der demokratischen Beteiligung. Finanzamt und Forstamt sind für Buslinien nicht zuständig.

Frage 135

Wen vertreten die Gewerkschaften in Deutschland?

a) große Unternehmen

b) kleine Unternehmen

c) Selbstständige

✓ **d) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (richtige Antwort)**

Erklärung: Gewerkschaften vertreten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also Beschäftigte, die für einen Arbeitgeber arbeiten. Sie setzen sich für höhere Löhne, gute Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz ein und können zu Streiks aufrufen. Unternehmen, egal ob groß oder klein, organisieren sich dagegen in Arbeitgeberverbänden.

Frage 136

Sie gehen in Deutschland zum Arbeitsgericht bei ...

a) falscher Nebenkostenabrechnung.

✓ **b) ungerechtfertigter Kündigung durch Ihre Chefin/Ihren Chef. (richtige Antwort)**

c) Problemen mit den Nachbarinnen/Nachbarn.

d) Schwierigkeiten nach einem Verkehrsunfall.

Erklärung: Zum Arbeitsgericht geht man bei Streit im Arbeitsverhältnis, zum Beispiel wenn der Chef ohne berechtigten Grund kündigt. Dort klärt ein Gericht, ob die Kündigung rechtmäßig war. Streit mit dem Vermieter um die Nebenkosten, mit Nachbarn oder nach einem Verkehrsunfall gehört dagegen vor die ordentlichen Gerichte, meist das Amtsgericht.

Frage 137

Welches Gericht ist in Deutschland bei Konflikten in der Arbeitswelt zuständig?

a) das Familiengericht

b) das Strafgericht

✓ **c) das Arbeitsgericht (richtige Antwort)**

d) das Amtsgericht

Erklärung: Für Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist das Arbeitsgericht zuständig, zum Beispiel bei Kündigungen oder nicht gezahltem Lohn. Darüber stehen die Landesarbeitsgerichte und das Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Das Familiengericht entscheidet zum Beispiel über Scheidungen, das Strafgericht über Straftaten.

Frage 138

Was kann ich in Deutschland machen, wenn mir meine Arbeitgeberin/mein Arbeitgeber zu Unrecht gekündigt hat?

a) weiterarbeiten und freundlich zur Chefin/zum Chef sein

b) ein Mahnverfahren gegen die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber führen

✓ **c) Kündigungsschutzklage erheben (richtige Antwort)**

d) die Arbeitgeberin/den Arbeitgeber bei der Polizei anzeigen

Erklärung: Wer zu Unrecht gekündigt wurde, kann beim Arbeitsgericht eine Kündigungsschutzklage erheben. Wichtig: Das muss innerhalb von drei Wochen nach Erhalt der Kündigung geschehen. Das Gericht prüft dann, ob die Kündigung wirksam ist. Eine Anzeige bei der Polizei ist falsch, denn eine Kündigung ist keine Straftat.

Frage 139

Wann kommt es in Deutschland zu einem Prozess vor Gericht? Wenn jemand …

a) zu einer anderen Religion übertritt.

✓ **b) eine Straftat begangen hat und angeklagt wird. (richtige Antwort)**

c) eine andere Meinung als die der Regierung vertritt.

d) sein Auto falsch geparkt hat und es abgeschleppt wird.

Erklärung: Zu einem Strafprozess vor Gericht kommt es, wenn jemand eine Straftat begangen haben soll und die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt. Das Gericht entscheidet dann über Schuld und Strafe. Seine Religion zu wechseln oder eine andere Meinung als die Regierung zu haben, ist durch das Grundgesetz geschützt. Falschparken ist nur eine Ordnungswidrigkeit, keine Straftat.

Frage 140

Was macht eine Schöffin/ein Schöffe in Deutschland? Sie/Er …

✓ **a) entscheidet mit Richterinnen/Richtern über Schuld und Strafe. (richtige Antwort)**

b) gibt Bürgerinnen/Bürgern rechtlichen Rat.

c) stellt Urkunden aus.

d) verteidigt die Angeklagte/den Angeklagten.

Erklärung: Schöffinnen und Schöffen sind ehrenamtliche Richter ohne juristische Ausbildung. Sie entscheiden in Strafprozessen gemeinsam mit den Berufsrichtern über Schuld und Strafe und haben dabei das gleiche Stimmrecht. So bringen normale Bürger ihre Lebenserfahrung in die Rechtsprechung ein. Den Angeklagten verteidigt dagegen ein Rechtsanwalt.

Frage 141

Wer berät in Deutschland Personen bei Rechtsfragen und vertritt sie vor Gericht?

✓ **a) eine Rechtsanwältin/ein Rechtsanwalt (richtige Antwort)**

b) eine Richterin/ein Richter

c) eine Schöffin/ein Schöffe

d) eine Staatsanwältin/ein Staatsanwalt

Erklärung: Eine Rechtsanwältin oder ein Rechtsanwalt berät Menschen bei rechtlichen Fragen und vertritt sie vor Gericht. Im Strafprozess heißt der Anwalt des Angeklagten Verteidiger. Die Staatsanwaltschaft ist dagegen eine Behörde, die Straftaten verfolgt und Anklage erhebt. Der Richter entscheidet neutral und vertritt keine Seite.

Frage 142

Was ist die Hauptaufgabe einer Richterin/eines Richters in Deutschland? Eine Richterin/ein Richter …

a) vertritt Bürgerinnen und Bürger vor einem Gericht.

✓ **b) arbeitet an einem Gericht und spricht Urteile. (richtige Antwort)**

c) ändert Gesetze.

d) betreut Jugendliche vor Gericht.

Erklärung: Eine Richterin oder ein Richter arbeitet an einem Gericht und spricht Urteile. Nach Artikel 97 Grundgesetz sind Richter unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen – niemand darf ihnen vorschreiben, wie sie entscheiden. Gesetze ändern kann ein Richter nicht, das ist Aufgabe des Parlaments. Bürger vor Gericht vertreten Rechtsanwälte.

Frage 143

Eine Richterin/ein Richter in Deutschland gehört zur …

✓ **a) Judikative. (richtige Antwort)**

b) Exekutive.

c) Operative.

d) Legislative.

Erklärung: Richterinnen und Richter gehören zur Judikative, der rechtsprechenden Gewalt. In Deutschland ist die Staatsgewalt geteilt: Die Legislative macht die Gesetze (Parlamente), die Exekutive führt sie aus (Regierung, Verwaltung, Polizei) und die Judikative spricht Recht (Gerichte). Merkhilfe: Judikative – lateinisch „iudex“ heißt Richter.

Frage 144

Eine Richterin/ein Richter gehört in Deutschland zur …

a) vollziehenden Gewalt.

✓ **b) rechtsprechenden Gewalt. (richtige Antwort)**

c) planenden Gewalt.

d) gesetzgebenden Gewalt.

Erklärung: Ein Richter gehört zur rechtsprechenden Gewalt, also zur Judikative. Laut Artikel 92 Grundgesetz ist die rechtsprechende Gewalt den Richtern anvertraut. Die gesetzgebende Gewalt liegt beim Parlament, die vollziehende Gewalt bei Regierung und Verwaltung. Eine „planende Gewalt“ gibt es in der Gewaltenteilung nicht.

Frage 145

In Deutschland wird die Staatsgewalt geteilt. Für welche Staatsgewalt arbeitet eine Richterin/ein Richter? Für die …

✓ **a) Judikative (richtige Antwort)**

b) Exekutive

c) Presse

d) Legislative

Erklärung: Richter arbeiten für die Judikative, die dritte Staatsgewalt neben Legislative und Exekutive. Die Gewaltenteilung (Artikel 20 Grundgesetz) soll verhindern, dass eine Stelle zu viel Macht hat. Die Presse wird manchmal „vierte Gewalt“ genannt, weil sie die Mächtigen kontrolliert, ist aber keine Staatsgewalt.

Frage 146

Wie nennt man in Deutschland ein Verfahren vor einem Gericht?

a) Programm

b) Prozedur

c) Protokoll

✓ d) Prozess (richtige Antwort)

Erklärung: Ein Verfahren vor Gericht heißt Prozess. Es gibt zum Beispiel Strafprozesse, in denen über eine Straftat entschieden wird, und Zivilprozesse, etwa bei Streit zwischen Mieter und Vermieter. Ein Protokoll ist dagegen nur die schriftliche Aufzeichnung dessen, was in einer Sitzung gesagt wurde.

Frage 147

Was ist die Arbeit einer Richterin/eines Richters in Deutschland?

a) Deutschland regieren

✓ b) Recht sprechen (richtige Antwort)

c) Pläne erstellen

d) Gesetze erlassen

Erklärung: Die Arbeit von Richterinnen und Richtern ist es, Recht zu sprechen, also in Streitfällen und Strafverfahren nach dem Gesetz zu entscheiden. Gesetze erlassen die Parlamente, und Deutschland regieren die Bundesregierung und die Landesregierungen. So bleiben die drei Staatsgewalten voneinander getrennt.

Frage 148

Was ist eine Aufgabe der Polizei in Deutschland?

a) das Land zu verteidigen

b) die Bürgerinnen und Bürger abzuhören

c) die Gesetze zu beschließen

✓ d) die Einhaltung von Gesetzen zu überwachen (richtige Antwort)

Erklärung: Die Polizei überwacht, dass Gesetze eingehalten werden, schützt die Menschen vor Gefahren und verfolgt Straftaten. Sie gehört zur Exekutive, also zur ausführenden Gewalt; die meisten Polizisten arbeiten für die Bundesländer. Das Land verteidigt die Bundeswehr, Gesetze beschließen die Parlamente. Bürger einfach abhören darf die Polizei nicht, dafür braucht sie strenge rechtliche Voraussetzungen.

Frage 149

Was ist ein Beispiel für antisemitisches Verhalten?

a) ein jüdisches Fest besuchen

b) die israelische Regierung kritisieren

✓ c) den Holocaust leugnen (richtige Antwort)

d) gegen Juden Fußball spielen.

Erklärung: Den Holocaust zu leugnen ist antisemitisch, denn es verharmlost den Mord an rund sechs Millionen europäischen Juden durch die Nationalsozialisten. In Deutschland ist die Leugnung des Holocaust strafbar. Die israelische Regierung zu kritisieren ist dagegen nicht automatisch antisemitisch, und ein jüdisches Fest zu besuchen oder gegen ein jüdisches Team Fußball zu spielen ist ganz normal.

Frage 150

Eine Gerichtsschöffin/ein Gerichtsschöffe in Deutschland ist …

a) die Stellvertreterin/der Stellvertreter des Stadtoberhaupts.

✓ b) eine ehrenamtliche Richterin/ein ehrenamtlicher Richter. (richtige Antwort)

c) ein Mitglied eines Gemeinderats.

d) eine Person, die Jura studiert hat.

Erklärung: Ein Gerichtsschöffe ist ein ehrenamtlicher Richter. Schöffen werden für fünf Jahre gewählt und wirken an Strafverfahren mit, ohne Jura studiert zu haben. Sie entscheiden zusammen mit den Berufsrichtern über das Urteil. Mit dem Gemeinderat oder der Stadtverwaltung hat das Amt nichts zu tun.

Frage 151

Wer baute die Mauer in Berlin?

a) Großbritannien

✓ b) die DDR (richtige Antwort)

c) die Bundesrepublik Deutschland

d) die USA

Erklärung: Die Mauer in Berlin baute die DDR, und zwar ab dem 13. August 1961. Die DDR-Führung wollte verhindern, dass immer mehr Menschen aus Ost-Berlin und der DDR in den Westen flohen. Offiziell nannte sie die Mauer „antifaschistischen Schutzwall“. Die Westalliierten und die Bundesrepublik hatten mit dem Bau nichts zu tun.

Frage 152

Wann waren die Nationalsozialisten mit Adolf Hitler in Deutschland an der Macht?

a) 1918 bis 1923

b) 1932 bis 1950

✓ c) 1933 bis 1945 (richtige Antwort)

d) 1945 bis 1989

Erklärung: Die Nationalsozialisten unter Adolf Hitler herrschten von 1933 bis 1945 in Deutschland. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler, und mit der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 endete ihre Herrschaft. Die Zeit von 1945 bis 1989 ist dagegen die Zeit der deutschen Teilung.

Frage 153

Was war am 8. Mai 1945?

a) Tod Adolf Hitlers

b) Beginn des Berliner Mauerbaus

c) Wahl von Konrad Adenauer zum Bundeskanzler

✓ d) Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa (richtige Antwort)

Erklärung: Der 8. Mai 1945 markiert das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa: An diesem Tag trat die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Kraft. Heute wird er oft als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus bezeichnet. Hitler war bereits am 30. April 1945 tot, Adenauer wurde erst 1949 Bundeskanzler und die Mauer entstand 1961.

Frage 154

Wann war der Zweite Weltkrieg zu Ende?

a) 1933

✓ b) 1945 (richtige Antwort)

c) 1949

d) 1961

Erklärung: Der Zweite Weltkrieg endete 1945. In Europa war am 8. Mai 1945 Schluss, als die deutsche Kapitulation in Kraft trat; in Asien kapitulierte Japan im September 1945. Begonnen hatte der Krieg 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen. 1949 wurden die beiden deutschen Staaten gegründet, 1961 die Mauer gebaut.

Frage 155

Wann waren die Nationalsozialisten in Deutschland an der Macht?

a) 1888 bis 1918

b) 1921 bis 1934

✓ c) 1933 bis 1945 (richtige Antwort)

d) 1949 bis 1963

Erklärung: Von 1933 bis 1945 waren die Nationalsozialisten in Deutschland an der Macht – also zwölf Jahre. In dieser Zeit errichteten sie eine Diktatur, verfolgten politische Gegner und ermordeten Millionen Juden. Die Jahre 1888 bis 1918 waren die Zeit von Kaiser Wilhelm II., 1949 bis 1963 die Amtszeit von Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Frage 156

In welchem Jahr wurde Hitler Reichskanzler?

a) 1923
b) 1927
✓ **c) 1933 (richtige Antwort)**
d) 1936

Erklärung: Adolf Hitler wurde am 30. Januar 1933 von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Diesen Tag nennt man oft „Machtergreifung“. Innerhalb kurzer Zeit schafften die Nationalsozialisten danach die Demokratie der Weimarer Republik ab. 1923 hatte Hitler in München einen Putschversuch unternommen, der scheiterte.

Frage 157

Die Nationalsozialisten mit Adolf Hitler errichteten 1933 in Deutschland ...

✓ **a) eine Diktatur. (richtige Antwort)**
b) einen demokratischen Staat.
c) eine Monarchie.
d) ein Fürstentum.

Erklärung: Nach 1933 errichteten die Nationalsozialisten eine Diktatur. Sie verboten andere Parteien, schafften die Pressefreiheit ab und verfolgten Andersdenkende. Alle Macht lag beim „Führer“ Adolf Hitler. Eine Monarchie war Deutschland dagegen bis 1918 unter dem Kaiser.

Frage 158

Das "Dritte Reich" war eine ...

✓ **a) Diktatur. (richtige Antwort)**
b) Demokratie.
c) Monarchie.
d) Räterepublik.

Erklärung: Das sogenannte „Dritte Reich“ war die nationalsozialistische Diktatur von 1933 bis 1945. Es gab keine freien Wahlen, keine Gewaltenteilung und keine Meinungsfreiheit. Eine Räterepublik gab es nur kurz nach dem Ersten Weltkrieg, etwa 1919 in München. Merkhilfe: „Drittes Reich“ = NS-Zeit = Diktatur.

Frage 159

Was gab es in Deutschland nicht während der Zeit des Nationalsozialismus?

✓ **a) freie Wahlen (richtige Antwort)**
b) Pressezensur
c) willkürliche Verhaftungen
d) Verfolgung von Juden

Erklärung: Freie Wahlen gab es in der NS-Zeit nicht. Ab 1933 war die NSDAP die einzige erlaubte Partei, Wahlen waren nur noch Scheinwahlen. Pressezensur, willkürliche Verhaftungen und die Verfolgung von Juden waren dagegen typisch für die nationalsozialistische Diktatur. Aufpassen: Hier wird nach dem gefragt, was es nicht gab.

Frage 160

Welcher Krieg dauerte von 1939 bis 1945?

a) der Erste Weltkrieg
✓ **b) der Zweite Weltkrieg (richtige Antwort)**
c) der Vietnamkrieg
d) der Golfkrieg

Erklärung: Von 1939 bis 1945 dauerte der Zweite Weltkrieg. Er begann am 1. September 1939 mit dem deutschen Angriff auf Polen und endete in Europa im Mai 1945. Der Erste Weltkrieg dauerte von 1914 bis 1918. Vietnamkrieg und Golfkrieg fanden viel später statt.

Frage 161

Was kennzeichnete den NS-Staat? Eine Politik ...

✓ **a) des staatlichen Rassismus (richtige Antwort)**

b) der Meinungsfreiheit

c) der allgemeinen Religionsfreiheit

d) der Entwicklung der Demokratie

Erklärung: Der NS-Staat betrieb eine Politik des staatlichen Rassismus: Menschen wurden nach angeblichen „Rassen“ eingeteilt und verfolgt, vor allem Juden, aber auch Sinti und Roma. Die Nürnberger Gesetze von 1935 nahmen Juden viele Rechte. Am Ende stand der Holocaust. Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Demokratie wurden dagegen abgeschafft.

Frage 162

Claus Schenk Graf von Stauffenberg wurde bekannt durch …

a) eine Goldmedaille bei den Olympischen Spielen 1936.

b) den Bau des Reichstagsgebäudes.

c) den Aufbau der Wehrmacht.

✓ **d) das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. (richtige Antwort)**

Erklärung: Claus Schenk Graf von Stauffenberg ist für das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 bekannt. Der Offizier legte eine Bombe im Hauptquartier „Wolfsschanze“, Hitler überlebte aber. Stauffenberg wurde noch in derselben Nacht in Berlin erschossen. Er gilt heute als Symbol des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Frage 163

In welchem Jahr zerstörten die Nationalsozialisten Synagogen und jüdische Geschäfte in Deutschland?

a) 1925

b) 1930

✓ **c) 1938 (richtige Antwort)**

d) 1945

Erklärung: Im Jahr 1938 zerstörten Nationalsozialisten und ihre Anhänger in ganz Deutschland Synagogen und jüdische Geschäfte. Das geschah vor allem in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, die man Novemberpogrom oder Reichspogromnacht nennt. Viele Juden wurden verhaftet, misshandelt oder getötet. Danach verschärfte sich die Verfolgung immer weiter.

Frage 164

Was passierte am 9. November 1938 in Deutschland?

a) Mit dem Angriff auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg.

b) Die Nationalsozialisten verlieren eine Wahl und lösen den Reichstag auf.

✓ **c) Jüdische Geschäfte und Synagogen werden durch Nationalsozialisten und ihre Anhänger zerstört. (richtige Antwort)**

d) Hitler wird Reichspräsident und lässt alle Parteien verbieten.

Erklärung: Am 9. November 1938 wurden jüdische Geschäfte und Synagogen von Nationalsozialisten und ihren Anhängern zerstört und angezündet. Diese Gewalt nennt man Novemberpogrom. Der Zweite Weltkrieg begann dagegen erst 1939 mit dem Angriff auf Polen. Der 9. November ist auch der Tag des Mauerfalls 1989 – deshalb wird er oft verwechselt.

Frage 165

Wie hieß der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland?

✓ **a) Konrad Adenauer (richtige Antwort)**

b) Kurt Georg Kiesinger

c) Helmut Schmidt

d) Willy Brandt

Erklärung: Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik hieß Konrad Adenauer (CDU). Er regierte von 1949 bis 1963 und band die Bundesrepublik fest an den Westen. Willy Brandt, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Schmidt waren erst später Bundeskanzler. Merkhilfe: Adenauer – der Anfang mit A.

Frage 166

Bei welchen Demonstrationen in Deutschland riefen die Menschen "Wir sind das Volk"?

a) beim Arbeiteraufstand 1953 in der DDR

b) bei den Demonstrationen 1968 in der Bundesrepublik Deutschland

c) bei den Anti-Atomkraft-Demonstrationen 1985 in der Bundesrepublik Deutschland

✓ d) bei den Montagsdemonstrationen 1989 in der DDR (richtige Antwort)

Erklärung: „Wir sind das Volk“ riefen die Menschen 1989 bei den Montagsdemonstrationen in der DDR, besonders in Leipzig. Sie forderten friedlich Freiheit, Reisefreiheit und Demokratie und stellten sich gegen die SED-Diktatur. Diese Proteste trugen zum Fall der Mauer am 9. November 1989 bei. Der Arbeiteraufstand in der DDR war schon 1953.

Frage 167

Welche Länder wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland als "Alliierte Besatzungsmächte" bezeichnet?

a) Sowjetunion, Großbritannien, Polen, Schweden

b) Frankreich, Sowjetunion, Italien, Japan

c) USA, Sowjetunion, Spanien, Portugal

✓ d) USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich (richtige Antwort)

Erklärung: Die vier Alliierten Besatzungsmächte waren die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich. Sie hatten Deutschland im Zweiten Weltkrieg besiegt und teilten es danach in vier Besatzungszonen auf. Italien und Japan waren dagegen Verbündete von Hitler-Deutschland. Polen, Schweden, Spanien und Portugal waren keine Besatzungsmächte.

Frage 168

Welches Land war keine "Alliierte Besatzungsmacht" in Deutschland?

a) USA

b) Sowjetunion

c) Frankreich

✓ d) Japan (richtige Antwort)

Erklärung: Japan war keine Besatzungsmacht in Deutschland, denn Japan kämpfte im Zweiten Weltkrieg an der Seite Deutschlands. Die vier Alliierten, die Deutschland nach 1945 besetzten, waren die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich. Japan selbst wurde nach dem Krieg von den USA besetzt.

Frage 169

Wann wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet?

a) 1939

b) 1945

✓ c) 1949 (richtige Antwort)

d) 1951

Erklärung: Die Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 gegründet. Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz in Kraft, das aus den drei westlichen Besatzungszonen einen neuen Staat machte. Im selben Jahr entstand im Osten die DDR. 1945 endete der Krieg, 1939 hatte er begonnen.

Frage 170

Was gab es während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland?

✓ a) das Verbot von Parteien (richtige Antwort)

b) das Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit

c) Pressefreiheit

d) den Schutz der Menschenwürde

Erklärung: In der Zeit des Nationalsozialismus wurden alle Parteien außer der NSDAP verboten. So gab es keine politische Opposition mehr. Pressefreiheit, freie Entfaltung der Persönlichkeit und der Schutz der Menschenwürde existierten nicht – sie stehen heute als Lehre aus dieser Zeit ganz vorne im Grundgesetz.

Frage 171

Soziale Marktwirtschaft bedeutet, die Wirtschaft …

a) steuert sich allein nach Angebot und Nachfrage.

b) wird vom Staat geplant und gesteuert, Angebot und Nachfrage werden nicht berücksichtigt.

c) richtet sich nach der Nachfrage im Ausland.

✓ d) richtet sich nach Angebot und Nachfrage, aber der Staat sorgt für einen sozialen Ausgleich. (richtige Antwort)

Erklärung: In der Sozialen Marktwirtschaft bestimmen Angebot und Nachfrage die Wirtschaft, aber der Staat sorgt für sozialen Ausgleich. Dazu gehören etwa Sozialversicherungen, Arbeitslosengeld und Mindestlohn. Eng verbunden ist das Modell mit Ludwig Erhard, dem ersten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik. Eine vom Staat geplante Wirtschaft gab es dagegen in der DDR.

Frage 172

In welcher Besatzungszone wurde die DDR gegründet? In der …

a) amerikanischen Besatzungszone

b) französischen Besatzungszone

c) britischen Besatzungszone

✓ d) sowjetischen Besatzungszone (richtige Antwort)

Erklärung: Die DDR wurde in der sowjetischen Besatzungszone gegründet, am 7. Oktober 1949. Die Sowjetunion bestimmte dort nach dem Krieg die Politik, und die SED wurde zur herrschenden Partei. Aus den amerikanischen, britischen und französischen Zonen entstand dagegen die Bundesrepublik Deutschland.

Frage 173

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Gründungsmitglied …

a) des Nordatlantikpakts (NATO).

b) der Vereinten Nationen (VN).

✓ c) der Europäischen Union (EU). (richtige Antwort)

d) des Warschauer Pakts.

Erklärung: Deutschland gehört zu den Gründungsmitgliedern der Europäischen Union. 1957 unterzeichnete die Bundesrepublik mit fünf anderen Staaten die Römischen Verträge und gründete die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, aus der später die EU wurde. Der NATO trat die Bundesrepublik erst 1955 bei, den Vereinten Nationen 1973. Im Warschauer Pakt war die DDR.

Frage 174

Wann wurde die DDR gegründet?

a) 1947

✓ b) 1949 (richtige Antwort)

c) 1953

d) 1956

Erklärung: Die DDR wurde 1949 gegründet, am 7. Oktober – im gleichen Jahr wie die Bundesrepublik im Mai. So entstanden zwei deutsche Staaten. 1953 gab es in der DDR den Volksaufstand am 17. Juni. Merkhilfe: 1949 – zweimal Deutschland gegründet.

Frage 175

Wie viele Besatzungszonen gab es in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg?

a) 3

✓ b) 4 (richtige Antwort)

c) 5

d) 6

Erklärung: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Jede der vier Siegermächte – USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich – verwaltete eine Zone. Berlin lag in der sowjetischen Zone und wurde zusätzlich in vier Sektoren geteilt.

Frage 176

Wie waren die Besatzungszonen Deutschlands nach 1945 verteilt?

a) 1=Großbritannien, 2=Sowjetunion, 3=Frankreich, 4=USA

b) 1=Sowjetunion, 2=Großbritannien, 3=USA, 4=Frankreich

✓ c) 1=Großbritannien, 2=Sowjetunion, 3=USA, 4=Frankreich (richtige Antwort)

d) 1=Großbritannien, 2=USA, 3=Sowjetunion, 4=Frankreich

Erklärung: Auf der Karte ist Zone 1 im Nordwesten die britische, Zone 2 im Osten die sowjetische, Zone 3 im Süden mit Bayern und Hessen die amerikanische und Zone 4 im Südwesten die französische Zone. Die sowjetische Zone wurde später zur DDR. Merkhilfe: Die Briten saßen an der Nordsee, die Franzosen an ihrer eigenen Grenze, die Sowjets im Osten.

Frage 177

Welche deutsche Stadt wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in vier Sektoren aufgeteilt?

a) München

✓ b) Berlin (richtige Antwort)

c) Dresden

d) Frankfurt/Oder

Erklärung: Berlin wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in vier Sektoren geteilt, einen für jede Siegermacht. Die Stadt lag mitten in der sowjetischen Zone, war aber als ehemalige Hauptstadt besonders wichtig. Aus den drei westlichen Sektoren wurde West-Berlin, aus dem sowjetischen Sektor Ost-Berlin.

Frage 178

Vom Juni 1948 bis zum Mai 1949 wurden die Bürgerinnen und Bürger von West-Berlin durch eine Luftbrücke versorgt. Welcher Umstand war dafür verantwortlich?

a) Für Frankreich war eine Versorgung der West-Berliner Bevölkerung mit dem Flugzeug kostengünstiger.

b) Die amerikanischen Soldatinnen und Soldaten hatten beim Landtransport Angst vor Überfällen.

c) Für Großbritannien war die Versorgung über die Luftbrücke schneller.

✓ d) Die Sowjetunion unterbrach den gesamten Verkehr auf dem Landwege. (richtige Antwort)

Erklärung: Die Luftbrücke war nötig, weil die Sowjetunion alle Land- und Wasserwege nach West-Berlin sperrte. Mit dieser Berlin-Blockade wollte sie die Westmächte aus der Stadt drängen. Die USA und Großbritannien versorgten die Menschen daraufhin fast ein Jahr lang mit Flugzeugen, die die Berliner „Rosinenbomber“ nannten. Kosten oder Schnelligkeit waren nicht der Grund.

Frage 179

Wie endete der Zweite Weltkrieg in Europa offiziell?

a) mit dem Tod Adolf Hitlers

✓ b) durch die bedingungslose Kapitulation Deutschlands (richtige Antwort)

c) mit dem Rückzug der Deutschen aus den besetzten Gebieten

d) durch eine Revolution in Deutschland

Erklärung: Offiziell endete der Krieg in Europa mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, die am 8. Mai 1945 in Kraft trat. Bedingungslos heißt: Deutschland musste sich vollständig ergeben, ohne Forderungen stellen zu können. Hitlers Selbstmord am 30. April 1945 beendete den Krieg noch nicht.

Frage 180

Der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland war …

a) Ludwig Erhard.

b) Willy Brandt.

✓ c) Konrad Adenauer. (richtige Antwort)

d) Gerhard Schröder.

Erklärung: Konrad Adenauer war der erste Bundeskanzler, gewählt 1949. Er gehörte der CDU an und blieb bis 1963 im Amt. Ludwig Erhard war unter ihm Wirtschaftsminister und wurde sein Nachfolger. Willy Brandt (ab 1969) und Gerhard Schröder (ab 1998) kamen viel später.

Frage 181

Was wollte Willy Brandt mit seinem Kniefall 1970 im ehemaligen jüdischen Ghetto in Warschau ausdrücken?

© Bundesregierung/Engelbert Reineke

a) Er hat sich den ehemaligen Alliierten unterworfen.

✓ b) Er bat Polen und die polnischen Juden um Vergebung. (richtige Antwort)

c) Er zeigte seine Demut vor dem Warschauer Pakt.

d) Er sprach ein Gebet am Grab des Unbekannten Soldaten.

Erklärung: Das Foto zeigt Bundeskanzler Willy Brandt, der 1970 in Warschau vor dem Denkmal für die Opfer des jüdischen Ghettos niederkniet. Mit dieser Geste bat er Polen und die polnischen Juden um Vergebung für die Verbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg. Der Kniefall war ein Symbol seiner Politik der Versöhnung mit Osteuropa.

Frage 182

Wie heißt das jüdische Gebetshaus?

a) Basilika

b) Moschee

✓ c) Synagoge (richtige Antwort)

d) Kirche

Erklärung: Das jüdische Gebetshaus heißt Synagoge. Dort beten Jüdinnen und Juden, lesen aus der Tora und treffen sich als Gemeinde. In einer Moschee beten Muslime, in einer Kirche Christen. Eine Basilika ist eine besondere Bauform von Kirchen.

Frage 183

Wann war in der Bundesrepublik Deutschland das "Wirtschaftswunder"?

a) 40er Jahre

✓ b) 50er Jahre (richtige Antwort)

c) 70er Jahre

d) 80er Jahre

Erklärung: Das „Wirtschaftswunder“ fand in den 50er Jahren statt. Nach dem Krieg wuchs die Wirtschaft der Bundesrepublik sehr schnell, Arbeitslosigkeit sank und der Wohlstand stieg. Wichtige Grundlagen waren die Währungsreform 1948 und die Soziale Marktwirtschaft. In den 40er Jahren herrschten dagegen Krieg und Nachkriegsnot.

Frage 184

Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde der Staat Israel gegründet?

✓ a) eine Resolution der Vereinten Nationen (richtige Antwort)

b) ein Beschluss des Zionistenkongresses

c) ein Vorschlag der Bundesregierung

d) ein Vorschlag der UdSSR

Erklärung: Grundlage für die Gründung Israels war eine Resolution der Vereinten Nationen. 1947 beschlossen die Vereinten Nationen einen Plan zur Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Am 14. Mai 1948 wurde dann der Staat Israel ausgerufen. Die Bundesrepublik gab es damals noch gar nicht.

Frage 185

Wofür stand der Ausdruck "Eiserner Vorhang"? Für die Abschottung ...

✓ a) des Warschauer Pakts gegen den Westen (richtige Antwort)

b) Norddeutschlands gegen Süddeutschland

c) Nazi-Deutschlands gegen die Alliierten

d) Europas gegen die USA

Erklärung: Der „Eiserne Vorhang“ war die scharf bewachte Grenze, mit der sich die kommunistischen Staaten Osteuropas, später im Warschauer Pakt verbündet, gegen den Westen abschotteten. Sie trennte Europa im Kalten Krieg in Ost und West. Mitten durch Deutschland verlief diese Grenze zwischen DDR und Bundesrepublik. Erst 1989 öffnete sich der Vorhang.

Frage 186

Im Jahr 1953 gab es in der DDR einen Aufstand, an den lange Zeit in der Bundesrepublik Deutschland ein Feiertag erinnerte. Wann war das?

a) 1. Mai

✓ b) 17. Juni (richtige Antwort)

c) 20. Juli

d) 9. November

Erklärung: Am 17. Juni 1953 protestierten in der DDR Hunderttausende Menschen gegen höhere Arbeitsnormen und für freie Wahlen. Sowjetische Panzer schlugen den Aufstand nieder. In der Bundesrepublik war der 17. Juni bis 1990 als „Tag der deutschen Einheit“ ein Feiertag. Seit der Wiedervereinigung feiern wir stattdessen am 3. Oktober.

Frage 187

Welcher deutsche Staat hatte eine schwarz-rot-goldene Flagge mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz?

a) Preußen

b) Bundesrepublik Deutschland

c) "Drittes Reich"

✓ d) DDR (richtige Antwort)

Erklärung: Die abgebildete Flagge ist schwarz-rot-gold mit einem Wappen aus Hammer, Zirkel und Ährenkranz – das war die Flagge der DDR. Die Symbole standen für Arbeiter (Hammer), Intelligenz (Zirkel) und Bauern (Ähren). Die Flagge der Bundesrepublik ist schlicht schwarz-rot-gold ohne Wappen. Das „Dritte Reich“ benutzte dagegen die Hakenkreuzflagge.

Frage 188

In welchem Jahr wurde die Mauer in Berlin gebaut?

a) 1953

b) 1956

c) 1959

✓ d) 1961 (richtige Antwort)

Erklärung: Die Berliner Mauer wurde 1961 gebaut, ab dem 13. August. Vorher waren schon Millionen Menschen aus der DDR in den Westen geflohen, viele davon über Berlin. Die Mauer stand 28 Jahre lang, bis 1989. 1953 war dagegen der Volksaufstand in der DDR.

Frage 189

Wann baute die DDR die Mauer in Berlin?

a) 1919

b) 1933

✓ c) 1961 (richtige Antwort)

d) 1990

Erklärung: Im Jahr 1961 baute die DDR die Mauer in Berlin. Über Nacht wurde die Stadt geteilt, Familien und Freunde wurden voneinander getrennt. Erst am 9. November 1989 fiel die Mauer. 1990 folgte die Wiedervereinigung, 1933 kamen die Nationalsozialisten an die Macht.

Frage 190

Was bedeutet die Abkürzung DDR?

a) Dritter Deutscher Rundfunk

b) Die Deutsche Republik

c) Dritte Deutsche Republik

✓ d) Deutsche Demokratische Republik (richtige Antwort)

Erklärung: DDR steht für Deutsche Demokratische Republik. Trotz des Wortes „demokratisch“ war die DDR eine Diktatur der SED: Es gab keine freien Wahlen und keine Meinungsfreiheit. Sie bestand von 1949 bis 1990. Die Bundesrepublik Deutschland wird mit BRD abgekürzt.

Frage 191

Wann wurde die Mauer in Berlin für alle geöffnet?

a) 1987

✓ b) 1989 (richtige Antwort)

c) 1992

d) 1995

Erklärung: Am 9. November 1989 wurde die Mauer in Berlin für alle geöffnet. Vorausgegangen waren Massenproteste und eine Fluchtwelle aus der DDR. Tausende Menschen gingen in dieser Nacht über die Grenzübergänge nach West-Berlin. Knapp ein Jahr später, am 3. Oktober 1990, wurde Deutschland wiedervereinigt.

Frage 192

Welches heutige deutsche Bundesland gehörte früher zum Gebiet der DDR?

✓ a) Brandenburg (richtige Antwort)

b) Bayern

c) Saarland

d) Hessen

Erklärung: Brandenburg gehörte früher zur DDR und ist eines der fünf sogenannten neuen Bundesländer. Die anderen sind Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen; dazu kam Ost-Berlin. Bayern, das Saarland und Hessen lagen immer in Westdeutschland. Das Land umschließt die Stadt Berlin und hat Potsdam als Hauptstadt.

Frage 193

Von 1961 bis 1989 war Berlin ...

a) ohne Bürgermeister.

b) ein eigener Staat.

✓ c) durch eine Mauer geteilt. (richtige Antwort)

d) nur mit dem Flugzeug erreichbar.

Erklärung: Von 1961 bis 1989 war Berlin durch eine Mauer in Ost- und West-Berlin geteilt. Die Mauer war über 40 Kilometer lang mitten durch die Stadt und wurde streng bewacht; viele Menschen starben beim Fluchtversuch. Erreichbar war West-Berlin auch auf dem Landweg, durch Transitstrecken durch die DDR.

Frage 194

Am 3. Oktober feiert man in Deutschland den Tag der Deutschen ...

✓ a) Einheit. (richtige Antwort)

b) Nation.

c) Bundesländer.

d) Städte.

Erklärung: Am 3. Oktober feiert Deutschland den Tag der Deutschen Einheit. An diesem Tag im Jahr 1990 trat die DDR der Bundesrepublik bei, Deutschland war wiedervereinigt. Der 3. Oktober ist der Nationalfeiertag und ein gesetzlicher Feiertag in ganz Deutschland.

Frage 195

Welches heutige deutsche Bundesland gehörte früher zum Gebiet der DDR?

a) Hessen

✓ b) Sachsen-Anhalt (richtige Antwort)

c) Nordrhein-Westfalen

d) Saarland

Erklärung: Sachsen-Anhalt gehörte früher zur DDR. Seine Landeshauptstadt ist Magdeburg. Zusammen mit Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen zählt es zu den fünf neuen Bundesländern. Hessen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland gehörten immer zur Bundesrepublik. Bekannt ist Sachsen-Anhalt auch für die Lutherstadt Wittenberg.

Frage 196

Warum nennt man die Zeit im Herbst 1989 in der DDR "Die Wende"? In dieser Zeit veränderte sich die DDR politisch ...

✓ **a) von einer Diktatur zur Demokratie. (richtige Antwort)**

b) von einer liberalen Marktwirtschaft zum Sozialismus.

c) von einer Monarchie zur Sozialdemokratie.

d) von einem religiösen Staat zu einem kommunistischen Staat.

Erklärung: „Die Wende“ nennt man die Zeit im Herbst 1989, in der sich die DDR von einer Diktatur zu einer Demokratie veränderte. Friedliche Proteste führten zum Rücktritt der SED-Führung und zur Öffnung der Mauer. Im März 1990 gab es in der DDR die erste freie Volkskammerwahl. Eine Monarchie oder einen religiösen Staat gab es in der DDR nie.

Frage 197

Welches heutige deutsche Bundesland gehörte früher zum Gebiet der DDR?

✓ **a) Thüringen (richtige Antwort)**

b) Hessen

c) Bayern

d) Bremen

Erklärung: Thüringen gehörte früher zur DDR und ist heute eines der neuen Bundesländer mit der Hauptstadt Erfurt. Die anderen Optionen sind westdeutsche Länder: Hessen grenzt zwar direkt an Thüringen, lag aber immer in der Bundesrepublik. Bayern und Bremen gehörten ebenfalls zum Westen.

Frage 198

Welches heutige deutsche Bundesland gehörte früher zum Gebiet der DDR?

a) Bayern

b) Niedersachsen

✓ **c) Sachsen (richtige Antwort)**

d) Baden-Württemberg

Erklärung: Sachsen mit der Hauptstadt Dresden lag früher in der DDR. In Sachsen, vor allem in Leipzig, begannen 1989 die großen Montagsdemonstrationen. Nicht verwechseln: Niedersachsen klingt ähnlich, gehörte aber immer zur Bundesrepublik, ebenso Bayern und Baden-Württemberg.

Frage 199

Mit der Abkürzung "Stasi" meinte man in der DDR ...

a) das Parlament.

✓ **b) das Ministerium für Staatssicherheit. (richtige Antwort)**

c) eine regierende Partei.

d) das Ministerium für Volksbildung.

Erklärung: „Stasi“ war die Abkürzung für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Dieser Geheimdienst überwachte die eigene Bevölkerung, hörte Telefone ab und setzte viele inoffizielle Mitarbeiter als Spitzel ein. Regierende Partei der DDR war dagegen die SED. Heute können Betroffene ihre Stasi-Akten einsehen.

Frage 200

Welches heutige deutsche Bundesland gehörte früher zum Gebiet der DDR?

a) Hessen

b) Schleswig-Holstein

✓ **c) Mecklenburg-Vorpommern (richtige Antwort)**

d) Saarland

Erklärung: Mecklenburg-Vorpommern an der Ostsee gehörte früher zur DDR; seine Landeshauptstadt ist Schwerin. Seit 1990 ist es eines der fünf neuen Bundesländer. Schleswig-Holstein liegt zwar ebenfalls an der Ostsee, gehörte aber immer zur Bundesrepublik, genauso wie Hessen und das Saarland.

Frage 201

Welche der folgenden Auflistungen enthält nur Bundesländer, die zum Gebiet der früheren DDR gehörten?

a) Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein, Brandenburg

✓ b) Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen (richtige Antwort)

c) Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen

d) Sachsen, Thüringen, Hessen, Niedersachen, Brandenburg

Erklärung: Auf dem Gebiet der früheren DDR liegen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – man nennt sie oft die „neuen Bundesländer". Dazu kam der Ostteil Berlins. In allen anderen Listen steht mindestens ein westdeutsches Land wie Hessen, Niedersachsen oder Bayern. Merkhilfe: Die richtige Liste enthält genau die fünf Länder im Osten, kein einziges aus dem Westen.

Frage 202

Zu wem gehörte die DDR im "Kalten Krieg"?

a) zu den Westmächten

✓ b) zum Warschauer Pakt (richtige Antwort)

c) zur NATO

d) zu den blockfreien Staaten

Erklärung: Im Kalten Krieg gehörte die DDR zum Ostblock und damit zum Warschauer Pakt, dem Militärbündnis unter Führung der Sowjetunion. Er wurde 1955 gegründet, als Gegenstück zur NATO. Die Bundesrepublik stand auf der anderen Seite: Sie war seit 1955 NATO-Mitglied und gehörte zu den Westmächten. Blockfrei war die DDR also nicht.

Frage 203

Wie hieß das Wirtschaftssystem der DDR?

a) Marktwirtschaft

✓ b) Planwirtschaft (richtige Antwort)

c) Angebot und Nachfrage

d) Kapitalismus

Erklärung: Die DDR hatte eine Planwirtschaft: Der Staat und die Partei SED legten in Plänen fest, was und wie viel produziert wurde und was es kostete. Die meisten Betriebe gehörten dem Staat. In der Bundesrepublik gab es dagegen die soziale Marktwirtschaft, in der Angebot und Nachfrage die Preise bestimmen. Planwirtschaft ist also das Gegenteil von Marktwirtschaft.

Frage 204

Wie wurden die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu einem Staat?

a) Die Bundesrepublik hat die DDR besetzt.

✓ b) Die heutigen fünf östlichen Bundesländer sind der Bundesrepublik Deutschland beigetreten. (richtige Antwort)

c) Die westlichen Bundesländer sind der DDR beigetreten.

d) Die DDR hat die Bundesrepublik Deutschland besetzt.

Erklärung: Die Wiedervereinigung war ein Beitritt: Die Länder auf dem Gebiet der DDR traten am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei. Das Grundgesetz gilt seitdem in ganz Deutschland. Niemand hat dabei einen anderen Staat besetzt – die Menschen in der DDR hatten 1990 frei gewählt und sich für die Einheit entschieden.

Frage 205

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gehören die neuen Bundesländer nun auch …

✓ a) zur Europäischen Union. (richtige Antwort)

b) zum Warschauer Pakt.

c) zur OPEC.

d) zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Erklärung: Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik wurden die neuen Bundesländer automatisch Teil der Europäischen Gemeinschaft, aus der 1993 die Europäische Union wurde. Gleichzeitig endete die Bindung an den Ostblock. Der Warschauer Pakt löste sich 1991 auf. Die OPEC ist eine Organisation erdölexportierender Länder und hat mit Deutschland nichts zu tun.

Frage 206

Woran erinnern die sogenannten „Stolpersteine“ in Deutschland?

a) an berühmte deutsche Politikerinnen und Politiker

✓ b) an die Opfer des Nationalsozialismus (richtige Antwort)

c) an Verkehrstote

d) an bekannte jüdische Musiker

Erklärung: Stolpersteine sind kleine Messingplatten im Gehweg. Sie erinnern an Menschen, die im Nationalsozialismus verfolgt, deportiert oder ermordet wurden, zum Beispiel Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma oder politische Gegner. Man findet sie meist vor dem letzten selbst gewählten Wohnort dieser Menschen, mit Name und Lebensdaten. Das Projekt geht auf den Künstler Gunter Demnig zurück.

Frage 207

In welchem Militärbündnis war die DDR Mitglied?

a) in der NATO

b) im Rheinbund

✓ c) im Warschauer Pakt (richtige Antwort)

d) im Europabündnis

Erklärung: Die DDR war Mitglied im Warschauer Pakt, dem Militärbündnis der sozialistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion. Die NATO war das westliche Bündnis, zu dem die Bundesrepublik gehörte. Der Warschauer Pakt endete 1991, kurz nach der deutschen Einheit. Den Rheinbund gab es dagegen schon zur Zeit Napoleons, also lange vor der DDR.

Frage 208

Was war die "Stasi"?

a) der Geheimdienst im "Dritten Reich"

b) eine berühmte deutsche Gedenkstätte

✓ c) der Geheimdienst der DDR (richtige Antwort)

d) ein deutscher Sportverein während des Zweiten Weltkrieges

Erklärung: Stasi ist die Kurzform für das Ministerium für Staatssicherheit, den Geheimdienst der DDR. Die Stasi überwachte die eigenen Bürgerinnen und Bürger, öffnete Briefe, hörte Telefone ab und verfolgte Kritiker der SED. Heute kann man die Stasi-Akten einsehen; sie werden im Bundesarchiv aufbewahrt. Der Geheimdienst im „Dritten Reich“ war etwas anderes, zum Beispiel die Gestapo.

Frage 209

Welches war das Wappen der Deutschen Demokratischen Republik?

Bild 1

Bild 2

Bild 3

Bild 4

a) Bild 1

b) Bild 2

c) Bild 3

✓ d) Bild 4 (richtige Antwort)

Erklärung: Das Wappen der DDR zeigt Hammer und Zirkel in einem Kranz aus Ähren, umwickelt mit einem schwarz-rot-goldenen Band – das ist Bild 4. Hammer, Zirkel und Ähren standen für Arbeiter, Intelligenz und Bauern. Bild 1 ist das heutige Bundeswappen mit dem schwarzen Adler, Bild 2 ein christliches Christus-Zeichen und Bild 3 das Eiserne Kreuz der Bundeswehr.

Frage 210

Was ereignete sich am 17. Juni 1953 in der DDR?

a) der feierliche Beitritt zum Warschauer Pakt

✓ b) landesweite Streiks und ein Volksaufstand (richtige Antwort)

c) der 1. SED-Parteitag

d) der erste Besuch Fidel Castros

Erklärung: Am 17. Juni 1953 streikten in der ganzen DDR viele Arbeiterinnen und Arbeiter, und es kam zu einem Volksaufstand gegen die SED-Regierung. Auslöser waren unter anderem höhere Arbeitsnormen. Sowjetische Panzer schlugen den Aufstand nieder. In der Bundesrepublik war der 17. Juni deshalb bis 1990 ein Feiertag, der „Tag der deutschen Einheit“.

Frage 211

Welcher Politiker steht für die "Ostverträge"?

a) Helmut Kohl

✓ b) Willy Brandt (richtige Antwort)

c) Michail Gorbatschow

d) Ludwig Erhard

Erklärung: Die Ostverträge sind mit Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) verbunden. Anfang der 1970er Jahre schloss die Bundesrepublik Verträge mit der Sowjetunion, Polen, der DDR und der Tschechoslowakei, um die Beziehungen zum Osten zu verbessern. Berühmt ist Brandts Kniefall in Warschau 1970. Für diese Politik bekam er 1971 den Friedensnobelpreis. Helmut Kohl steht dagegen für die Wiedervereinigung.

Frage 212

Wie heißt Deutschland mit vollem Namen?

a) Bundesstaat Deutschland

b) Bundesländer Deutschland

✓ c) Bundesrepublik Deutschland (richtige Antwort)

d) Bundesbezirk Deutschland

Erklärung: Der offizielle Name lautet Bundesrepublik Deutschland. „Bundes“ zeigt, dass Deutschland ein Bundesstaat aus 16 Ländern ist, und „Republik“ bedeutet, dass es keinen König, sondern ein gewähltes Staatsoberhaupt gibt. So steht es auch im Grundgesetz, zum Beispiel in Artikel 20. Die anderen Namen klingen ähnlich, gibt es aber nicht.

Frage 213

Wie viele Einwohner hat Deutschland?

a) 70 Millionen

b) 78 Millionen

✓ c) 84 Millionen (richtige Antwort)

d) 90 Millionen

Erklärung: In Deutschland leben rund 84 Millionen Menschen (Stand des Fragenkatalogs: Mai 2025). Damit hat Deutschland die meisten Einwohner aller EU-Staaten. Die Zahl ist in den letzten Jahren vor allem durch Zuwanderung gestiegen. 70 oder 78 Millionen sind zu wenig, 90 Millionen zu viel.

Frage 214

Welche Farben hat die deutsche Flagge?

✓ a) schwarz-rot-gold (richtige Antwort)

b) rot-weiß-schwarz

c) schwarz-rot-grün

d) schwarz-gelb-rot

Erklärung: Die deutsche Flagge ist schwarz-rot-gold, so steht es in Artikel 22 des Grundgesetzes. Die Farben stehen für Einheit, Freiheit und Demokratie, zum Beispiel beim Hambacher Fest 1832 und in der Weimarer Republik. Nicht verwechseln: Schwarz-weiß-rot waren die Farben des Kaiserreichs. Schwarz-gelb-rot ist die Flagge Belgiens.

Frage 215

Wer wird als "Kanzler der Deutschen Einheit" bezeichnet?

a) Gerhard Schröder

✓ b) Helmut Kohl (richtige Antwort)

c) Konrad Adenauer

d) Helmut Schmidt

Erklärung: Helmut Kohl (CDU) gilt als „Kanzler der Deutschen Einheit". Er war von 1982 bis 1998 Bundeskanzler und führte nach dem Mauerfall die Verhandlungen, die 1990 zur Wiedervereinigung führten. Konrad Adenauer war dagegen der erste Bundeskanzler, Gerhard Schröder regierte nach Kohl ab 1998.

Frage 216

Welches Symbol ist im Plenarsaal des Deutschen Bundestages zu sehen?

© Deutscher Bundestag/Janine Schmitz

✓ a) der Bundesadler (richtige Antwort)

b) die Fahne der Stadt Berlin

c) der Reichsadler

d) die Reichskrone

Erklärung: Im Plenarsaal des Bundestages hängt an der Wand hinter dem Rednerpult der große Bundesadler, das Wappentier der Bundesrepublik. Auf dem Foto sieht man ihn grau-silbern in der Mitte, über den Sitzplätzen der Regierung. Wegen seiner runden Form nennt man ihn auch scherzhaft „fette Henne". Der Reichsadler und die Reichskrone sind Symbole früherer Zeiten.

Frage 217

In welchem Zeitraum gab es die Deutsche Demokratische Republik (DDR)?

a) 1919 bis 1927

b) 1933 bis 1945

c) 1945 bis 1961

✓ d) 1949 bis 1990 (richtige Antwort)

Erklärung: Die DDR wurde am 7. Oktober 1949 gegründet, wenige Monate nach der Bundesrepublik. Sie endete am 3. Oktober 1990 mit dem Beitritt zur Bundesrepublik. Die Jahre 1933 bis 1945 sind dagegen die Zeit des Nationalsozialismus, 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut. Merkhilfe: Beide deutschen Staaten entstanden 1949.

Frage 218

Wie viele Bundesländer kamen bei der Wiedervereinigung 1990 zur Bundesrepublik Deutschland hinzu?

a) 4

✓ b) 5 (richtige Antwort)

c) 6

d) 7

Erklärung: Bei der Wiedervereinigung 1990 kamen fünf Bundesländer hinzu: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Ost-Berlin wurde mit West-Berlin zum Land Berlin vereinigt. Seitdem hat Deutschland 16 Bundesländer, vorher waren es in der Bundesrepublik 11 (mit West-Berlin).

Frage 219

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Grenzen von heute seit …

a) 1933

b) 1949

c) 1971

✓ d) 1990 (richtige Antwort)

Erklärung: Die heutigen Grenzen Deutschlands gelten seit 1990. Im Zwei-plus-Vier-Vertrag mit den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs wurden sie endgültig festgelegt, auch die Grenze zu Polen an Oder und Neiße. 1949 entstanden die Bundesrepublik und die DDR als zwei getrennte Staaten – das waren noch nicht die heutigen Grenzen.

Frage 220

Der 27. Januar ist in Deutschland ein offizieller Gedenktag. Woran erinnert dieser Tag?

a) an das Ende des Zweiten Weltkrieges

b) an die Verabschiedung des Grundgesetzes

c) an die Wiedervereinigung Deutschlands

✓ d) an die Opfer des Nationalsozialismus (Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz) (richtige Antwort)

Erklärung: Am 27. Januar 1945 befreiten sowjetische Soldaten das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Deshalb ist dieser Tag in Deutschland ein Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus. Der Bundestag erinnert jedes Jahr in einer Gedenkstunde daran. Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa war dagegen am 8. Mai 1945.

Frage 221

Deutschland ist Mitglied des Schengener Abkommens. Was bedeutet das?

✓ a) Deutsche können in viele Länder Europas ohne Passkontrolle reisen. (richtige Antwort)

b) Alle Menschen können ohne Personenkontrolle in Deutschland einreisen.

c) Deutsche können ohne Passkontrolle in jedes Land reisen.

d) Deutsche können in jedem Land mit dem Euro bezahlen.

Erklärung: Durch das Schengener Abkommen gibt es zwischen vielen europäischen Ländern normalerweise keine Passkontrollen an den Grenzen. Dazu gehören die meisten EU-Staaten, aber auch Länder wie die Schweiz oder Norwegen. Einen Ausweis muss man trotzdem dabeihaben. Falsch ist, dass man in jedes Land ohne Kontrolle reisen kann – außerhalb des Schengen-Raums wird kontrolliert.

Frage 222

Welches Land ist ein Nachbarland von Deutschland?

a) Ungarn

b) Portugal

c) Spanien

✓ d) Schweiz (richtige Antwort)

Erklärung: Die Schweiz grenzt im Süden an Deutschland, vor allem an Baden-Württemberg, mit dem Bodensee als Teil der Grenze. Ungarn, Portugal und Spanien haben keine gemeinsame Grenze mit Deutschland. Deutschland hat

neun Nachbarländer: Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, die Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und die Niederlande.

Frage 223

Welches Land ist ein Nachbarland von Deutschland?

a) Rumänien

b) Bulgarien

✓ c) Polen (richtige Antwort)

d) Griechenland

Erklärung: Polen liegt im Osten Deutschlands; die Grenze verläuft größtenteils entlang der Flüsse Oder und Neiße. Rumänien, Bulgarien und Griechenland liegen weiter im Südosten Europas und grenzen nicht an Deutschland. Deutsche Bundesländer an der polnischen Grenze sind Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen.

Frage 224

Was bedeutet die Abkürzung EU?

a) Europäische Unternehmen

✓ b) Europäische Union (richtige Antwort)

c) Einheitliche Union

d) Euro Union

Erklärung: EU steht für Europäische Union. Das ist ein Zusammenschluss europäischer Staaten, die eng in Politik und Wirtschaft zusammenarbeiten, zum Beispiel mit einem gemeinsamen Binnenmarkt. Deutschland ist eines der Gründungsländer. Nicht verwechseln: Der Euro ist die Währung vieler EU-Länder, aber „Euro Union“ gibt es nicht.

Frage 225

In welchem anderen Land gibt es eine große deutschsprachige Bevölkerung?

a) Tschechien

b) Norwegen

c) Spanien

✓ d) Österreich (richtige Antwort)

Erklärung: In Österreich ist Deutsch die Amtssprache, und fast alle Menschen sprechen Deutsch. Auch in der Schweiz, in Liechtenstein und in Teilen Belgiens und Italiens spricht man Deutsch. In Tschechien, Norwegen und Spanien sprechen dagegen die meisten Menschen Tschechisch, Norwegisch oder Spanisch.

Frage 226

Welche ist die Flagge der Europäischen Union?

Bild 1

Bild 2

Bild 3

Bild 4

a) Bild 1

✓ b) Bild 2 (richtige Antwort)

c) Bild 3

d) Bild 4

Erklärung: Die Flagge der Europäischen Union zeigt einen Kreis aus zwölf goldenen Sternen auf blauem Grund – das ist Bild 2. Die Zahl zwölf steht für Vollkommenheit und Einheit, nicht für die Zahl der Mitgliedstaaten. Bild 1 ist die Flagge der USA, Bild 3 die Flagge der Vereinten Nationen mit der Weltkarte im Olivenkranz.

Frage 227

Welches Land ist ein Nachbarland von Deutschland?

a) Finnland

✓ b) Dänemark (richtige Antwort)

c) Norwegen

d) Schweden

Erklärung: Dänemark ist der nördliche Nachbar Deutschlands und grenzt an Schleswig-Holstein. Es ist das einzige skandinavische Land mit einer Landgrenze zu Deutschland. Finnland, Norwegen und Schweden liegen weiter nördlich und sind nur über das Meer erreichbar. In Schleswig-Holstein lebt übrigens auch eine dänische Minderheit.

Frage 228

Wie wird der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1990 allgemein genannt?

a) NATO-Osterweiterung

b) EU-Osterweiterung

✓ c) Deutsche Wiedervereinigung (richtige Antwort)

d) Europäische Gemeinschaft

Erklärung: Den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 nennt man Deutsche Wiedervereinigung oder Deutsche Einheit. Deutschland war seit 1949 in zwei Staaten geteilt. Der 3. Oktober ist deshalb heute Nationalfeiertag, der „Tag der Deutschen Einheit“. Die EU-Osterweiterung kam erst 2004 und betraf andere Staaten.

Frage 229

Welches Land ist ein Nachbarland von Deutschland?

a) Spanien

b) Bulgarien

c) Norwegen

✓ d) Luxemburg (richtige Antwort)

Erklärung: Luxemburg grenzt im Westen an Deutschland, an die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland. Es ist ein kleines Land und eines der Gründungsmitglieder der europäischen Einigung. Spanien, Bulgarien und Norwegen haben keine gemeinsame Grenze mit Deutschland; Norwegen liegt zum Beispiel weit im Norden.

Frage 230

Das Europäische Parlament wird regelmäßig gewählt, nämlich alle ...

✓ a) 5 Jahre. (richtige Antwort)

b) 6 Jahre.

c) 7 Jahre.

d) 8 Jahre.

Erklärung: Das Europäische Parlament wird alle fünf Jahre gewählt. Die Bürgerinnen und Bürger aller EU-Staaten wählen ihre Abgeordneten direkt, in Deutschland zuletzt im Juni 2024. Der Bundestag wird dagegen normalerweise alle vier Jahre gewählt – die Europawahl findet also seltener statt. Merkhilfe: EU = 5 Jahre, Bundestag = 4 Jahre.

Frage 231

Was bedeutet der Begriff "europäische Integration"?

a) Damit sind amerikanische Einwanderinnen und Einwanderer in Europa gemeint.

b) Der Begriff meint den Einwanderungsstopp nach Europa.

c) Damit sind europäische Auswanderinnen und Auswanderer in den USA gemeint.

✓ d) Der Begriff meint den Zusammenschluss europäischer Staaten zur EU. (richtige Antwort)

Erklärung: Europäische Integration bedeutet, dass sich europäische Staaten Schritt für Schritt enger zusammenschließen – bis zur heutigen Europäischen Union. Die Staaten geben dabei bestimmte Aufgaben an gemeinsame Institutionen ab, zum Beispiel beim Handel. Angefangen hat es in den 1950er Jahren mit der Montanunion und der EWG. Mit Einwanderung oder Auswanderung hat der Begriff nichts zu tun.

Frage 232

Wer wird bei der Europawahl gewählt?

a) die Europäische Kommission

b) die Länder, die in die EU eintreten dürfen

✓ **c) die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (richtige Antwort)**

d) die europäische Verfassung

Erklärung: Bei der Europawahl wählen die Bürgerinnen und Bürger der EU die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Es ist das einzige EU-Organ, das direkt vom Volk gewählt wird. Die Europäische Kommission wird dagegen nicht direkt gewählt: Die Regierungen schlagen die Mitglieder vor, und das Parlament muss zustimmen.

Frage 233

Welches Land ist ein Nachbarland von Deutschland?

✓ **a) Tschechien (richtige Antwort)**

b) Bulgarien

c) Griechenland

d) Portugal

Erklärung: Tschechien liegt im Südosten Deutschlands und grenzt an Bayern und Sachsen. Die Hauptstadt ist Prag. Bulgarien, Griechenland und Portugal liegen weit entfernt und haben keine Grenze zu Deutschland. Tschechien ist wie Deutschland Mitglied der EU.

Frage 234

Wo ist ein Sitz des Europäischen Parlaments?

a) London

b) Paris

c) Berlin

✓ **d) Straßburg (richtige Antwort)**

Erklärung: Der offizielle Sitz des Europäischen Parlaments ist Straßburg in Frankreich, nahe der deutschen Grenze. Dort finden die meisten großen Plenarsitzungen statt. Weitere Arbeitsorte sind Brüssel und Luxemburg. Paris ist die Hauptstadt Frankreichs, Berlin die Hauptstadt Deutschlands – das Europaparlament sitzt dort aber nicht.

Frage 235

Der damalige französische Staatspräsident François Mitterrand und der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl gedenken in Verdun gemeinsam der Toten beider Weltkriege. Welches Ziel der Europäischen Union wird bei diesem Treffen deutlich?

© Bundesregierung/Richard Schulze-Vorberg

a) Freundschaft zwischen England und Deutschland

b) Reisefreiheit in alle Länder der EU

✓ **c) Frieden und Sicherheit in den Ländern der EU (richtige Antwort)**

d) einheitliche Feiertage in den Ländern der EU

Erklärung: Auf dem Foto stehen Mitterrand und Kohl Hand in Hand vor Kränzen und einem Sarg mit der französischen und der deutschen Flagge. In Verdun starben im Ersten Weltkrieg Hunderttausende Soldaten beider Länder. Die Geste von 1984 zeigt: Frühere Feinde sind heute Freunde. Frieden und Sicherheit zwischen den Staaten Europas sind ein Hauptziel der EU. Um England geht es hier nicht.

Frage 236

Wie viele Mitgliedstaaten hat die EU heute?

a) 21

b) 23

c) 25

✓ d) 27 (richtige Antwort)

Erklärung: Die Europäische Union hat 27 Mitgliedstaaten (Stand des Fragenkatalogs: Mai 2025). Bis Anfang 2020 waren es 28 – dann trat Großbritannien aus der EU aus, das nennt man „Brexit“. Deutschland gehört zu den sechs Gründungsländern der europäischen Gemeinschaft aus den 1950er Jahren.

Frage 237

2007 wurde das 50-jährige Jubiläum der "Römischen Verträge" gefeiert. Was war der Inhalt der Verträge?

a) Beitritt Deutschlands zur NATO

✓ b) Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) (richtige Antwort)

c) Verpflichtung Deutschlands zu Reparationsleistungen

d) Festlegung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze

Erklärung: Mit den Römischen Verträgen von 1957 gründeten sechs Staaten, darunter die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Gleichzeitig entstand die Europäische Atomgemeinschaft. Die EWG ist ein Vorläufer der heutigen EU. Der NATO-Beitritt der Bundesrepublik war dagegen schon 1955 und hatte mit Rom nichts zu tun.

Frage 238

An welchen Orten arbeitet das Europäische Parlament?

a) Paris, London und Den Haag

✓ b) Straßburg, Luxemburg und Brüssel (richtige Antwort)

c) Rom, Bern und Wien

d) Bonn, Zürich und Mailand

Erklärung: Das Europäische Parlament arbeitet an drei Orten: In Straßburg finden die meisten Plenarsitzungen statt, in Brüssel tagen vor allem die Ausschüsse, und in Luxemburg sitzt die Verwaltung, das Generalsekretariat. Alle drei Städte liegen in Frankreich, Belgien und Luxemburg. London, Rom oder Wien sind keine Arbeitsorte des Parlaments.

Frage 239

Durch welche Verträge schloss sich die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zusammen?

a) durch die "Hamburger Verträge"

✓ b) durch die "Römischen Verträge" (richtige Antwort)

c) durch die "Pariser Verträge"

d) durch die "Londoner Verträge"

Erklärung: Mit den Römischen Verträgen, 1957 in Rom unterschrieben, gründeten Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Ziel war vor allem ein gemeinsamer Markt ohne Zölle zwischen diesen Ländern. Die Verträge sind ein wichtiger Grundstein der heutigen Europäischen Union.

Frage 240

Seit wann bezahlt man in Deutschland mit dem Euro in bar?

a) 1995

b) 1998

✓ **c) 2002 (richtige Antwort)**

d) 2005

Erklärung: Euro-Münzen und Euro-Scheine gibt es in Deutschland seit dem 1. Januar 2002. Davor bezahlte man mit der D-Mark. Der Euro wurde schon 1999 eingeführt, aber zuerst nur als Buchgeld, zum Beispiel für Überweisungen. Bar bezahlen konnte man damit erst ab 2002.

Frage 241

Frau Seger bekommt ein Kind. Was muss sie tun, um Elterngeld zu erhalten?

a) Sie muss an ihre Krankenkasse schreiben.

✓ **b) Sie muss einen Antrag bei der Elterngeldstelle stellen. (richtige Antwort)**

c) Sie muss nichts tun, denn sie bekommt automatisch Elterngeld.

d) Sie muss das Arbeitsamt um Erlaubnis bitten.

Erklärung: Elterngeld kommt nicht automatisch: Frau Seger muss einen schriftlichen Antrag bei der Elterngeldstelle stellen. Welche Stelle zuständig ist, hängt vom Bundesland und Wohnort ab. Sie sollte den Antrag bald nach der Geburt stellen, weil Elterngeld nur begrenzt rückwirkend gezahlt wird. Die Krankenkasse zahlt dagegen das Mutterschaftsgeld, nicht das Elterngeld.

Frage 242

Wer entscheidet, ob ein Kind in Deutschland in den Kindergarten geht?

a) der Staat

b) die Bundesländer

✓ **c) die Eltern/die Erziehungsberechtigten (richtige Antwort)**

d) die Schulen

Erklärung: Ob ein Kind in den Kindergarten geht, entscheiden die Eltern oder Erziehungsberechtigten. In Deutschland gibt es keine Kindergartenpflicht – der Besuch ist freiwillig. Kinder ab drei Jahren haben aber einen Anspruch auf einen Platz. Anders ist es bei der Schule: Dort gibt es eine Schulpflicht.

Frage 243

Maik und Sybille wollen mit Freunden an ihrem deutschen Wohnort eine Demonstration auf der Straße abhalten. Was müssen sie vorher tun?

✓ **a) Sie müssen die Demonstration anmelden. (richtige Antwort)**

b) Sie müssen nichts tun. Man darf in Deutschland jederzeit überall demonstrieren.

c) Sie können gar nichts tun, denn Demonstrationen sind in Deutschland grundsätzlich verboten.

d) Maik und Sybille müssen einen neuen Verein gründen, weil nur Vereine demonstrieren dürfen.

Erklärung: Demonstrationen auf der Straße sind in Deutschland erlaubt, denn das Grundgesetz schützt die Versammlungsfreiheit (Artikel 8). Eine Versammlung unter freiem Himmel muss man aber vorher bei der zuständigen Behörde anmelden. So kann die Polizei zum Beispiel den Verkehr regeln. Einen Verein muss man dafür nicht gründen.

Frage 244

Welchen Schulabschluss braucht man normalerweise, um an einer Universität in Deutschland ein Studium zu beginnen?

✓ **a) das Abitur (richtige Antwort)**

b) ein Diplom

c) die Prokura

d) eine Gesellenprüfung

Erklärung: Wer an einer Universität studieren möchte, braucht normalerweise das Abitur, also die allgemeine Hochschulreife. Man macht es meistens nach 12 oder 13 Schuljahren am Gymnasium. Ein Diplom ist dagegen ein Abschluss nach dem Studium, eine Gesellenprüfung schließt eine Ausbildung im Handwerk ab. Es gibt aber auch andere Wege, zum Beispiel über berufliche Qualifikationen.

Frage 245

Wer darf in Deutschland nicht als Paar zusammenleben?

a) Hans (20 Jahre) und Marie (19 Jahre)

b) Tom (20 Jahre) und Klaus (45 Jahre)

c) Sofie (35 Jahre) und Lisa (40 Jahre)

✓ d) Anne (13 Jahre) und Tim (25 Jahre) (richtige Antwort)

Erklärung: Anne ist erst 13 Jahre alt und damit ein Kind. Kinder unter 14 Jahren sind durch das Strafrecht besonders geschützt; eine Beziehung zwischen einem 25-jährigen Mann und einem 13-jährigen Mädchen ist nicht erlaubt. Die anderen Paare sind alle volljährig. Dass zwei Männer oder zwei Frauen zusammenleben, ist in Deutschland ganz normal und erlaubt.

Frage 246

Ab welchem Alter ist man in Deutschland volljährig?

a) 16

✓ b) 18 (richtige Antwort)

c) 19

d) 21

Erklärung: In Deutschland ist man mit 18 Jahren volljährig. Dann darf man zum Beispiel ohne Zustimmung der Eltern Verträge schließen, heiraten und an der Bundestagswahl teilnehmen. Mit 16 Jahren darf man in manchen Bundesländern schon bei Kommunalwahlen wählen, ist aber noch nicht volljährig. Bis 1975 lag die Grenze bei 21 Jahren.

Frage 247

Eine Frau ist schwanger. Sie ist kurz vor und nach der Geburt ihres Kindes vom Gesetz besonders beschützt. Wie heißt dieser Schutz?

a) Elternzeit

✓ b) Mutterschutz (richtige Antwort)

c) Geburtsvorbereitung

d) Wochenbett

Erklärung: Der besondere gesetzliche Schutz für schwangere Frauen und junge Mütter heißt Mutterschutz. In der Regel dürfen Frauen sechs Wochen vor der Geburt nicht mehr arbeiten, wenn sie das nicht ausdrücklich wollen, und acht Wochen nach der Geburt gar nicht. Außerdem haben sie einen besonderen Kündigungsschutz. Elternzeit ist etwas anderes: Sie können beide Eltern nehmen.

Frage 248

Die Erziehung der Kinder ist in Deutschland vor allem Aufgabe ...

a) des Staates.

✓ b) der Eltern. (richtige Antwort)

c) der Großeltern.

d) der Schulen.

Erklärung: Für die Erziehung der Kinder sind in Deutschland vor allem die Eltern zuständig. Artikel 6 des Grundgesetzes sagt: Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und ihre Pflicht. Der Staat achtet nur darauf, dass es dem Kind gut geht. Schulen und Großeltern helfen mit, die Hauptverantwortung tragen aber die Eltern.

Frage 249

Wer ist in Deutschland hauptsächlich verantwortlich für die Kindererziehung?

a) der Staat

✓ b) die Eltern (richtige Antwort)

c) die Verwandten

d) die Schulen

Erklärung: Hauptsächlich verantwortlich für die Kindererziehung sind die Eltern. Das steht in Artikel 6 des Grundgesetzes: Erziehung ist ihr Recht und zugleich ihre Pflicht. Der Staat greift nur ein, wenn ein Kind in Gefahr ist,

zum Beispiel über das Jugendamt. Die Schule hat einen Bildungsauftrag, ersetzt aber nicht die Eltern.

Frage 250

In Deutschland hat man die besten Chancen auf einen gut bezahlten Arbeitsplatz, wenn man ...

a) katholisch ist.

✓ b) gut ausgebildet ist. (richtige Antwort)

c) eine Frau ist.

d) Mitglied einer Partei ist.

Erklärung: Gute Chancen auf einen gut bezahlten Arbeitsplatz hat, wer gut ausgebildet ist – zum Beispiel durch eine Berufsausbildung oder ein Studium. Viele Firmen suchen Fachkräfte mit Qualifikationen. Religion, Geschlecht oder Parteimitgliedschaft dürfen bei der Stellenvergabe keine Rolle spielen; eine Benachteiligung deswegen wäre Diskriminierung.

Frage 251

Wenn man in Deutschland ein Kind schlägt, ...

a) geht das niemanden etwas an.

b) geht das nur die Familie etwas an.

c) kann man dafür nicht bestraft werden.

✓ d) kann man dafür bestraft werden. (richtige Antwort)

Erklärung: Wer in Deutschland ein Kind schlägt, kann dafür bestraft werden, auch wenn es das eigene Kind ist. Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, das steht im Bürgerlichen Gesetzbuch. Schläge können als Körperverletzung bestraft werden. Gewalt gegen Kinder ist also keine Privatsache der Familie, und das Jugendamt kann eingreifen.

Frage 252

In Deutschland ...

✓ a) darf man zur gleichen Zeit nur mit einer Partnerin/einem Partner verheiratet sein. (richtige Antwort)

b) kann man mehrere Ehepartnerinnen/Ehepartner gleichzeitig haben.

c) darf man nicht wieder heiraten, wenn man einmal verheiratet war.

d) darf eine Frau nicht wieder heiraten, wenn ihr Mann gestorben ist.

Erklärung: In Deutschland darf man nur mit einer Person gleichzeitig verheiratet sein. Wer eine zweite Ehe schließt, obwohl die erste noch besteht, macht sich strafbar (Doppelehe oder Bigamie). Wer geschieden oder verwitwet ist, darf aber wieder heiraten – das gilt für Männer und Frauen gleich.

Frage 253

Wo müssen Sie sich anmelden, wenn Sie in Deutschland umziehen?

✓ a) beim Einwohnermeldeamt (richtige Antwort)

b) beim Standesamt

c) beim Ordnungsamt

d) beim Gewerbeamt

Erklärung: Nach einem Umzug muss man sich beim Einwohnermeldeamt anmelden, das in vielen Städten Bürgeramt oder Bürgerbüro heißt. Dafür hat man normalerweise zwei Wochen nach dem Einzug Zeit. Das Standesamt ist dagegen für Geburten, Heiraten und Sterbefälle zuständig, das Gewerbeamt für Firmen.

Frage 254

In Deutschland dürfen Ehepaare sich scheiden lassen. Meistens müssen sie dazu das "Trennungsjahr" einhalten. Was bedeutet das?

a) Der Scheidungsprozess dauert ein Jahr.

b) Die Ehegatten sind ein Jahr verheiratet, dann ist die Scheidung möglich.

c) Das Besuchsrecht für die Kinder gilt ein Jahr.

✓ d) Die Ehegatten führen mindestens ein Jahr getrennt ihr eigenes Leben. Danach ist die Scheidung möglich. (richtige Antwort)

Erklärung: Das Trennungsjahr bedeutet: Die Ehepartner leben mindestens ein Jahr getrennt und führen ihr eigenes Leben. Erst danach kann das Familiengericht die Ehe in der Regel scheiden. So soll geprüft werden, ob die Ehe wirklich gescheitert ist. Getrennt leben ist auch in derselben Wohnung möglich, wenn man keinen gemeinsamen Haushalt mehr führt.

Frage 255

Bei Erziehungsproblemen können Eltern in Deutschland Hilfe erhalten vom …

a) Ordnungsamt.

b) Schulamt.

✓ c) Jugendamt. (richtige Antwort)

d) Gesundheitsamt.

Erklärung: Bei Problemen in der Erziehung hilft das Jugendamt. Es bietet zum Beispiel Erziehungsberatung an und unterstützt Familien in schwierigen Situationen – kostenlos. Jede Stadt und jeder Landkreis hat ein Jugendamt. Das Gesundheitsamt kümmert sich dagegen um Gesundheitsfragen, das Schulamt um die Schulen.

Frage 256

Ein Ehepaar möchte in Deutschland ein Restaurant eröffnen. Was braucht es dazu unbedingt?

a) eine Erlaubnis der Polizei

b) eine Genehmigung einer Partei

c) eine Genehmigung des Einwohnermeldeamts

✓ d) eine Gaststättenerlaubnis von der zuständigen Behörde (richtige Antwort)

Erklärung: Wer ein Restaurant eröffnen will, in dem zum Beispiel Alkohol ausgeschenkt wird, braucht eine Gaststättenerlaubnis von der zuständigen Behörde, meist vom Gewerbe- oder Ordnungsamt der Stadt. Die Behörde prüft unter anderem, ob die Betreiber zuverlässig sind und die Räume geeignet. Parteien oder die Polizei erteilen solche Genehmigungen nicht.

Frage 257

Eine erwachsene Frau möchte in Deutschland das Abitur nachholen. Das kann sie an …

a) einer Hochschule.

✓ b) einem Abendgymnasium. (richtige Antwort)

c) einer Hauptschule.

d) einer Privatuniversität.

Erklärung: Erwachsene können das Abitur an einem Abendgymnasium nachholen. Der Unterricht findet meist abends statt, sodass man nebenbei arbeiten kann. Eine Hochschule oder Universität setzt das Abitur normalerweise schon voraus, und die Hauptschule führt zu einem niedrigeren Abschluss. Eine ähnliche Möglichkeit bietet das Kolleg mit Unterricht am Tag.

Frage 258

Was darf das Jugendamt in Deutschland?

a) Es entscheidet, welche Schule das Kind besucht.

✓ b) Es kann ein Kind, das geschlagen wird oder hungern muss, aus der Familie nehmen. (richtige Antwort)

c) Es bezahlt das Kindergeld an die Eltern.

d) Es kontrolliert, ob das Kind einen Kindergarten besucht.

Erklärung: Das Jugendamt schützt Kinder. Wenn ein Kind geschlagen wird oder hungern muss, kann es das Kind aus der Familie nehmen und zum Beispiel in einer Pflegefamilie unterbringen. Das nennt man Inobhutnahme. Kindergeld zahlt dagegen die Familienkasse, und welche Schule ein Kind besucht, entscheiden die Eltern.

Frage 259

Das Berufsinformationszentrum BIZ bei der Bundesagentur für Arbeit in Deutschland hilft

bei der …

a) Rentenberechnung.

✓ **b) Lehrstellensuche. (richtige Antwort)**

c) Steuererklärung.

d) Krankenversicherung.

Erklärung: Im Berufsinformationszentrum (BIZ) der Bundesagentur für Arbeit bekommt man Informationen über Berufe, Ausbildungen und Studiengänge. Es hilft vor allem jungen Menschen bei der Suche nach einer Lehrstelle, also einem Ausbildungsplatz. Für die Rente ist die Rentenversicherung zuständig, für die Steuererklärung das Finanzamt.

Frage 260

In Deutschland hat ein Kind in der Schule …

a) Recht auf unbegrenzte Freizeit.

b) Wahlfreiheit für alle Fächer.

c) Anspruch auf Schulgeld.

✓ **d) Anwesenheitspflicht. (richtige Antwort)**

Erklärung: In Deutschland gibt es eine Schulpflicht. Deshalb müssen Kinder regelmäßig zur Schule gehen – das nennt man Anwesenheitspflicht. Wer ohne Entschuldigung fehlt, bei dem können die Eltern ein Bußgeld bekommen. Die Fächer kann man sich nicht frei aussuchen, und an staatlichen Schulen gibt es kein Schulgeld.

Frage 261

Ein Mann möchte mit 30 Jahren in Deutschland sein Abitur nachholen. Wo kann er das tun? An …

a) einer Hochschule.

✓ **b) einem Abendgymnasium. (richtige Antwort)**

c) einer Hauptschule.

d) einer Privatuniversität.

Erklärung: Der Mann kann das Abitur an einem Abendgymnasium nachholen. Diese Schulen sind für Erwachsene gemacht, die tagsüber arbeiten, und der Unterricht findet abends statt. Eine Universität kann er erst nach dem Abitur besuchen. Auch an einem Kolleg oder an einer Volkshochschule gibt es teilweise ähnliche Angebote.

Frage 262

Was bedeutet in Deutschland der Grundsatz der Gleichbehandlung?

✓ **a) Niemand darf z.B. wegen einer Behinderung benachteiligt werden. (richtige Antwort)**

b) Man darf andere Personen benachteiligen, wenn ausreichende persönliche Gründe hierfür vorliegen.

c) Niemand darf gegen Personen klagen, wenn sie benachteiligt wurden.

d) Es ist für alle Gesetz, benachteiligten Gruppen jährlich Geld zu spenden.

Erklärung: Der Grundsatz der Gleichbehandlung bedeutet: Niemand darf wegen bestimmter Merkmale benachteiligt werden, zum Beispiel wegen einer Behinderung, des Geschlechts, der Herkunft oder der Religion. Das steht in Artikel 3 des Grundgesetzes. Im Arbeitsleben und im Alltag schützt außerdem das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Persönliche Gründe erlauben keine Benachteiligung.

Frage 263

In Deutschland sind Jugendliche ab 14 Jahren strafmündig. Das bedeutet: Jugendliche, die 14 Jahre und älter sind und gegen Strafgesetze verstoßen, …

✓ **a) werden bestraft. (richtige Antwort)**

b) werden wie Erwachsene behandelt.

c) teilen die Strafe mit ihren Eltern.

d) werden nicht bestraft.

Erklärung: Strafmündig heißt: Ab 14 Jahren kann man für Straftaten bestraft werden. Für Jugendliche gilt aber das Jugendstrafrecht. Es setzt vor allem auf Erziehung, zum Beispiel durch Sozialstunden oder Kurse, und nur in

schweren Fällen auf Jugendhaft. Jugendliche werden also bestraft, aber nicht genau wie Erwachsene. Kinder unter 14 Jahren werden nicht bestraft.

Frage 264

Zu welchem Fest tragen Menschen in Deutschland bunte Kostüme und Masken?

✓ a) am Rosenmontag (richtige Antwort)

b) am Maifeiertag

c) beim Oktoberfest

d) an Pfingsten

Erklärung: Am Rosenmontag erreicht der Karneval, auch Fasching oder Fastnacht genannt, seinen Höhepunkt. Die Menschen verkleiden sich mit bunten Kostümen und Masken, und in Städten wie Köln, Düsseldorf oder Mainz gibt es große Umzüge. Der Rosenmontag liegt im Februar oder März, vor dem Aschermittwoch. Beim Oktoberfest trägt man dagegen eher Tracht.

Frage 265

Wohin muss man in Deutschland zuerst gehen, wenn man heiraten möchte?

a) zum Einwohnermeldeamt

b) zum Ordnungsamt

c) zur Agentur für Arbeit

✓ d) zum Standesamt (richtige Antwort)

Erklärung: Wer heiraten möchte, geht zuerst zum Standesamt und meldet dort die Eheschließung an. In Deutschland ist nur die Heirat vor dem Standesamt rechtlich gültig. Eine kirchliche Trauung kann man zusätzlich feiern. Das Einwohnermeldeamt ist dagegen für die Anmeldung der Wohnung zuständig.

Frage 266

Wann beginnt die gesetzliche Nachtruhe in Deutschland?

a) wenn die Sonne untergeht

b) wenn die Nachbarn schlafen gehen

c) um 0 Uhr, Mitternacht

✓ d) um 22 Uhr (richtige Antwort)

Erklärung: Die Nachtruhe beginnt in Deutschland in der Regel um 22 Uhr und dauert bis 6 Uhr morgens. In dieser Zeit soll man laute Geräusche vermeiden, zum Beispiel laute Musik oder Bohren. Das ist in Gesetzen und oft auch in der Hausordnung geregelt. Sonnenuntergang oder die Schlafenszeit der Nachbarn sind keine festen Grenzen.

Frage 267

Eine junge Frau in Deutschland, 22 Jahre alt, lebt mit ihrem Freund zusammen. Die Eltern der Frau finden das nicht gut, weil ihnen der Freund nicht gefällt. Was können die Eltern tun?

✓ a) Sie müssen die Entscheidung der volljährigen Tochter respektieren. (richtige Antwort)

b) Sie haben das Recht, die Tochter in die elterliche Wohnung zurückzuholen.

c) Sie können zur Polizei gehen und die Tochter anzeigen.

d) Sie suchen einen anderen Mann für die Tochter.

Erklärung: Die Tochter ist mit 22 Jahren volljährig und darf selbst entscheiden, mit wem sie zusammenlebt. Die Eltern müssen das respektieren, auch wenn ihnen der Freund nicht gefällt. Das Grundgesetz schützt die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Zurückholen, anzeigen oder einen anderen Mann aussuchen dürfen die Eltern nicht.

Frage 268

Eine junge Frau will den Führerschein machen. Sie hat Angst vor der Prüfung, weil ihre Muttersprache nicht Deutsch ist. Was ist richtig?

a) Sie muss mindestens zehn Jahre in Deutschland leben, bevor sie den Führerschein machen kann.

b) Wenn sie kein Deutsch kann, darf sie keinen Führerschein haben.

c) Sie muss den Führerschein in dem Land machen, in dem man ihre Sprache spricht.

✓ d) Sie kann die Theorie-Prüfung vielleicht in ihrer Muttersprache machen. Es gibt mehr als zehn Sprachen zur Auswahl. (richtige Antwort)

Erklärung: Die theoretische Führerscheinprüfung kann man in Deutschland nicht nur auf Deutsch machen, sondern auch in mehreren Fremdsprachen, zum Beispiel Englisch, Türkisch oder Russisch. Ob ihre Sprache dabei ist, kann die Frau bei der Fahrschule erfragen. Man muss nicht zehn Jahre in Deutschland leben, um einen Führerschein zu machen.

Frage 269

In Deutschland haben Kinder ab dem Alter von drei Jahren bis zur Ersteinschulung einen Anspruch auf …

a) monatliches Taschengeld.

b) einen Platz in einem Sportverein.

✓ c) einen Kindergartenplatz. (richtige Antwort)

d) einen Ferienpass.

Erklärung: Kinder haben in Deutschland ab drei Jahren bis zum Schulbeginn einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Seit 2013 gibt es sogar schon ab dem ersten Geburtstag einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz, zum Beispiel in einer Kita. Den Kindergarten zu besuchen ist aber freiwillig – die Eltern entscheiden.

Frage 270

Die Volkshochschule in Deutschland ist eine Einrichtung …

a) für den Religionsunterricht.

b) nur für Jugendliche.

✓ c) zur Weiterbildung. (richtige Antwort)

d) nur für Rentnerinnen und Rentner.

Erklärung: Die Volkshochschule, kurz VHS, ist eine Einrichtung zur Weiterbildung für Erwachsene jeden Alters. Dort kann man zum Beispiel Sprachkurse, Computerkurse oder Integrationskurse besuchen, oft zu günstigen Preisen. Fast jede Stadt hat eine Volkshochschule. Sie ist also nicht nur für Jugendliche oder Rentner da.

Frage 271

Was ist in Deutschland ein Brauch zu Weihnachten?

a) bunte Eier verstecken

✓ b) einen Tannenbaum schmücken (richtige Antwort)

c) sich mit Masken und Kostümen verkleiden

d) Kürbisse vor die Tür stellen

Erklärung: Zu Weihnachten stellen viele Familien einen Tannenbaum auf und schmücken ihn mit Kugeln, Kerzen oder Lichterketten. Am Heiligabend, dem 24. Dezember, liegen darunter oft die Geschenke. Bunte Eier verstecken gehört zu Ostern, Kostüme zum Karneval und Kürbisse vor die Tür zu Halloween.

Frage 272

Welche Lebensform ist in Deutschland nicht erlaubt?

a) Mann und Frau sind geschieden und leben mit neuen Partnern zusammen.

b) Zwei Frauen leben zusammen.

c) Ein alleinerziehender Vater lebt mit seinen zwei Kindern zusammen.

✓ d) Ein Mann ist mit zwei Frauen zur selben Zeit verheiratet. (richtige Antwort)

Erklärung: In Deutschland darf ein Mann nicht gleichzeitig mit zwei Frauen verheiratet sein – eine Doppelehe ist verboten und strafbar. Alle anderen Lebensformen sind erlaubt: Geschiedene dürfen mit neuen Partnern zusammenleben, zwei Frauen dürfen zusammenleben und seit 2017 auch heiraten, und Alleinerziehende sind ebenfalls eine normale Familie.

Frage 273

Bei Erziehungsproblemen gehen Sie in Deutschland …

a) zur Ärztin/zum Arzt.

b) zum Gesundheitsamt.

c) zum Einwohnermeldeamt.

✓ d) zum Jugendamt. (richtige Antwort)

Erklärung: Bei Erziehungsproblemen ist das Jugendamt die richtige Stelle. Es berät Eltern, zum Beispiel wenn es mit einem Kind große Schwierigkeiten gibt, und vermittelt weitere Hilfen. Das Angebot ist freiwillig und kostenlos. Ärztinnen und Ärzte helfen bei Krankheiten, das Einwohnermeldeamt ist für Wohnsitze zuständig.

Frage 274

Sie haben in Deutschland absichtlich einen Brief geöffnet, der an eine andere Person adressiert ist. Was haben Sie nicht beachtet?

a) das Schweigerecht

✓ b) das Briefgeheimnis (richtige Antwort)

c) die Schweigepflicht

d) die Meinungsfreiheit

Erklärung: Wer absichtlich einen fremden Brief öffnet, verletzt das Briefgeheimnis. Es ist im Grundgesetz geschützt (Artikel 10) und gilt für alle, nicht nur für den Staat. Das Öffnen fremder Post kann sogar bestraft werden. Die Schweigepflicht betrifft dagegen zum Beispiel Ärzte, die nichts über ihre Patienten erzählen dürfen.

Frage 275

Was braucht man in Deutschland für eine Ehescheidung?

a) die Einwilligung der Eltern

b) ein Attest einer Ärztin/eines Arztes

c) die Einwilligung der Kinder

✓ d) die Unterstützung einer Anwältin/eines Anwalts (richtige Antwort)

Erklärung: Eine Scheidung spricht in Deutschland das Familiengericht aus. Wer die Scheidung beantragt, braucht dafür eine Anwältin oder einen Anwalt. Die Eltern oder Kinder müssen nicht zustimmen, und ein ärztliches Attest ist nicht nötig. Meistens müssen die Ehepartner vorher ein Trennungsjahr einhalten.

Frage 276

Was sollten Sie tun, wenn Sie von Ihrer Ansprechpartnerin/Ihrem Ansprechpartner in einer deutschen Behörde schlecht behandelt werden?

a) Ich kann nichts tun.

b) Ich muss mir diese Behandlung gefallen lassen.

c) Ich drohe der Person.

✓ d) Ich kann mich bei der Behördenleiterin/beim Behördenleiter beschweren. (richtige Antwort)

Erklärung: Wer in einer Behörde schlecht behandelt wird, kann sich bei der Leitung der Behörde beschweren. Diese Beschwerde nennt man Dienstaufsichtsbeschwerde. Behörden müssen alle Menschen korrekt und respektvoll behandeln. Man muss sich schlechte Behandlung also nicht gefallen lassen – drohen darf man aber auch nicht.

Frage 277

Eine Frau, die ein zweijähriges Kind hat, bewirbt sich in Deutschland um eine Stelle. Was ist ein Beispiel für Diskriminierung? Sie bekommt die Stelle nur deshalb nicht, weil sie …

a) kein Englisch spricht.

b) zu hohe Gehaltsvorstellungen hat.

c) keine Erfahrungen in diesem Beruf hat.

✓ d) Mutter ist. (richtige Antwort)

Erklärung: Bekommt die Frau die Stelle nur deshalb nicht, weil sie Mutter ist, ist das Diskriminierung. Arbeitgeber dürfen Bewerberinnen nicht wegen ihres Geschlechts oder ihrer Familiensituation benachteiligen; das regelt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Fehlende Erfahrung, fehlende Englischkenntnisse oder zu hohe Gehaltswünsche sind dagegen sachliche Gründe.

Frage 278

Ein Mann im Rollstuhl hat sich auf eine Stelle als Buchhalter beworben. Was ist ein Beispiel für Diskriminierung? Er bekommt die Stelle nur deshalb nicht, weil er ...

✓ **a) im Rollstuhl sitzt. (richtige Antwort)**

b) keine Erfahrung hat.

c) zu hohe Gehaltsvorstellungen hat.

d) kein Englisch spricht.

Erklärung: Ein Mann im Rollstuhl kann als Buchhalter genauso gut arbeiten. Bekommt er die Stelle nur wegen des Rollstuhls nicht, ist das Diskriminierung wegen einer Behinderung. Das verbieten Artikel 3 des Grundgesetzes und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Fehlende Erfahrung oder Englischkenntnisse wären dagegen sachliche Gründe für eine Absage.

Frage 279

In den meisten Mietshäusern in Deutschland gibt es eine "Hausordnung". Was steht in einer solchen "Hausordnung"? Sie nennt ...

a) Regeln für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

b) alle Mieterinnen und Mieter im Haus.

✓ **c) Regeln, an die sich alle Bewohnerinnen und Bewohner halten müssen. (richtige Antwort)**

d) die Adresse des nächsten Ordnungsamtes.

Erklärung: Die Hausordnung enthält Regeln für das Zusammenleben im Haus, an die sich alle Bewohnerinnen und Bewohner halten müssen. Dort steht zum Beispiel, wann Ruhezeiten gelten, wer das Treppenhaus putzt oder wo der Müll hinkommt. Oft ist die Hausordnung Teil des Mietvertrags. Eine Liste der Mieter oder Regeln für Busse und Bahnen stehen dort nicht.

Frage 280

Wenn Sie sich in Deutschland gegen einen falschen Steuerbescheid wehren wollen, müssen Sie ...

a) nichts machen.

b) den Bescheid wegwerfen.

✓ **c) Einspruch einlegen. (richtige Antwort)**

d) warten, bis ein anderer Bescheid kommt.

Erklärung: Gegen einen falschen Steuerbescheid legt man beim Finanzamt Einspruch ein. Das muss in der Regel innerhalb eines Monats geschehen, nachdem man den Bescheid bekommen hat. Wer nichts tut oder den Bescheid wegwirft, muss den geforderten Betrag trotzdem zahlen. Der Einspruch ist kostenlos.

Frage 281

Zwei Freunde wollen in ein öffentliches Schwimmbad in Deutschland. Beide haben eine dunkle Hautfarbe und werden deshalb nicht hineingelassen. Welches Recht wird in dieser Situation verletzt? Das Recht auf ...

a) Meinungsfreiheit

✓ **b) Gleichbehandlung (richtige Antwort)**

c) Versammlungsfreiheit

d) Freizügigkeit

Erklärung: Die beiden Freunde werden nur wegen ihrer Hautfarbe nicht ins Schwimmbad gelassen. Das verletzt ihr Recht auf Gleichbehandlung: Nach Artikel 3 des Grundgesetzes darf niemand wegen seiner Herkunft oder aus rassistischen Gründen benachteiligt werden. Auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbietet so etwas. Meinungs- oder Versammlungsfreiheit sind hier nicht betroffen.

Frage 282

Welches Ehrenamt müssen deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger übernehmen, wenn sie dazu aufgefordert werden?

a) Vereinstrainerin/Vereinstrainer

✓ **b) Wahlhelferin/Wahlhelfer (richtige Antwort)**

c) Bibliotheksaufsicht

d) Lehrerin/Lehrer

Erklärung: Wer als Wahlhelferin oder Wahlhelfer berufen wird, muss dieses Ehrenamt übernehmen. Wahlhelfer arbeiten am Wahltag im Wahllokal und zählen am Abend die Stimmen aus. Ablehnen darf man nur aus wichtigen Gründen, zum Beispiel wegen Krankheit. Trainer im Verein oder Bibliotheksaufsicht sind dagegen freiwillige Aufgaben.

Frage 283

Was tun Sie, wenn Sie eine falsche Rechnung von einer deutschen Behörde bekommen?

a) Ich lasse die Rechnung liegen.

✓ **b) Ich lege Widerspruch bei der Behörde ein. (richtige Antwort)**

c) Ich schicke die Rechnung an die Behörde zurück.

d) Ich gehe mit der Rechnung zum Finanzamt.

Erklärung: Gegen eine falsche Rechnung oder einen falschen Bescheid einer Behörde kann man Widerspruch einlegen. Das macht man schriftlich bei der Behörde, die den Bescheid geschickt hat, meistens innerhalb eines Monats. Die Behörde muss den Fall dann noch einmal prüfen. Die Rechnung einfach liegen zu lassen, hilft nicht.

Frage 284

Was man für die Arbeit können muss, ändert sich in Zukunft sehr schnell. Was kann man tun?

a) Es ist egal, was man lernt.

✓ **b) Erwachsene müssen auch nach der Ausbildung immer weiter lernen. (richtige Antwort)**

c) Kinder lernen in der Schule alles, was im Beruf wichtig ist. Nach der Schule muss man nicht weiter lernen.

d) Alle müssen früher aufhören zu arbeiten, weil sich alles ändert.

Erklärung: Weil sich die Anforderungen im Beruf schnell ändern, müssen Erwachsene auch nach der Ausbildung weiter lernen. Man nennt das lebenslanges Lernen oder Weiterbildung, zum Beispiel durch Kurse an der Volkshochschule oder im Betrieb. Die Schule kann nicht alles vermitteln, was man später im Beruf braucht.

Frage 285

Frau Frost arbeitet als fest angestellte Mitarbeiterin in einem Büro. Was muss sie nicht von ihrem Gehalt bezahlen?

a) Lohnsteuer

b) Beiträge zur Arbeitslosenversicherung

c) Beiträge zur Renten-und Krankenversicherung

✓ **d) Umsatzsteuer (richtige Antwort)**

Erklärung: Umsatzsteuer, auch Mehrwertsteuer genannt, zahlt man nicht vom Gehalt, sondern beim Einkaufen: Sie steckt im Preis von Waren und Dienstleistungen. Vom Gehalt einer Angestellten werden dagegen Lohnsteuer und die Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung abgezogen. Merkhilfe: Lohnsteuer kommt vom Lohn, Umsatzsteuer vom Umsatz.

Frage 286

Welche Organisation in einer Firma hilft den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Problemen mit der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber?

✓ **a) der Betriebsrat (richtige Antwort)**

b) die Betriebsprüferin/der Betriebsprüfer

c) die Betriebsgruppe

d) das Betriebsmanagement

Erklärung: Der Betriebsrat vertritt die Interessen der Beschäftigten in einem Unternehmen. Er wird von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewählt und hilft bei Problemen mit dem Arbeitgeber, zum Beispiel bei Kündigungen oder Arbeitszeiten. Grundlage ist das Betriebsverfassungsgesetz. Das Betriebsmanagement ist dagegen die Leitung der Firma.

Frage 287

Sie möchten bei einer Firma in Deutschland ihr Arbeitsverhältnis beenden. Was müssen Sie beachten?

a) die Gehaltszahlungen

b) die Arbeitszeit

✓ c) die Kündigungsfrist (richtige Antwort)

d) die Versicherungspflicht

Erklärung: Wer sein Arbeitsverhältnis beenden will, muss die Kündigungsfrist einhalten. Das ist die Zeit zwischen der Kündigung und dem letzten Arbeitstag. Die Frist steht im Arbeitsvertrag, im Tarifvertrag oder im Gesetz; für Arbeitnehmer beträgt sie normalerweise mindestens vier Wochen. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen, eine E-Mail reicht nicht.

Frage 288

Woraus begründet sich Deutschlands besondere Verantwortung für Israel?

a) aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU)

✓ b) aus den nationalsozialistischen Verbrechen gegen Juden (richtige Antwort)

c) aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

d) aus der christlichen Tradition

Erklärung: Deutschlands besondere Verantwortung für Israel ergibt sich aus den Verbrechen der Nationalsozialisten an den Jüdinnen und Juden. Im Holocaust wurden rund sechs Millionen Juden ermordet. Der Staat Israel wurde 1948 gegründet, auch als Zufluchtsort für Überlebende. Deshalb steht Deutschland heute in besonderer Weise für die Sicherheit Israels ein.

Frage 289

Ein Mann mit dunkler Hautfarbe bewirbt sich um eine Stelle als Kellner in einem Restaurant in Deutschland. Was ist ein Beispiel für Diskriminierung? Er bekommt die Stelle nur deshalb nicht, weil …

a) seine Deutschkenntnisse zu gering sind.

b) er zu hohe Gehaltsvorstellungen hat.

✓ c) er eine dunkle Haut hat. (richtige Antwort)

d) er keine Erfahrungen im Beruf hat.

Erklärung: Bekommt der Mann die Stelle nur wegen seiner dunklen Hautfarbe nicht, ist das Diskriminierung. Das Grundgesetz (Artikel 3) und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbieten Benachteiligung aus rassistischen Gründen oder wegen der Herkunft. Zu geringe Deutschkenntnisse oder fehlende Berufserfahrung können dagegen sachliche Gründe für eine Absage sein.

Frage 290

Sie haben in Deutschland einen Fernseher gekauft. Zu Hause packen Sie den Fernseher aus, doch er funktioniert nicht. Der Fernseher ist kaputt. Was können Sie machen?

a) eine Anzeige schreiben

✓ b) den Fernseher reklamieren (richtige Antwort)

c) das Gerät ungefragt austauschen

d) die Garantie verlängern

Erklärung: Ist ein neu gekauftes Gerät kaputt, kann man es beim Verkäufer reklamieren. Dann muss das Geschäft den Fernseher reparieren oder austauschen – das ist die gesetzliche Gewährleistung, die zwei Jahre gilt. Am besten bringt man den Kassenbon mit. Eine Anzeige bei der Polizei ist dafür nicht nötig.

Frage 291

Warum muss man in Deutschland bei der Steuererklärung aufschreiben, ob man zu einer Kirche gehört oder nicht? Weil …

✓ a) es eine Kirchensteuer gibt, die an die Einkommen-und Lohnsteuer geknüpft ist. (richtige Antwort)

b) das für die Statistik in Deutschland wichtig ist.

c) man mehr Steuern zahlen muss, wenn man nicht zu einer Kirche gehört.

d) die Kirche für die Steuererklärung verantwortlich ist.

Erklärung: Wer Mitglied einer großen Kirche ist, zahlt in Deutschland Kirchensteuer. Sie hängt an der Lohn- und Einkommensteuer und beträgt je nach Bundesland 8 oder 9 Prozent davon. Das Finanzamt zieht sie ein und gibt das Geld an die Kirchen weiter. Wer nicht in einer Kirche ist, zahlt keine Kirchensteuer – nicht mehr Steuern.

Frage 292

Die Menschen in Deutschland leben nach dem Grundsatz der religiösen Toleranz. Was bedeutet das?

a) Es dürfen keine Moscheen gebaut werden.

b) Alle Menschen glauben an Gott.

✓ c) Jeder kann glauben, was er möchte. (richtige Antwort)

d) Der Staat entscheidet, an welchen Gott die Menschen glauben.

Erklärung: Religiöse Toleranz bedeutet: Jeder Mensch darf glauben, was er möchte, oder auch gar nichts glauben. Das Grundgesetz garantiert die Glaubens- und Religionsfreiheit in Artikel 4. Der Staat schreibt niemandem eine Religion vor. Deshalb dürfen auch Moscheen, Synagogen und Tempel gebaut werden.

Frage 293

Was ist in Deutschland ein Brauch zu Ostern?

a) Kürbisse vor die Tür stellen

b) einen Tannenbaum schmücken

✓ c) Eier bemalen (richtige Antwort)

d) Raketen in die Luft schießen

Erklärung: Zu Ostern bemalen viele Menschen in Deutschland Eier und verstecken sie für die Kinder – der Osterhase hat sie angeblich gebracht. Ostern ist das christliche Fest der Auferstehung Jesu. Einen Tannenbaum schmückt man zu Weihnachten, Raketen schießt man an Silvester in die Luft, und Kürbisse gehören zu Halloween.

Frage 294

Pfingsten ist ein …

✓ a) christlicher Feiertag. (richtige Antwort)

b) deutscher Gedenktag.

c) internationaler Trauertag.

d) bayerischer Brauch.

Erklärung: Pfingsten ist ein christlicher Feiertag. Christen erinnern daran, dass der Heilige Geist zu den Jüngern Jesu kam. Pfingsten wird 50 Tage nach Ostern gefeiert, und der Pfingstmontag ist in ganz Deutschland ein gesetzlicher Feiertag. Es ist also kein bayerischer Brauch und kein Gedenktag.

Frage 295

Welche Religion hat die europäische und deutsche Kultur geprägt?

a) der Hinduismus

✓ b) das Christentum (richtige Antwort)

c) der Buddhismus

d) der Islam

Erklärung: Das Christentum hat die Kultur in Europa und Deutschland über viele Jahrhunderte stark geprägt. Das sieht man zum Beispiel an Kirchen in fast jedem Ort und an Feiertagen wie Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Heute leben in Deutschland Menschen vieler Religionen, und alle haben das Recht auf Religionsfreiheit.

Frage 296

In Deutschland nennt man die letzten vier Wochen vor Weihnachten …

a) den Buß-und Bettag.

b) das Erntedankfest.

✓ **c) die Adventszeit. (richtige Antwort)**

d) Allerheiligen.

Erklärung: Die vier Wochen vor Weihnachten heißen Adventszeit; „Advent“ bedeutet Ankunft. An jedem der vier Adventssonntage zündet man eine weitere Kerze am Adventskranz an. Kinder haben oft einen Adventskalender mit 24 Türchen. Erntedankfest und Allerheiligen sind dagegen Feste im Herbst.

Frage 297

Aus welchem Land sind die meisten Migrantinnen und Migranten nach Deutschland gekommen?

a) Italien

b) Polen

c) Marokko

✓ **d) Türkei (richtige Antwort)**

Erklärung: Die meisten Migrantinnen und Migranten in Deutschland stammen aus der Türkei. Viele kamen ab 1961 als Gastarbeiter, nachdem die Bundesrepublik ein Anwerbeabkommen mit der Türkei geschlossen hatte. Später holten viele ihre Familien nach. Italien schloss zwar früher ein solches Abkommen, von dort kamen aber insgesamt weniger Menschen.

Frage 298

In der DDR lebten vor allem Migrantinnen und Migranten aus …

✓ **a) Vietnam, Polen, Mosambik. (richtige Antwort)**

b) Frankreich, Rumänien, Somalia.

c) Chile, Ungarn, Simbabwe.

d) Nordkorea, Mexiko, Ägypten.

Erklärung: In der DDR lebten vor allem Migrantinnen und Migranten aus Vietnam, Polen und Mosambik. Sie kamen meist als sogenannte Vertragsarbeiter aus anderen sozialistischen Ländern und arbeiteten in Betrieben der DDR. Die anderen Länderlisten passen nicht: Frankreich oder Mexiko gehörten nicht zum sozialistischen Lager der DDR.

Frage 299

Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den 50er und 60er Jahren von der Bundesrepublik Deutschland angeworben wurden, nannte man …

a) Schwarzarbeiterinnen/Schwarzarbeiter.

✓ **b) Gastarbeiterinnen/Gastarbeiter. (richtige Antwort)**

c) Zeitarbeiterinnen/Zeitarbeiter.

d) Schichtarbeiterinnen/Schichtarbeiter.

Erklärung: Die ausländischen Arbeitskräfte, die die Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren anwarb, nannte man Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter. Der Name zeigt, dass man damals dachte, sie würden nur kurz bleiben. Viele blieben aber für immer in Deutschland. 1973 stoppte die Bundesregierung die Anwerbung.

Frage 300

Aus welchem Land kamen die ersten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter in die Bundesrepublik Deutschland?

✓ **a) Italien (richtige Antwort)**

b) Spanien

c) Portugal

d) Türkei

Erklärung: Die ersten Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter kamen aus Italien. 1955 schloss die Bundesrepublik das erste Anwerbeabkommen mit Italien, weil in der Wirtschaft viele Arbeitskräfte fehlten. Später folgten Abkommen mit Spanien und Griechenland, mit der Türkei 1961 und mit Portugal. Merkhilfe: Italien zuerst, die Türkei mit den meisten Menschen.